

autonomes **Blättchen**



„Was wir hier sabotieren, kann woanders keinen Schaden anrichten.“

Namenlose Antimilitarist_innen in ihrem Schreiben zum Brandanschlag auf Bundeswehrfahrzeuge am 6.6.2012 in Hannover



„Vermutlich ist alles Schrott.“

Bundeswehr-Pressesprecherin Nicole Burbach-Wilm

autonomes Blättchen



Spenden:

Spenden für das autonome Blättchen schickt ihr bitte gut verpackt an die Postadresse.

Impressum:

autonomes Blättchen Nr. 10
Juli/August 2012

Kontakt für Kritik und eigene Artikel:

E-Mail:

autonomes-blaettchen@riseup.net
PGP-Key auf Anfrage oder bei
antimilitarismus.blogsport.de

Post:

Erna Stark
Klaus-Müller-Kilian-Weg 1
30167 Hannover

Einsendeschluss für 11. Ausgabe:
01.10.2012

Im Internet zu Gast bei:
antimilitarismus.blogsport.de

ViSdP:

Uwe Binias
Waterloostr. 9
Hannover

Eigentumsvorbehalt:

Diese Zeitung bleibt solange Eigentum der Absender_in, bis sie der dem Gefangenen persönlich ausgehändigt wurde. „Zur Habe Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird ein Teil der Zeitung der dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist dieser und nur dieser unter Angabe der Gründe für die Nichtaushändigung der dem Absender_in zurückzusenden. Der Rest ist der dem Gefangenen persönlich auszuhändigen.

Inhaltsverzeichnis

Seite 1:	- Vorwort
	- Zeugnisschrank abgeackelt
Seite 2:	- Dokumentation: Krieg beginnt hier - Für ein entmilitarisiertes Hannover
Seite 3:	- Gespräch zum Sommerbiwak: Ins Wasser gefallen...
Seite 8:	- Staatsschutz stochert im Nebel
Seite 10:	- Camp against Gefechtsübungszentrum
Seite 13:	- Aktionstag: Gefechtsübungszentrum entern lahmlegen umgestalten
Seite 14:	- Militarismus jetzt stoppen! - Camp in Husum
Seite 16:	- Krieg beginnt hier - Aktionen 2012
Seite 23:	- ...mit der Traditionspflege der Bundeswehr unvereinbar
Seite 24:	- Broschüre zu No TAV
Seite 25:	- Interview zur Situation in Syrien
Seite 27:	- Bundesweite Aktionswoche für militärfreie Bildung und Forschung
Seite 28:	- Von schlechten Absichten und falscher Gesinnung
Seite 30:	- Dokumentation: *BekennerInnenschreiben* Gentrifizierung
Seite 31:	- Operazione Ardire in Italien
	- Ein Bandit im Käfig
Seite 33:	- Ein Brief von Marco Camenisch
Seite 34:	- Ivi bleibt!
Seite 35:	- Nachlese: Kongress für autonome Politik 2011
Seite 36:	- Dokumentation: Aktion gegen Horst Reichenbach Leiter der „Eu Task Force Griechenland“
Seite 37:	- Damit der Aufstand erfolgreich sein kann, müssen wir uns erst selbst zerstören

Vorwort

Mal wieder Sommer. Und der Regen hat nicht nur so manchen Grillabend weg gespült, sondern auch die Proteste gegen die Militärparty im hannoverschen Stadtpark. Das ist schade, denn der antimilitaristische Auftakt gegen das Sommerbiwak der 1. Panzerdivision war durchaus vielversprechend. Anfang Juni gingen 13 fabrikneue Bundeswehrfahrzeuge in Flammen auf. Die Bundeswehr sucht nun nach Lücken in ihrer Infostruktur, weil es doch gar nicht sein kann, dass auf einem angeblich komplett kameraüberwachten Areal die Täter_innen ausgerechnet den einen toten Winkel zufällig gefunden haben. Und woher wussten sie, dass ausgerechnet in jener Nacht neue Autos, LKWs und Transporter herumstehen, wo sonst alles brav in der Garage steht? Tja, wir wissen es auch nicht.

Wir wissen aber, dass der niedersächsische Innenminister Schünemann die Aktion überhaupt nicht gut fand. Das hat er seitdem mehrfach kund getan. Auch hat er angekündigt, dass er prüfen wird, ob ein Verfahren nach §129 oder §129a eingeleitet wird, ob also gegen eine kriminelle oder terroristische Vereinigung ermittelt wird. Da es laut Presse bisher keine heiße Spur zu den Täter_innen gibt, erweist sich der örtliche Staatsschutz als Dienst mit Fernsehkrimiqua- litäten. Da wird mal schnell hier und da roh gedroht, was das Repertoire hergibt, politisch Aktive werden vor der Wohnung und bei der Arbeit belästigt, um sie nach Tatortmanier in ein Gespräch zu verwickeln. Drei Beispiele findet ihr in dieser Ausgabe. Aber auch die Erklärung der nachtaktiven Antimilitarist_innen, die wir dokumentieren. Übrigens tippen wir solche Erklärungen ab jetzt in der Regel ab, damit sie in das Schriftformat des Autonomen Blättchen passen. Eine Gruppe hat sich mal wieder die Mühe gemacht, eine aktuelle Auflistung aller Aktionen zusammen zu stellen, die sich auf die Kampagne „Krieg beginnt hier“ bezogen. Das soll von uns aus gern eine gute Tradition werden. Vermisst haben wir eine Veröffentlichung, die die Aktivitäten gegen das Sommerbiwak bewertet. Also haben wir uns selbst auf den Weg gemacht und ein Interview mit langjährig aktiven Menschen geführt. Wir denken, dass ein paar der aufgeworfenen Fragen auch über Hannover hinaus von Interesse sind.

Einige Texte dieser Ausgabe sind schon woanders veröffentlicht worden. Das sollte euch nicht daran hindern, sie gegebenenfalls noch einmal zu lesen. Schließlich haben wir uns was dabei gedacht, ihnen trotzdem einen Platz zu geben. Zum Beispiel die Aufrufe zu den antimilitaristischen Camps. Überhaupt ist Antimilitarismus mal wieder ein eindeutiger Schwerpunkt dieser Ausgabe geworden. Das finden wir nicht schlecht. Wenn euch jedoch auch noch

andere Themen interessieren, schreibt, schreibt, schreibt und schickt uns interessante Texte, die möglichst noch nirgendwo sonst das Licht der Welt erblickt haben. Zur ökonomischen Krise zum Beispiel. Oder zu Antifa, zu Feminismus, zu antirassistischer Arbeit, zu Ökologie, Strategie, Anarchie, Blasphemie,... Wir versprechen euch für die nächste Ausgabe schon mal ein exklusives Gespräch über die aktuelle Lebensrealität im Iran.

Ein sehr langer Text hat Einlass in unsere kleine Publikation gefunden, obwohl wir selbst einige Widersprüche gegen ihn hegen – andererseits bietet er viele diskutierenswerte Gedanken. Aber lest selbst den Text von Alex Trocchi – am Strand, auf dem Sofa, in der Badewanne oder wo ihr euch sonst so rumtreibt.

Danke für die vielen Komplimente und die Spenden. So wissen wir jetzt schon, dass wir uns und euch auf jeden Fall auch eine Ausgabe 11 leisten werden können. Da ist gut. Wer darüber hinaus ein Autonomes Blättchen in den Händen halten will, kann zukünftig auch Geld in die eine oder andere Spendendose werfen. Im UJZ Korn findet ihr im Spätsommer auf jeden Fall welche. Ansonsten spendet per Post an die Postadresse oder werft Geld für das Blättchen im Infoladen Korn ab. Denn nur wenn ihr genug gebt, kann es weiterhin umsonst erscheinen – und kaufen würd's ja sowieso kaum jemand, nicht wahr?

Einen kämpferischen Sommer wünscht euch
die Redaktion

Zeugnisschrank in Realschule abgefackelt

Unbekannte haben am 27.06.2012 gegen 5.30 Uhr ein Fenster auf der Rückseite der Schule in Garbsen mit einem Gullydeckel eingeworfen. Sie durchsuchten zwei Verwaltungsräume und das Lehrerzimmer, räumten Schränke aus, brachen Türen auf. Letztlich legten sie das Feuer am Akten- schrank mit den Zeugnissen.

„Wenn Hausmeister und Feuerwehr nicht so schnell reagiert hätten, wäre der Schaden deutlich größer gewesen“, sagte Schuldezernentin Iris Metge Donnerstags Mittag. Der Schaden beschränkt sich nicht auf die zwei Büroräume und das Lehrerzimmer. Das mehrgeschossige Gebäude gilt als belastet. Gutachter haben am Mittwoch erstmals gemessen.

Der Unterricht musste am nächsten Tag ausfallen. Die vernichteten Abschlusszeugnisse konnten trotzdem in der Aula ausgegeben werden. Sie wurden im Rathaus nachgedruckt. Unterricht in Fachräumen konnte nur sehr eingeschränkt erteilt werden. Die drei Nachbarschulen stellen Räume zur Verfügung. Der Schaden liegt nach ersten Schätzungen bei 30.000 Euro

aus der HAZ

Dokumentation: Krieg beginnt hier – Für ein entmilitarisiertes Hannover

„Am Morgen des 6. Juni 2012 haben wir auf dem Gelände des Versorgungszentrums der Bundeswehr am Alter Flughafen in Hannover-Vahrenheide Feuer gelegt, um den Fuhrpark abzufackeln.

Die Bundeswehr ist seit dem Krieg in Jugoslawien 1999 an verschiedenen Kriegsschauplätzen im Einsatz. Diese Kriege sind räumlich und zeitlich entgrenzt. Der Ausnahmezustand ist Normalzustand. Krieg ist zum zentralen Ordnungsinstrument zur Sicherung der kapitalistischen Weltwirtschaft geworden. Der »Krieg gegen den Terror« sollte die Menschen auf den permanenten globalen Krieg einstimmen. Er dient der Aufrechterhaltung des ungehinderten Transports von Rohstoffen und Waren. Er dient sowohl der Zerschlagung ökonomisch nicht verwertbarer Strukturen als auch der »Stabilisierung« staatlicher Strukturen in Regionen, die von Bürgerkriegen und unkontrollierten Flüchtlingsströmen bedroht sind. Deutschland nimmt in der Atalanta-Mission der EU in Somalia mit der Fregatte Berlin eine führende Rolle ein. Seit Mitte Mai beschießen EU-Truppen auch »Piraten-Stellungen« an Land.

Neben der direkten Kriegsbeteiligung setzt Deutschland auch mit seinen Rüstungsexporten auf vielfache militärische Eskalation. Mit der Lieferung von Leopard-2-Panzern an Saudi-Arabien stärkt die Bundesregierung gezielt konservative Kräfte in der militärischen Zuspitzung sozialer Konflikte. Die aktuelle U-Boot-Lieferung an Israel im sich verschärfenden Konflikt mit dem Iran ist ein weiteres Beispiel aktueller Kriegspolitik.

Der permanente Krieg hat zur Militarisierung der westlichen Metropolen geführt und seine Spuren auch im Alltagsbewußtsein hinterlassen. Seit 9/11 und dem »war on terror« sind koloniale Bilder und rassistische Stereotype allgegenwärtig. Muslime »mit Bart und Kopftuch« sind zum Feindbild der westlichen Welt schlechthin avanciert. Die polarisierten Debatten werden zunehmend durch die Logik des Krieges bestimmt: Schwarz-Weiß-Denken im erzwungenen Entweder-Oder. Alternativlos erscheint auch die zivil-militärische Zusammenarbeit z.B. von »Hilfsorganisationen« mit der Bundeswehr. NGOs, die sich dem Konzept der »vernetzten Sicherheit« nicht unterwerfen, droht die Streichung öffentlicher Gelder.

Eine Armee, die zur globalen Aufstandsbekämpfung ausgebildet ist, wird ebenfalls gegen innere Feinde eingesetzt. Der Einsatz von Tornados gegen die Demonstrationen in Heiligendamm war nur ein spektakulärer Auftakt.

Die Aussetzung der Wehrpflicht hat die Probleme, militärischen Nachwuchs zu gewinnen, verschärft. Die Bundeswehr ver-

stärkt daher ihre Rekrutierungsversuche an Schulen, Universitäten und Arbeitsämtern. Überall, wo das Militär ins Zentrum der Gesellschaft drängt, ist Widerstand möglich. Krieg beginnt, wo die Bundeswehr Kriege vorbereitet, Unternehmen Waffen produzieren, Universitäten Kriege erforschen, überall wo Kriege beworben und legitimiert werden.

Vielfältiger Widerstand bedeutet markieren, blockieren, sabotieren. Krieg wird nur aufgehalten, wo er erdacht, geplant und koordiniert wird, im Herzen der Bestie. Was wir hier sabotieren, kann woanders keinen Schaden anrichten.

Im Mittelpunkt des antimilitaristischen Widerstandes in Hannover stand in den letzten Jahren das Sommerbiwak der 1. Panzerdivision. Die Proteste haben einiges erreicht. Es gab erfolgreiche Mobilisierungen und Aktionen. Es scheint aber, daß die Aktivitäten gegen das Biwak nun einen Höhepunkt überschritten haben. Leider befürchten wir, daß die Verlegung des Stabes der 1. Panzerdivision, der größten Einheit des Heeres, die als Leitdivision deutsche Auslandseinsätze organisiert, nach Oldenburg zu einer Abkühlung antimilitaristischer Aktivitäten führen wird.

Ob das Sommerbiwak nun weiter in Hannover stattfinden wird, wissen wir nicht. Wir halten es aber für wichtig, mit unserer Aktion ein klares Zeichen für eine kontinuierliche und weiterführende antimilitaristische Politik und Praxis zu setzen, die über das Biwak hinausweist. Denn Hannover bleibt weiterhin ein wichtiger Standort für die Bundeswehr. Hier befindet sich die zentrale Feldjägerschule und, in der Region, der Fliegerhorst Wunstorf, ein Militärflughafen von strategischer Bedeutung.

Wir maßen uns nicht an zu glauben, unsere Aktion könnte an den aktuellen politischen Schwächen der antimilitaristischen Linken etwas ändern. Jedoch sehen wir uns weiterhin mit einer Bundeswehr konfrontiert, die auch aus Hannover in Kriege zieht, um Rohstoffe zu sichern und Handelsrouten zu beherrschen, einer Bundeswehr, die emsig trainiert, Revolten und Aufstände zu unterdrücken und niederzuschlagen.

In Anbetracht dieser Zustände und einer zudem immer enger werdenden Zusammenarbeit ziviler und militärischer Strukturen werden wir nicht dasitzen und zusehen. Krieg beginnt auch in Hannover! Erst wenn Hannover sich bedingungslos zur militärfreien Stadt erklärt, geben wir Ruhe – um dann an anderer Stelle wiederständig gegen Krieg und Militarisierung vorzugehen.

**Soziale Revolution gegen Krieg und
kapitalistische Barbarei!
Sommerbiwak angreifen!
Bundeswehr abfackeln!"**

Ins Wasser gefallen...

Ein Gespräch über den Protest gegen das Sommerbiwak der 1. Panzerdivision in Hannover

Der direkte Protest gegen das diesjährige Sommerbiwak der 1. Panzerdivision fand seinen Ausdruck in einer Demo von 100 bis 120 Leuten, die sich durch aberwitzigen Regen und Hagel zum Stadtpark mühten. Das waren nicht nur sehr wenige Teilnehmer_innen. Die Demo wurde auch vorher abgebrochen, es gab keine Mobilisierung, viele entschieden sich zu Hause zu bleiben oder zum Fusion-Festival zu fahren. Was ist los mit dem antimilitaristischen Widerstand in Hannover? Grund genug, um nachzufragen – auch weil die aufgeworfenen Fragen interessant für Aktivist_innen in anderen Städten sein könnten.

Wir sprachen mit 2 Leuten aus dem Antimilitaristischen Aktionskreis (AMAK), der die Proteste gegen das Biwak seit Jahren organisiert – einer Person aus der Roten Aktion Kornstraße (RAK) und einer Person vom Friedensbüro Hannover (FB) – sowie so einem Menschen vom ehemaligen AK Antimilitarismus (AK), der bis zum letzten Jahr auch im AMAK vertreten war.

AB: Wie bewertet ihr die diesjährigen Aktivitäten gegen das Sommerbiwak? Habt ihr schon eine kurze Einschätzung?

RAK: Es gibt im Grunde genommen 2 Momente. Der erste ist, dass die Auseinandersetzung um das Sommerbiwak, und zwar nicht durch unsere Proteste, sondern im wesentlichen durch die Aktion gegen die Bundeswehrfahrzeuge, so brisant war, wie nie zuvor. Auch deshalb, weil das polarisiert hat. Es hat z.B. dazu geführt, dass wahnsinnig viele Plakate gegen das Biwak abgerissen worden sind. Die Leute, die im wesentlichen die Proteste gegen das Biwak mitgetragen haben, waren meines Erachtens nicht in der Lage, diese Herausforderung anzunehmen oder haben sie nicht wahrgenommen. Was dann dazu führt, dass Leute eher zu einem Festival und zu Partykommunismus gehen als auf eine Aktion. Da merkt man, die Herausforderung war ihnen entweder nicht wichtig oder sie haben sie gar nicht wahrgenommen.

Das zweite ist, dass das, was als Protestpotential, auch bedingt durch den Regen, übrig geblieben ist, wie die letzten Jahre auch, gewirkt hat, obwohl wir nicht stark waren. Ein Zustand, der schon länger nicht haltbar ist. Wir sind mal wieder irgendwie durchgekommen.

FB: Für mich war es insgesamt trotz aller Probleme und der geringen Zahl Mitdemonstrierender recht positiv. Was ich positiv fand, und das ist im Friedensbüro auch so eingeschätzt worden, ist, dass wir uns nicht haben auseinanderdividieren lassen, obwohl wir ja immer wieder und wieder angefragt wurden, ob wir uns nicht von der Aktion gegen die Bundeswehrautos distanzieren wollen. Wir haben unsere Linie durchgehalten und das nicht getan. Das ist bei unserer Auswertung positiv bewertet worden.

Die Stimmung war gut, weil wir trotz des

Regens durchgehalten hatten – auch wenn einige meinten, wir hätten auch noch länger weiter machen sollen. Wir fanden es auch gut, dass die Demo in der Innenstadt angefangen hatte und die Redebeiträge gut waren.

Es hat auch einen guten Zusammenhalt

im AMAK gegeben. Vielleicht sollten wir die Feldjägerschule miteinbeziehen, um eine neue Qualität in die Auseinandersetzung zu bekommen – dann kommen vielleicht wieder mehr Menschen zu den Protesten. Wir diskutieren auch, ob wir nicht besser ein Protestfest machen sollten, aber da gibt es unterschiedliche Einschätzungen. Insgesamt sind wir nicht frustriert und machen weiter.

AK: Ich teile die Einschätzung, dass es gut ist, dass es nicht gelungen ist, das Bündnis durch den medialen Druck zu spalten und dass es zu keinen Distanzierungen nach dem Brandanschlag gekommen ist. Anderes sehe ich anders.

Die Herausforderung als antimilitaristische Linke auf die Reaktion auf den Anschlag zu reagieren, wird, denke ich, nicht wahrgenommen. Viele Leute haben aber schon vor einem halben Jahr entschieden, lieber auf ein Festival zu fahren und das für relevanter als das Sommerbiwak gehalten.

Einige Entscheidungen, die für dieses Jahr getroffen worden sind, waren keine guten Ideen. Zum Beispiel fand ich es falsch, eine Demo in der Innenstadt zu machen, weil ich es immer richtig finde, möglichst nah an den Stadtpark ran zu kommen. Ich hatte außerdem den Eindruck, dass durch den Abbruch der Kundgebung der Teil der Route ausgelassen wur-



der Teil der Route ausgelassen wurde, über den es sonst intensive juristische Auseinandersetzungen gab, weil dort am ehesten unsere Demo akustisch in den Stadtpark wirken konnte. Das finde ich sehr schade.

Die Struktur des AMAK schien aber insgesamt relativ überfordert. Keine Info-Veranstaltung im Vorhinein, keine Pressemitteilung danach – da hatte ich den Eindruck, dass keine Kapazitäten da waren.

Auf die autonome Linke bezogen habe ich den Eindruck, dass es nie funktioniert hat, die Momente in denen es eine gewisse Dynamik im Bereich Antimilitarismus gab, aufrecht zu erhalten. Es haben sich eher kleine Zusammenhänge gefunden, die es kontinuierlich zu ihrem Spezialthema gemacht haben. So entstand der mediale Eindruck, dass viel passiert. Aber es hat sich keine wirkliche Attraktivität für viele Leute entwickelt, sie wurden nicht mitgenommen. Das betrifft aber nicht nur das Thema Antimilitarismus. Es gibt in Hannover ohnehin wenig Versuche aktions- und interventionsfähig zu werden. Das ist im Bereich Antifa nicht anders. Woran das liegt? Weiß ich auch nicht.

RAK: Ich würde mal versuchen, das zu erklären, weil es auch eine Herausforderung beschreibt, der wir schon in den letzten Jahren nicht gerecht geworden sind, weil sich die Aktionen gegen das Biwak von einer Bewegung zu einem Punkt der Stagnation entwickelt haben. Man hat das Gefühl, schon alles Mögliche ausprobiert zu haben. Die stärksten Momente waren eher die ersten Jahre, als wir viele Leute erreicht haben. Aber die Bundeswehr und die Polizei haben reagiert und durch die Verlegung des Eingangs an die Seite des HCC/Stadtpark die Möglichkeit der Konfrontation und Intervention regelrecht weggenommen. Es war deswegen umso verblüffender, wie sehr dieses Jahr die total nassgeregneten Leute darauf aus waren, die Biwakgäste zu beschimpfen. Wir hatten im Vorfeld in dieser Hinsicht eher eine Fehleinschätzung und haben überlegt, wie wir ein Fest draus machen können. Die Redebeiträge waren, so gut sie waren, eher für die Katz, weil die Leute sie nicht gehört haben, weil sie beschimpft haben. Die Leute, die nicht gekommen sind, entschieden sich so, weil sie im politischen Protest nicht mitgenommen worden sind.

AB: Es gab hinterher viel Kritik daran, dass die Demo abgebrochen wurde. Könnt ihr dazu was sagen?

RAK: Schon bei Beginn der Demo haben wir uns gefragt, ob überhaupt genügend Leute mitkommen, weil es so stark geregnet hat. Während der Demo wurde in der Demoleitung weiter diskutiert, dass die Demo vor dem Stadtpark zu Ende gebracht wird, weil es wegen des Wetters nicht durchzuhalten ist und alle klitschnass waren. Das ist, glaube ich jetzt, eine Fehleinschätzung gewesen. Es hat sich rausgestellt, dass die Leute wider Erwarten scharf darauf waren, Biwakgäste zu beschimpfen. Die Situation war komplett anders als wir sie vermutet hatten.



FB: Ich fand gut, dass wir losgegangen sind, obwohl wir da schon alle matschepatsche nass waren. Am HCC habe ich gedacht, es sind alle so durchnässt, dass wir nur noch die Kundgebung machen und nicht mehr am Stadtpark langdemonstrieren und keine Abschlusskundgebung am Sitz der 1. Panzerdivision machen. Die Fehleinschätzung lag am Wetter. Das konnten wir nicht einschätzen.

Es sind ja auch nach Beendigung der Kundgebung noch Leute dageblieben, haben Transparente hochgehalten und Lärm gemacht.

Ich finde es schade, dass wir nicht weiter gemacht haben aber hinterher bist du immer schlauer.

AB: Das AMAK war dieses Jahr Jahr vor dem Biwak eigentlich nicht wahrnehmbar – bis auf die Plakate und die Flyer. Und auch in der Presse war nichts zu lesen. Es gab eine Berichterstattung über die Aktionen, die im Vorfeld stattgefunden haben und in dem Zuge Nachfragen. Die Proteste gegen das Biwak sind ausschließlich wegen der Aktionen gegen die Bundeswehrautos in Hannover und die Bundeswehr-Big-Band in Bad Nenndorf in die Medien gekommen. Dem AMAK ist es nicht gelungen Mobilisierungsmomente zu schaffen. War das AMAK nicht politikfähig? Hat es nicht zu mehr gereicht, als Plakate aufzuhängen?

RAK: Ja. Das ist meine Einschätzung. Es war nicht politikfähig. Und es war deshalb nicht politikfähig, weil es in weiten Teilen ein Potemkinsches Dorf ist, das nur von Einzelpersonen getragen wird, die die Gruppen überhaupt nicht repräsentieren. Das ist das Eine. Zum Zweiten gehen Diskussionen, die das Sommerbiwak betreffen, am AMAK vorbei. Das heißt, es engagieren sich Leute im Konkreten, ohne dass sie in irgendeiner Form in die Vorbereitung eingebunden sind. Man merkt, dass das Ganze, so wie es strukturiert ist, nicht funktioniert. Auch die Pressearbeit ist vorher nicht gemeinsam politisch bestimmt worden. Das haben dann einzelne Leute bestimmt.

AB: Wie kommt es, dass die Struktur nach den Erfahrungen der letzten Jahre so desolat ist?

RAK: Die verschiedenen Strukturen der Linken sind nicht in der Lage von einer Bewegungsdynamik überzugehen in einen organisatorischen Zusammenhang, der jenseits von Bewegungsdynamik in der Lage ist, die politische Konfrontation aufrecht zu erhalten. Dazu sind wir im Moment nicht in der Lage. Da müssen die Gruppen und Spektren Antworten drauf finden. Der Übergang war, als wir gesagt haben, lasst uns einen kontinuierlich arbeitenden Zusammenhang schaffen; also das AMAK. Das war vielleicht nicht der zentrale Fehler – es hat aber letztlich nicht richtig funktioniert.

FB: Ich sehe keine Alternative. Was du gesagt hast ist mir zu abstrakt. Ich weiß nicht, was du damit meinst...

RAK: Guck dir die Treffen jetzt an und die vor drei Jahren dann brauchst du die Frage nicht mehr stellen...

AK: Ich kann das alles dieses Jahr ja etwas von Außen betrachten. Ich denke, dass es generell auch von autonomer Seite ein Problem ist, Kontinuität herzustellen. Ich habe mich entschieden nicht am AMAK teilzunehmen, weil ich nicht gesehen habe, dass man regional und überregional einen Rückhalt hat, das zu organisieren, was man eigentlich will. Mein Interesse war nicht, eine schlichte Demo zu machen, sondern eine Konfrontation herzustellen. Das war nicht umsetzbar.

Es gibt zwar kleine Zusammenhänge die Aktionen zum Sommerbiwak machen, dieses Jahr zum Teil in einer Qualität, die es bisher nicht gab, aber das ersetzt überhaupt nicht eine politische Bewegung. Es scheint eher so, dass es Spezialisten gibt, die sich auch einem großen Risiko aussetzen. Aber das hat keine Wirkung in die Breite. Und das ist die letzten Jahre, zumindest im letzten, durchaus ähnlich gewesen. Da gab es auch kleine Aktionen, die aber keine Relevanz für die Leute hatten.

RAK: Was mir an der ganzen Sache nicht gefällt, ist dieser vorwurfsvolle Ton. Ich glaube, das ist einfach so. Da brauchen wir uns nichts vor zu machen. Wenn man auf Bewegung setzt und das tun wir alle, dann muss man davon ausgehen, dass es auch Zeiten gibt, in denen diese Bewegung abflaut und wo die Leute anderes im Kopf haben. Auch in unserer Gruppe war dann mal ein Urlaub wichtiger als das Sommerbiwak. Ich sehe das eher als Herausforderung an die Strukturen, an die organisierten Kräfte, ob sie in der Lage sind, mit so einer Situation umzugehen. Und das ist die Linke seit langem nicht. Ich würde mir wünschen, den Bewegungskonjunkturen trotzen zu können. Die Entscheidung zur Fusion statt zum

Biwak zu fahren haben die Leute schon viel früher getroffen. Das hängt auch mit der Erfahrung des letzten Jahres zusammen, dass man nicht mehr weiter gekommen ist und das was du einforderst, nämlich, wie kann man die Demo zu einem konfrontativen oder offensiven Akt machen, nicht mehr so einfach als Forderung zu stellen ist. Ich würde das in Bezug auf die Demo vielleicht gar nicht mehr zu dem zentralen Moment machen. Denn es hat sich gezeigt, dass die Konfrontation mit anderen Mitteln, an anderen Punkten viel eher herzustellen ist, als in dem Moment, wo man vor dem Biwak steht.

AK: Welche anderen Punkte meinst du?

RAK: Es war mal die Rede davon, dass man gefälligst die Profiteure ins Visier nehmen soll. Das ist dann auch immer mehr passiert. Das kann man zwar als Schwäche interpretieren, weil im Aktionen nur noch im Vorfeld möglich sind, ich glaube aber, dass es anders ist. Wir haben eine Situation, wo Aktionen im Vorfeld dazu führen, dass selbst wenn wir eine schwache Demo durchführen, wir als Konfrontation in der Presse wahrgenommen werden.

FB: Ich finde auch, dass versucht werden sollte, ProfiteurInnen im Vorfeld anzugreifen und sie deutlich zu machen. Ich kann es mir nur schwer konkret vorstellen.

Wir vom Friedensbüro wollen ja die Waffenexporte zentral thematisieren. Das ist ja genau das, wo heftig profitiert wird. Auch beim Antikriegstag wollen wir was dazu machen. Wie das aber genau aussehen kann, wissen wir noch nicht.

AK: Dass eine Demo mit 100 bis 120 Leuten als konfrontativ wahrgenommen wird, hängt mit zwei Sachen zusammen. Zum einen, weil es die letzten Jahre militante Aktionen gab und zum anderen, weil es trotz massiver Versuche nicht gelungen ist, das AMAK darüber zu spalten. Nicht desto trotz fände ich es wünschenswert, eine Konfrontation am Biwaktag selbst hin zu kriegen.

Dass ich vorwurfsvoll klinge, hat schon damit zu tun, dass ich mich nicht völlig dagegen wehren kann, enttäuscht oder angepisst zu sein. Aber es ist auch klar, dass wir nicht auf die anderen mit dem Finger zeigen können, nach dem Motto, nur weil ihr nichts macht, läuft der Protest nicht. Wir müssen natürlich bei uns selber gucken.

Die Frage ist aber eher, wie und ob strategisch diskutiert wird. Davon bin ich enttäuscht. Der Widerstand gegen das Biwak ist da nur ein Beispiel. Ansonsten denke ich auch, dass es ein Problem darstellt, dass auf der einen Seite die mediale Resonanz auf den Protest ziemlich stark war und auch in den letzten Jahren viele Aktionen, auch im Vorfeld, stattgefunden haben, auf der

anderen Seite antimilitaristischer Widerstand für die Leute aber keine soziale Rolle gespielt hat. Die politische Relevanz des Widerstandes stand nie in einem realen Verhältnis dazu, was er den Leuten persönlich bedeutet. Es war selten so, dass sich Leute selbst Aktionen ausgedacht haben, weil sie das Thema so wichtig oder interessant finden.

FB: Ich glaube das stimmt. Auch in meinem links-liberalen Bekanntenkreis war das Biwak kein Thema. Private Sachen waren an dem Tag oft wichtiger als unser Protest. Es ist uns nicht gelungen, das zu einem Thema zu machen, das sie sich 4 Wochen vorher in den Kalender schreiben. Aber es gibt trotzdem ein Bewusstsein von der Funktion des Biwaks. Ich glaube also nicht, dass unsere Sachen umsonst waren.

AB: Ist die Dynamik der politischen Entwicklung, die die Proteste gegen das Biwak ja durchaus hatten, weggebrochen, weil die antimilitaristische Szene in Hannover Fehler gemacht hat oder weil es bundesweit einen Abschwung in der antimilitaristischen Bewegung gibt?

RAK: Ich glaube, dass eine radikale Linke sehr auf Bewegung orientiert ist. Der spannende Moment tritt dann auf, wenn die Bewegung weg ist. Das ist oft der Punkt, wo ein Thema in die Ecke geschmissen und das nächste gegriffen wird, an dem man die Hoffnung hat, dass da wieder Bewegung los geht. Manchmal klappt das, manchmal nicht. Das ist aber ein politischer Zustand, der nicht auf Dauer tragbar ist. Und den ich auch nicht so will. Welche Schlussfolgerungen organisatorischer Natur die einzelnen Gruppen daraus ziehen, ist die eine Geschichte. Im Moment, da hast du recht, sind wir mit den Fähigkeiten die wir haben kaum in der Lage, die Organisation gegen das Biwak praktisch zu tragen. Da muss sich was ändern.

Vielleicht müssen wir aber bestimmte Sachen auch bleiben lassen. Nämlich die, die nach Außen die Gewissheit verkörpern, dass es schon irgendwie läuft – obwohl alle im Grunde genommen wissen, dass das nicht stimmt. Wir hatten schon nach dem vorletzten Biwak gesagt, dass wir, wenn wir nicht andere Strukturen auf die Reihe kriegen, es nicht mehr tragen können. Ursprünglich gab es eine Strategie der Wehrkraftzersetzung und es ging stark um die Ächtung des Militärs. In der Entwicklung der Proteste kam dann ein zweites Element dazu, nämlich eine Art

Leuchtturmeffekt, bei dem unterschiedliche Spektren von antimilitaristischer und Friedensbewegung zusammengekommen sind. Das hat eine Weile eine große Lebendigkeit nach Außen wie nach Innen gehabt, weil da wirklich Gruppen zusammensaßen. Das AMAK ist jetzt darauf reduziert, dass da zwar Leute sitzen, die aus Gruppen kommen, die aber selbst im besten Fall nur vermittelt Vertreter_innen von Gruppen sind. Ich glaube, das führt dazu, dass die Organisation und so was wie die innere Teilhabe an das AMAK delegiert werden. Man denkt, das AMAK organisiert schon alles, das AMAK tut auch so, als könne es das. So denken alle: Ich habe genug mit meinen politischen Geschichten zu tun, das AMAK macht's schon. Diese Kopplung führt dazu, dass die einen sich wie Zulieferer vorkommen und das AMAK isoliert rum-schwirrt. Wir hatten dieses Jahr keine Einschätzung, was bei den Protesten passieren würde, und wie viele Leute kommen würden. Das ist eine Situation, die ich Scheiße finde.

FB: Wir sind ein wenig zu einem StellvertreterInnenkreis geworden. Das ist nicht gut. Der antimilitaristische Rat-schlag, den wir dieses Frühjahr gemacht haben, hat das ein bisschen überwunden. Da waren viele Leute und nicht nur VertreterInnen von Gruppen. Das fanden wir sehr positiv. So haben sich auch unterschiedliche Leute aus den Gruppen mal kennengelernt.

RAK: Das erreicht aber nicht die Szene, weil da nicht viele von denen waren. Das ist natürlich die Schwäche der Situation. Die besteht ja nicht nur darin, dass man zu wenig Kraft, Leute und Ressourcen hat, sondern auch darin, dass man nicht genug politische Kapazität hat das zu reflektieren. Stattdessen funktioniert man und macht Dinge, wie man sie immer macht. Eine Struktur wie das AMAK legt dieses Funktionieren relativ nahe. Man muss einzelne Mechanismen verändern, um anders mit dem Problem umgehen zu können.

Ich glaube jetzt ist definitiv der Punkt erreicht, das was man macht, zur öffentlichen Diskussion zu stellen. Wir müssen uns dazu zwingen, jetzt zu sagen, dass wir das nächste Jahr anders machen. Ein Beispiel. Wir sind irgendwann dazu übergegangen, Unterschriften von Gruppen unter den Aufruf zu sammeln, unabhängig davon, ob diese Gruppen überhaupt da sein werden oder in die Diskussion

eingebunden sind. Das war in einem Moment der Stärke legitim, hat sich aber irgendwann ins Gegenteil verkehrt. Die Gruppen sagen ja – mit der konkreten Praxis haben sie aber nichts zu tun.

Das muss anders werden. Das betrifft



die linke Szene, denen ist das in Teilen sicher egal, der Linkspartei ist es nicht mehr so egal, wenn sie nicht mehr drunter steht ohne sich an den Vorbereitungen zu beteiligen. Dass die Demo in der Innenstadt stattfand, hat auch damit zu tun, dass die Linkspartei letztes Jahr ein Interesse daran hatte und man befürchtete das Spaltungen entstehen, wenn man es nicht macht... Das hat aber faktisch überhaupt keine Rolle gespielt. Die Partei ist nur ein kleines Bisschen präsent gewesen aber nicht in dem Maße, wie wir es uns erhofft hatten. Das geht nicht, dass die nicht an den Vorbereitungen beteiligt sind aber auf den Flugblättern auftauchen. Solche Sachen muss man beenden. Man muss das ganze Ding nochmal neu aufbauen. Und dann funktioniert es entweder oder nicht.

FB: Ich gebe dir recht, dieser Zustand sollte so nicht bleiben. Vielleicht kommen nur die unter Texte, die auch was dafür tun und die Diskussionen in ihre Gruppen tragen. Aber ich würde es auf gar keinen Fall wollen, dass das AMAK zu schnell fallen gelassen wird; Weil es eine Qualität dadurch hat, dass es über die Grenzen politischer Spektren hinausweist. Es gibt viele Organisationen, wo das überhaupt nicht klappt. In der DFG/VK gibt es z.B. Brüche die katastrophal sind. Deswegen fände ich es ebenso katastrophal, wenn wir das, was wir bisher hinbekommen haben, fallen lassen würden.

AB: Warum habt ihr nicht vorher offen gemacht, was für Probleme es sowohl in praktischer wie in konzeptioneller Hinsicht gibt? Denn erst wenn es ein Bewusstsein über das Problem gibt, kann es doch angegangen werden.

FB: Wir haben uns daran vorbei gemogelt. Es gab ja verschiedene Vorschläge. Zum Beispiel Blockaden zu machen. Das wurde schnell abgewimmelt, mit der Begründung, dass es halt nicht ginge. Ich denke, die verschiedenen Konzeptionen müssen intensiv diskutiert werden. Auch ein Konzept der Konfrontation schließt für mich eine Öffnung in die Stadt und ein Festcharakter nicht aus. Nur das müsste halt überlegt werden.

AB: Das ist eine ausweichende Antwort. Warum ward ihr nicht in der Lage, im Vorfeld die Probleme zu benennen?

FB: Ich kann's nicht beantworten.

AK: Ich glaube, ein Problem ist, dass es in Hannover wenig Erfahrungen mit so festgefahrenen Situationen gibt, in denen es schwer ist, wieder zu einer Aktionsfähigkeit zu kommen. Und das, obwohl der Protest gegen das Biwak in den letzten Jahren ohnehin einer der wenigen Punkte war, wo es eine politische Dynamik gab. Vielleicht war das noch der Widerstand gegen Boehringer, wo verschiedene Spektren zusammengefunden haben

und es viele Aktionen auf unterschiedlichen Niveaus gab, die in der Stadt eine Rolle gespielt haben.

Angeichts dessen ist es schade, dass beim Biwak im Vorfeld viele Möglichkeiten aufgegeben wurden. Für unsere Zusammenhänge kommt neben einer gewissen Ratlosigkeit auch hinzu, dass oft auf die Versuche schriftlich zu diskutieren, nicht reagiert wurde.



AB: Wie will man denn angesichts der Ratlosigkeit in Bezug auf das Biwak einen politischen Angriff auf die Feldjägerschule starten? Dort ist es doch noch schwerer einen praktischen Ansatzpunkt zu finden, weil das Konfrontationsverhältnis vor Ort viel schwerer als beim Sommerbiwak herzustellen ist. Muss für eine Dynamisierung der stagnativen Verhältnisse nicht überlegt werden, wie man beides zusammen unter einen Hut bekommen kann?

RAK: Ich würde dem widersprechen. Man kann nicht einfach einen Punkt durch den nächsten ersetzen. Das wird nicht funktionieren. Ich glaube, da hast du völlig recht, die Ausgangsbedingungen bei der Feldjägerschule sind doppelt schwierig und schlechter.

Neben dem Punkt der Ächtung, darauf komme ich zurück, haben sich Leute aufgemacht, sich mit Rekrutierung und Bundeswehr an den Schulen und Unis zu beschäftigen und initiativ zu werden. Und es haben sich Leute auf den Weg gemacht, was den Bereich Sabotage angeht. Die entscheidende Frage ist in Bezug auf das Biwak eine andere. Gibt es neben den Bereichen Ächtung, Desertion und Sabotage noch einen Leuchtturmmoment, an dem die unterschiedlichen Spektren zusammenkommen, um immer wieder zu aktualisieren, dass Antimilitarismus ein fester Bestandteil linker, fortschrittlicher und emanzipatorischer Bewegung ist? Die Frage muss man sich stellen. Und woran so ein Moment entstehen kann. Ich zweifel daran, dass das die Feldjägerschule ist. Vielleicht ist es der Neujahrsempfang der Bundeswehr. Es sollte ein Kriterium sein, dass man Punkte sucht, wo Stadtgesellschaft und Militär aufeinander- und zusammentreffen. Da ist beim Biwak diese Konfrontation auch lebendig geworden. Das war eine Qualität.

FB: Ich will auch nicht das eine durch das andere ersetzen. Aber die Feldjägerschule hat eine enorme militärische Bedeutung - gerade was Aufstandsbe-

kämpfung betrifft. Das hat für viele Menschen einen anderen Charakter als die militärischen Auseinandersetzungen, an die sich so furchtbar viele Leute gewöhnt haben. Und dann gibt es auch noch den Fliegerhorst Wunstorf in der Region. Das heißt, wir haben verschiedene Möglichkeiten „Leuchttürme“ entstehen zu lassen. Wir müssen die verschiedenen Sachen zusammenbringen und nicht das eine durch das andere ersetzen.

AK: Ich glaube auch nicht, dass man jetzt einfach mal die Feldjägerschule in Angriff nehmen kann. Ich glaube auch nicht, dass wir auf den Stand von vor 10 Jahren zurückgeworfen sind. Der Ansatzpunkt Biwak war gut gewählt und hat auch eine Zeit lang funktioniert. Aber es ist mittlerweile so, dass sich die Schwäche der linken Szene zeigt, in bewegungsarmen Zeiten an Themen dran zu bleiben. Das trifft insbesondere die autonome Szene, wo die Strukturen nicht sehr dauerhaft sind. Aber auch die Bedingungen beim Sommerbiwak selbst wurden für uns erschwert. Nachdem es in den ersten Jahren gelang die Militaristen zurückzudrängen, sie haben in den letzten Jahren mehr als zweitausend Gäste verloren, die Stadt war unter Rechtfertigungsdruck, die Eingänge wurden nach hinten verlegt, ... Man kann nicht erwarten, dass man, wenn man mal einen guten Angriffspunkt gefunden hat, da immer weiter machen kann. Die Qualität von Widerstand muss sich auch daran bemessen, wie er in der Lage ist, mit veränderten Bedingungen umzugehen, weil sich

unsere Gegner auf uns einstellen.

AB: Im September findet ja das antimilitaristische Camp statt, wo auch über strategische Fragen geredet werden soll. Fahrt ihr da hin? Ist das ein Ort, an dem solche Auseinandersetzung eurer Meinung nach geführt werden können?

RAK: Ich hoffe, dass ich da hin fahren kann. Ich habe da auch Lust zu. Ich bin mir bloß nicht sicher, ob dort konkrete Antworten für die Fragen vor Ort gefunden werden können. Aber ich finde es trotzdem eine wichtige Initiative in dem Bereich. Auch, um mal über den eigenen Tellerrand hinaus zu schauen.

FB: Ich werde aus Zeitgründen nicht hinfahren. Wir haben uns so viel vorgenommen, dass ich es nicht gebacken kriege.

AK: Ich werde hinfahren. Ich glaube es ist notwendig mit Leuten aus verschiedenen politischen Spektren eine generelle strategische Diskussion zu führen. Vielleicht kann man ja mal vorfühlen, ob es nächstes Jahr, wenn das Biwak nicht zur gleichen Zeit wie die Fusion stattfindet, ob es Interesse gibt, da mal wieder überregional was zu versuchen. Das wäre zum Jubiläumsbiwak, dem 40., ganz schön...

AB: Danke für das Gespräch.

Nach Brandanschlag auf Bundeswehr in Hannover Staatsschutz stochert im Nebel

Aktivist_innen wurden massiv bedroht

In den letzten zwei Wochen hat der Staatsschutz in Hannover mindestens drei Leute zu Hause bzw. bei ihrer Arbeitsstelle aufgesucht. Dabei wurde versucht, die betroffenen Personen ins Gespräch zu verwickeln. In zwei der Fälle traten die Staatsschützer zu zweit auf, in einem alleine. In allen Dreien stellten sie sich als Mitarbeiter der Kriminalpolizei vor und ignorierten, dass die Betroffenen von Anfang an klar machten, dass sie nicht mit ihnen reden wollen.

Im ersten Fall wurde ein Beamter an der Wohnungstür abgewiesen. Doch dieser setzte sich einfach frech auf die Treppe im Treppenhaus und schwadronierte weiter. Der in diesem Fall Belästigte war kurz zuvor auf dem Unisportplatz mit der Beschuldigung, von einer Baustelle Baustoffe entwendet zu haben, festgenommen worden. Einen Tag nach dieser Festnahme waren zwei Beamte schon einmal bei dem Betroffenen zu Hause aufgetaucht. Dieser war allerdings nicht anwesend und die Beamten hatten deshalb mit der Mutter den zweiten „Termin“ ausgemacht.

Da der Betroffene nicht wusste worum es ging, war er dann zu Hause. Der Beamte sprach dann auch zunächst über den angeblichen Diebstahl. Da der Betroffene darüber nicht reden wollte, wurde der Beamte deutlicher und begann Drohungen auszustößen. Er fing an, den angeblichen Diebstahl mit irgendwelchem „Terrorismus“ in Verbindung zu bringen und drohte mit Konsequenzen - nicht nur für die Ausbildung des Betroffenen, sondern gleich für die ganze Familie. Da der Betroffene sich davon nicht beeindrucken ließ, steigerte der Beamte seine Drohungen. Er könne dafür sorgen, dass der Name des Betroffenen in der Presse im Zusammenhang mit „Terrorismus“ erscheine und dieser vom BKA mit dem Hubschrauber abgeholt werde und so weiter. Nachdem der Betroffene weiterhin ein Gespräch verweigerte und erneut darauf drängte, dass der Beamte endlich gehen solle, verabschiedete sich dieser mit den Worten: „Wenn sie nicht mit mir reden wollen, dann ist ab jetzt der Kampf angesagt. Wir werden uns in den nächsten Wochen und Monaten öfter sehen.“

In einem weiteren Fall kamen zwei Beamte in das unabhängige Jugendzentrum (UJZ) Kornstr. und wollten mit einem der Mitarbeiter reden. Auch dieser stellte gleich zu Anfang fest, dass er nicht mit ihnen reden muss und ihnen nur seinen Namen sagen werde. Allerdings wurde dies erneut von den Beamten ignoriert. Anstatt zu gehen, präsentierten sie eine Akte mit sieben Fotos, die ihn angeblich bei der diesjährigen Demo gegen das Sommerbiwak mit einem Transparent mit der Aufschrift „Kriegsgerät interessiert uns brennend“ zeigen.

Dies stelle in dem Kontext des Brandanschlags auf Bundeswehrfahrzeuge am 06.06.2012 in Hannover eine Billigung von Straftaten dar. Da der Betroffene trotzdem nicht mit ihnen reden wollte, fingen die Beamten an zu drohen, dass der Spass vorbei sei, es schließlich um „Terrorismus“ gehe, auch die Staatsanwaltschaft sich für diese Billigung von Straftaten interessiere und darüber hinaus sicher auch die Stadt Hannover nicht begeistert sei, was er, als Mitarbeiter des UJZ, in seiner Freizeit treibe.

Erst als der Betroffene sich daraufhin verabschiedete und die Beamten alleine vor dem UJZ stehen ließ, verdrückten sich die Staatsschützer.

In dem dritten Fall tauchten erneut zwei Beamte der Kripo bei der Arbeitsstelle eines Betroffenen auf. Auch dieser stellte sofort klar, dass er nicht vor habe mit den Beamten zu reden.

Daraufhin fragten sie, ob dem Betroffenen „der Brandschlag in Hannover“ bekannt sei. Der antwortete er habe davon in der Zeitung gelesen. Die Beamten fingen wiederum an zu erzählen, dass es sich um eine ernste Sache handle und versuchten den Eindruck zu erwecken, dass der Betroffene beschuldigt sei, damit in Verbindung zu stehen. Sie versuchten ein Szenario aufzubauen, in dem der Betroffene keine Handlungsoptionen mehr habe und kooperieren müsse um Schlimmeres zu vermeiden.

Der Betroffene, der 2009 der versuchten Brandstiftung am Rosenpavillon im Stadtpark, den Ort des Sommerbiwaks, beschuldigt war, wurde nach einem Alibi für die Nacht des diesjährigen Brandanschlags auf Bundeswehrfahrzeuge gefragt. Als dieser wiederum die Aussage verweigerte wurde zunächst gedroht, ihn mit zur Wache zu nehmen. Da auch diese leere Drohung keine Wirkung zeigte und der Chef des Betroffenen sich solidarisch einmischte, zogen die Beiden, mit der Ankündigung ihn staatsanwaltlich vorladen zu lassen, ab.

Es kann davon ausgegangen werden, dass diese Aktivitäten des Staatsschutzes in Verbindung mit dem Brandanschlag auf

Bundeswehrfahrzeuge in Hannover stehen. Der Presse war zu entnehmen, dass der niedersächsische Innenminister Schünemann angeordnet hat zu prüfen, ob wegen §129a bzw. §129 (terroristische/kriminelle Vereinigung) ermit-

telt werden kann und dass es bisher keine heiße Spur zu den Täter_innen gibt. Nun scheint der Staatsschutz massiv unter Handlungsdruck zu stehen und im Nebel zu stochern. Darüber hinaus ist es ein übliches Vorgehen des Staatsschutzes, jeden Vorwand zu nutzen, um neue Einblicke in linke Zusammenhänge zu gewinnen. Deshalb ist es wahrscheinlich, dass noch

mehr Leute belästigt werden. Die Beamten versuchten die bisher Aufgesuchten massiv zu bedrohen und sie so dazu zu bewegen irgendetwas zu sagen.

Niemand braucht mit der Polizei und ihrem Staatsschutz zu reden. Niemand muss polizeilichen Vorladungen folge leisten. Ihre Drohungen laufen ins Leere, wenn ihr euch nicht einschüchtern lasst. Wenn ihr angequatscht werdet, sprecht mit Freundinnen und Freunden darüber und wendet euch an die Rote Hilfe. Die Drohungen des Staatsschutzes verfehlen ihre Wirkung, wenn ihr sie öffentlich macht und mit eurem Umfeld einen gemeinsamen Umgang damit findet.

Wir empfehlen allen, die vom Staatsschutz belästigt werden, dringend von ihrem Aussageverweigerungsrecht Gebrauch zu machen und, wenn dies ignoriert wird, sich dem Gespräch so schnell wie möglich zu entziehen.

Falls ihr schon Besuch bekommen habt, wendet euch so schnell wie möglich an die Rote Hilfe.

Auch wenn es dabei zu Aussagen gekommen sein sollte, ist es wichtig darüber zu reden. Es ist besser im Nachhinein einen gemeinsamen Umgang mit eventuellen Aussagen zu finden, als zu versuchen alleine mit dem Druck fertig zu werden. Falls ihr von Freund_innen gehört habt, dass sie belästigt würden, ermutigt sie sich an die Rote Hilfe zu wenden. Der Staatsschutz versucht uns zu vereinzeln und uns unter Druck zu setzen, aber gemeinsam können wir uns wehren.

Die Ortsgruppe Hannover der Rote Hilfe trifft sich jeden 1. Sonntag im Monat ab 16 Uhr im UJZ Korn. Oder vereinbart einen Termin per Mail. Dabei solltet ihr nur um einen Termin bitten – ihr solltet in der Mail noch nichts zu dem Anlass schreiben.



hannover@rote-hilfe.de

www.rh-hannover.de.vu

www.aussageverweigerung.info

Rote Hilfe OG Hannover
09.07.2012

War starts here – let's stop it here!

Camp against Gefechtsübungszenrum (GÜZ)

12. bis 17. September 2012

Feind hinterm Fenster. Deckung, orientieren, Schuss. Blitzschnell informiert der Laser-Duellsimulator die Kämpfenden, wer getroffen hat und wer getroffen wurde, wer weiter übt und wer liegenbleibt in der Steppe Sachsen-Anhalts. Das deutsche Heer trainiert im Gefechtsübungszenrum (GÜZ)-Altmark, wie ein Dorf in Afghanistan, im Kosovo oder – einer Einschätzung der Nato über künftige Kriege folgend – eine beliebige Stadt der Erde überfallen und besetzt werden kann.

Antimilitaristisch campen!

Kommt zum internationalen antimilitaristischen Camp gegen das Gefechtsübungszenrum der Bundeswehr (GÜZ)!

Das GÜZ ist für Bundeswehr, NATO und EU ein zentraler Ort. Hier beginnt der Krieg, der weltweit geführt wird. Wir wollen das Camp zu einem zentralen Ort der Bündelung antimilitaristischer Kämpfe machen. Eingeladen sind alle, die der zunehmenden Militarisierung entgegenzutreten wollen. Wir werden unsere unterschiedlichen Analysen und Zugänge diskutieren und gemeinsam praktische Erfahrung im sabotieren des Krieges machen.

Krieg beginnt hier, wir wollen ihn hier markieren, blockieren, sabotieren!

Das Gefechtsübungszenrum (GÜZ) Altmark bei Hillaersleben/ Magdeburg ist der modernste Truppenübungsplatz Europas. Von Kämpfen in Städten bis zum Gefecht von Panzergruppen werden hier militärische Interventionen von Luft- und Bodenmilitärtruppen simuliert. Die Betreiberin „Rheinmetall Dienstleistungszentrum Altmark GmbH“ vermietet das Gelände an die Bundeswehr und andere europäische Armeen, ist Dienstleisterin der gesamten Technik und Logistik und leistet die Vorarbeit für die militärischen Analysen. Hier wird Krieg geübt, ausprobiert, vorbereitet.

Krieg üben ist ein Teil von Krieg führen.

Alle Bundeswehr-Soldat_innen, die in einen Auslandseinsatz geschickt werden, müssen sich im GÜZ einem in der Regel zweiwöchigen Kampftraining unterziehen. Samt Ausrüstung werden sie zum GÜZ verfrachtet, hier

üben sie mit Laserwaffen, Rauchbomben und Kunstblut Krieg.

Inmitten der riesigen Heidelandschaft des GÜZ wird ab Sommer 2012 eine moderne Großstadt nachgebaut: Schnöggersburg hat eine U-Bahn, einen Flughafen, eine Innen- und Altstadt, Plattenbauten, Wohnhäuser, Industrie- und Elendsviertel. „Diese Stadt könnte überall auf der Welt stehen“ Oberst Michael Matz, Leiter des GÜZ.

Zivil- militärische Normalität

Nicht erst seit der Aussetzung der Wehrpflicht versucht eine immense Rekrutierungs- und Werbeoffensive der Bundeswehr in Schulen, Unis und Jobcentern eine militärische Durchdringung des „Zivilen“ und den gesellschaftlichen Rückhalt der „Heimatfront“ abzusichern. Derzeit erleben wir, wie auf allen Ebenen daran gearbeitet wird, Krieg zum Alltag zu machen. Unterschiede zwischen Innen und Außen, militärisch und zivil, Polizei und Militär, Krieg und Frieden verschwinden zunehmend. Immer mehr gesellschaftliche Bereiche werden durch die zivil-militärische Zusammenarbeit (ZMZ) vereinnahmt: an der Uni durch die Drittmittelfinanzierung, bei der Post durch Übernahme von Logistikleistungen und bei NGOs durch die Kooperation mit Militärs... Dem Konzept der vernetzten Sicherheit folgend sollen alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens ihren Beitrag zur Schaffung und Aufrechterhaltung öffentlicher „Ordnung“ leisten.

Polizeiliche Aufgaben werden zunehmend durch das Militär übernommen. In der EU werden Gesetze und Verfahren harmonisiert, aber noch sind sich die Staaten in Vielem nicht einig. Die Militarisierung ist noch nicht überall so fortgeschritten wie z.B. im italienischen Val di Susa, wo aus Afghanistan kommende Fallschirmjäger gegen Demos eingesetzt



werden. Allerdings erzwang das Militär auch in Spanien schon den Abbruch eines Streiks und gegen den Generalstreik in Griechenland wäre es um ein Haar zum ersten Einsatz der „European Gendarmerie Forces“ gekommen. In Deutschland hingegen tun viele immer noch so, als wäre gar nicht richtig Krieg. Dabei sind es nicht zuletzt deutsche Kriegstreiber_innen, die die Umsetzung der „vernetzten“ Kriegsführung international nach Kräften voranbringen.

Aufstandsbekämpfung. Städte als Kriegsgebiet

Das Nato-Strategiepapier „Urban Operations in the Year 2020“ konstatiert, dass weltweit mehr und mehr Menschen in Städten leben und dort verarmen. Daher sei es nötig, Defizite der Einsatzfähigkeiten der Militärs im urbanen Raum zu beheben. Unruhen werden schlicht als erwartbare Herausforderungen kalkuliert, die bekämpft werden müssen. Neben baulichen Besonderheiten stellt vor allem das Operieren in bewohnten Gebieten die Armee vor Probleme: Wo Kämpfer_innen von der Bevölkerung kaum zu unterscheiden sind, gibt es angesichts ziviler Opfer schnell Proteste - somit „ineffektive“ oder sogar abgebrochene Einsätze. Deshalb will das Militär näher ran und rein in die Gesellschaft: mit wissenschaftlichen Sozialstudien, Spionen, Aufklärungskompetenzen, Medienregulierungen, Zersetzungsstrategien. Ob mit „robusten“ Einheiten oder „Crowd and Riot Control“ ausgerüstet mit „weniger tödlichen“ Waffen

ist nur eine Frage der Intensität der Auseinandersetzung.

Die Aufrechterhaltung einer Wirtschaftsordnung, die für die meisten Menschen keinerlei Perspektive bereit hält, erfordert ein dauerhaftes militärisches Krisenmanagement. Dabei ist offene Repression bei Weitem nicht immer Mittel der Wahl. Im Vordergrund stehen stattdessen Prävention, Umbau von Stadtteilen, die Einschüchterung von Sympathisierenden, die Schaffung von Feindbildern, auf dass die Bevölkerung sich distanziert und selbst diszipliniert. Aufstandsbekämpfung, Counter-Insurgency im Nato-Sprech, will eine entpolitisierte passive Öffentlichkeit prägen und bleibt zugleich als Strategie des Machterhalts so tödlich und reaktionär wie die Kolonialkriege, in denen sie entwickelt wurde.

Was üblicherweise als Synonym für Riot-Control gilt, könnte ein weiterreichendes Konzept des Regierens sein, in dem es nicht um das Beilegen von Konflikten geht, sondern darum, einen einmal erreichten Ausnahmezustand langfris-

tig beizubehalten. Die Destabilisierung einer Gesellschaft schafft auch die Legitimation für andauernde politisch-militärische Kontrolle ohne politisch verhandelbare Alternativen präsentieren zu müssen. Was im Irak oder in Afghanistan als Mangel an Plänen für eine Nachkriegsordnung oder als Unvermögen der Durchsetzung erscheint, könnte der Kern der Sache selbst sein: Aufstandsbekämpfung als ewiges Krisenmanagement. Denn solange die Krise andauert, lässt sich leichter Akzeptanz schaffen für Einschränkungen der Bewegungsfreiheit, Bevormundung und Unterdrückung.

Krieg, Nato, Neokolonialismus.

Die aktuellen Kriegseinsätze werden u.a. mit der Verbreitung von Demokratie, Frauen- und Menschenrechten legitimiert. Diese Begründungen sind nicht als reiner Vorwand zu verstehen, um ökonomische Interessen durchzusetzen. Sie sind immer auch Ausdruck einer postkolonialistischen Weltsicht, die die eigenen Werte für überlegen hält. Eine Gesellschaft, die zum Krieg bereit sein soll muss darauf eingestimmt werden, dass die Anwendung von militärischer Gewalt nicht nur unvermeidbar, sondern sogar wünschenswert bzw. heldenhaft sei - sofern sie von „Sicherheitskräften“ ausgeübt wird. Zu ihrer Rechtfertigung ist es immer wieder nötig, abweichende Standpunkte, Lösungsansätze und Probleme auszublenden. Komplexe Strukturen müssen als einfache Widersprüche wahrgenommen werden, damit am Ende einer Überlegung nur eine Lösung möglich ist: Krieg. Es bedarf einer einfach gestrickten bipolaren Weltsicht, um militärische Gewalt als Mittel zur „Bewältigung“ sozialer Konflikte erscheinen zu lassen. Es gibt nur Frau oder Mann, Demokratie oder islamistische Diktatur, die Wilden oder der Westen, Zivilisation oder Barbarei, Ordnung oder Chaos.

Sexualisierte Gewalt und Krieg gehen immer Hand in Hand. Dem Militär kommt durch die Legalisierung und Legitimierung von Gewalt als Form der Auseinandersetzung ein enormer Teil der Bildung und Aufrechterhaltung einer Gewalt ausübenden Männerrolle zu. Einerseits verstärkt Militarisierung eine patriarchale und bipolare Terordnung, andererseits wird diese angeum Kriege zu rechtfertigen. Militarisierte Aufstandsbekämpfung bildet da keine Ausnahme. Auch hier sind es bewaffnete Männerhorden, die kämpfen um den Besitz- und Herrschaftsanspruch der jewei-



ligen anderen Männer zu brechen. Weil dieser Besitzanspruch sowohl die Verfügungsgewalt, als auch eine Schutzanmaßung über die „eigenen“ Frauen beinhaltet, sind sexualisierte Erniedrigungen und Vergewaltigungen von Zivilistinnen und Soldatinnen, aber auch sexualisierte Gewalt gegen männliche Gefangene in allen Kriegsgebieten an der Tagesordnung. Die der bipolaren Geschlechterordnung innewohnenden Gewaltverhältnisse und deren direkter Bezug zu Militarismus lassen nur einen Schluss zu: Geschlechterrollen und Militär angreifen, aufweichen, auflösen!

In die gleiche Kerbe schlägt die neue Nato-Strategie, die 2010 in Lissabon verabschiedet wurde. Mit Verweis auf sogenannte westliche Werte stilisiert sich die Nato als Bündnis, das weltweit seine Interessen durchsetzen will. Argumentiert wird mit Sicherheitsbedürfnissen der vereinten westlichen Demokratien. Im Klartext geht es dabei um Sicherung von Handelswegen, Proliferation, Terrorismusabwehr, Migrationskontrolle und Katastrophenschutz. Durch diese Beispiele wird auch die eigentliche Absicht dahinter deutlich: die Durchsetzung einer neokolonialen Politik.

Sicher ist, wir bewegen uns auf widersprüchlichem Terrain – einerseits sind wir weltweit den gleichen kriegesischen Prinzipien unterworfen, andererseits bedeutet Krieg für viele Menschen Tod, Folter, Vergewaltigung und Flucht. Jedoch bei allen Unterschiedlichkeiten der gesellschaftlichen Realitäten und der Betroffenheit von Gewalt ist den verschiedenen Facetten der Militarisierung eines gemein: Jegliche Perspektive auf Selbstbestimmung und Emanzipation wird verunmöglicht.

War starts here! Europaweite Kampagne gegen Krieg und dessen Vorbereitung.

Das Vorbereiten, Üben und Koordinieren von Krieg, das Produzieren, Transportieren, Forschen, Werben und Rekrutieren für den Krieg findet direkt vor unseren Augen statt. Das alles lässt sich auch hier markieren, sabotieren oder blockieren. Dabei geht es noch um mehr als die unmittelbar erkennbaren Rüstungsindustrien, Bundeswehreinrichtungen, Truppenübungs- und Umschlagplätze. Es geht

auch darum, vermeintlich zivile Institutionen wie Schulen, Arbeitsagenturen, Universitäten und Berufsmessen als Orte zu markieren, in die militärische Formierung und Rekrutierung alltätlich eindringt. Und es geht darum, patriarchale und neokoloniale Denkmuster in den eigenen Köpfen als Teil von Militarisierung und Kriegsführung erkennbar zu machen.

Krieg beginnt hier - Stoppen wir ihn hier!

Wo alles Front werden soll, darf die Auflehnung gegen Militarisierung und Krieg nicht länger alleinige Zuständigkeit von Friedensbewegung und Antimi-

litarist_innen sein. Militarisierung, „vernetzte Sicherheit“, Aufstandsbekämpfung und letztlich Krieg sind immer auch ein Angriff auf alle sozialen, emanzipatorischen Bewegungen und somit gegen alle Menschen, die für eine befreite Gesellschaft kämpfen. Also vernetzen wir uns international, strömungs- und spektrumübergreifend, um zusammen Strategien und Konzepte zu entwickeln und zu diskutieren, Aktionen zu reißen und dem militärischen Treiben vielfältigen Widerstand entgegen zu setzen.



Schmeißen wir die Erfahrungen unserer Kämpfe zusammen!

Wir werden – in Anerkennung all unserer Unterschiede – ein gemeinsames Camp gegen das Gefechtsübungszentrum (GÜZ) Altmark aufbauen. Wir wollen Erfahrungen, Inhalte und Konzepte austauschen, in Diskussionen und Aktionen von der Bandbreite unserer Kämpfe profitieren. Machen wir der militärisierten Zuordnung der Welt ein Ende!

Vor Ort werden wir alle Aktionsformen willkommen heißen, die den Militärbetrieb markieren, blockieren, sabotieren. Manöver finden hier fast täglich statt, das Gelände ist nur teilweise eingezäunt und riesengroß. So bieten sich vielfältige Aktionsfelder: zum Beispiel Schienen, Straßen, Zäune, Gebäude, Wege, Lagerhallen, Überwachungsinfrastruktur, Soldat_innen, Fahrzeuge, Flugmaschinen, Kommunikationsnetze, Zulieferer, Rüstungsbetriebe...

markieren. blockieren. sabotieren.

www.warstartsherecamp.org

15. September 2012 Aktionstag: Gefechtsübungszentrum entern | lahmlegen | umgestalten

Mit möglichst vielen Menschen wollen wir das Gefechtsübungszentrum (GÜZ) entern und den Übungsbetrieb der Bundeswehr für einen Tag lahmlegen. Wir wollen an diesem Tag zeigen, dass wir den Krieg dort, wo er beginnt, auch aufhalten können.

Das Gefechtsübungszentrum (GÜZ) „Das GÜZ bei Hillersleben/Magdeburg ist der modernste Truppenübungsplatz Europas.“ heißt es in der Eigenwerbung dieser Militäranlage. Hier beginnt der Krieg, der weltweit geführt wird. Alle Bundeswehr-Soldat_innen, die in einen Auslandseinsatz geschickt werden, müssen sich im GÜZ einem in der Regel zweiwöchigen Kampfftraining unterziehen. Manöver finden fast täglich statt; zeitliche Verzögerungen sind im Ablauf nicht vorgesehen. Inmitten der Heidelandschaft wird ab diesem Jahr eine „moderne Großstadt“ nachgebaut, „wie sie überall auf der Welt anzutreffen ist“ - mit allem, was zum Üben militärischer Interventionen auch im urbanen Raum als notwendig angesehen wird: Einkaufszonen, Elendsquartiere, Straßenzüge und Plätze einschließlich U-Bahn-Station. Von militärischer Aufstandsbekämpfung („Begegnung mit Mengen aufgebrachter Menschen“) bis zum Gefecht von Panzergruppen werden hier Kampfhandlungen simuliert. Das Gelände ist riesengroß und nur dort, wo feste militärisch genutzte Gebäude stehen, eingezäunt. Ansonsten ist der ganze TÜP frei zugänglich - so ergeben sich vielfältige Aktionsfelder. Wir rufen auf zu einem Aktionstag in drei Phasen:

Phase 1: GÜZ entern – Übungsbetrieb unterbrechen!

Am 15. September wollen wir gemeinsam mit Menschen aus dem Camp*) und allen anderen, die zu dem Aktionstag kommen, das GÜZ entern: wir rufen dazu auf, den Krieg, der hier beginnt, auch genau hier aufzuhalten.

Brechen wir den „Hausfrieden“ eines Ortes, der zum Üben des Krieges missbraucht wird! Stellen wir die Verfügungsgewalt der Bundeswehr wenigstens für diesen einen Tag praktisch in Frage! Lasst uns den Platz durchkreuzen und beleben! Ob als Demo, Groß- oder Kleingruppe; ob als Wander_innen, Pilzsammler_innen oder Waldarbeiter_innen; ob zu Fuß oder mit dem Fahrrad - wenn wir uns verteilen und von verschiedenen Startpunkten auf das Militärgelände eindringen, ist es schwer möglich, uns aufzuhalten. Der Trup-

penübungsplatz erstreckt sich über eine Fläche von ca. 30 mal 15 Kilometern und besteht zum Großteil aus Wald- und Heidelandschaft. Wenn wir erst mal auf dem Gelände sind, werden wir auf uns aufmerksam machen und die Bundeswehr so dazu zwingen, den Übungsbetrieb zu unterbrechen. Die BürgerInnen-Initiative gegen das GÜZ OFFENE HEIDE und die Musiker_innen der Aktionsgruppe „Lebenslaute“ haben bereits vorgemacht, dass und wie das gelingen kann.

Phase 2: GÜZ lahm- legen - Der Weg ist Teil des Ziels

Wir wollen nicht nur eine Wanderung durch die schöne Heide machen, sondern dabei auch Spuren hinterlassen. Parolen, die zum Desertieren auffordern; Schilder, die nachher fehlen oder neu da stehen oder auf etwas anderes Hinweisen; Guerilla Gardening; verschönerte Gebäude; für den militärischen Übungsbetrieb unübliche Hindernisse; (...). Jeder (Um-)Weg bringt uns unserem Ziel näher. Der Übungsplatz ist auf 80cm Tiefe von Munitionsresten beräumt, das Schießen wird mit Laser simuliert; für verschiedenste Gruppengrößen und -neigungen bieten sich Aktionsmöglichkeiten. Überlegt euch vorher, wie ihr auf dem GÜZ mit euren Ideen und Mitteln am besten agieren könnt.



Die Feldjäger_innen und Securitys werden uns suchen - doch sie können kaum etwas anderes machen, als uns zu beobachten oder zu versuchen, Einzelne festzuhalten, die Polizei für die Übergabe am Platzrand zu verständigen und uns dann vom Platz zu fahren. Umgekippte Bäume und Sandverwehungen auf den Wegen machen es ihnen schwerer uns zu folgen. Wir können uns aufteilen, ihnen aus dem Weg gehen oder sie nerven und beschäftigen, um anderen Spielräume zu eröffnen.

Phase 3: GÜZ umgestalten – Gemeinsam aktiv werden

Nachdem wir uns in der Weite der Steppe Sachsen-Anhalts sinnstiftend betätigt haben, wollen wir uns mit allen kleineren und größeren Gruppen an einem zentralen Ort auf dem Gelände wieder treffen und ihn gemeinsam markieren und umgestalten. Wo sich dieser Ort befindet, hängt unter anderem davon ab, wo auf dem Gelände an diesem Tag geübt wird und wo wir es für sinnvoll halten. Damit der Aktionstag ein Erfolg wird, braucht es eine breite Beteiligung und vielfältige Aktionsformen. Unser Ziel an diesem Tag ist die Verhinderung des reibungslosen Manöverbetriebes. Hier trainiert das Militär, wie Menschen angegriffen, verletzt und getötet werden. An diesem Tag werden wir das mit unseren Aktionen besonnen und entschlossen

stören. Wir wollen den Widerstand vor Ort stärken und in gegenseitigem Austausch weiterentwickeln. Auch wenn wir anschlussfähige Aktivitäten vorbereiten werden, ist das Gelingen maßgeblich von euren Ideen und selbstorganisierten Aktionen abhängig.

Bringt Kompass, Wanderschuhe, geländegängige Fahrräder, Mopeds, Drachen und Alu-Decken mit. Die notwendigen letzten Infos, einige Materialien und Hilfestellungen zum Aktionstag gibt es dann ab Freitag auf dem Camp*). Hier bieten wir auch ein Kurz-Training zum Umgang mit Kompass und Karte an.

Mehr Infos zum GÜZ, das Programm zum Camp, Karten uvm. findet ihr auf:
<http://warstartsherecamp.org>



Militarismus jetzt stoppen! - Camp in Husum 9. - 12. August 2012

Von Abrüstung keine Spur: Durch die Bundeswehrreform wird der Militärstandort Husum für die Logistik der deutschen Kriegseinsätze in aller Welt noch wichtiger. Die Husumer Militärs werden noch wichtiger für die als „Friedensmissionen“ verharmloste militärische Durchsetzung von geostrategischen Machtinteressen der NATO-Länder. Um deutlich zu machen, dass nicht alle Menschen zustimmen, wollen wir vor der Fliegerhorstkasernen in Husum ein Protestcamp errichten.

Krieg üben ist Krieg führen

Husum ist eine Kreisstadt mit 20.000 EinwohnerInnen, auf die nach der aktuellen Bundeswehrreform bis zu 10.000 SoldatInnen kommen könnten. Diese werden an allen Auslandseinsätzen der Bundeswehr maßgeblich beteiligt sein. Das Spezialpionierbataillon 164 errichtet die Stützpunkte im Ausland, und betreibt die technischen Anlagen. Ohne Treibstoff, ohne Landebahn, ohne Zaun, ohne Wasser, ohne Strom, ohne Feldküche gäbe es keinen Stützpunkt im Ausland, und damit auch keine deutsche Kriegsbeteiligung. Die mit Logistik befassten Militärs aus Husum sind im Räderwerk der deutschen Kriegsmaschinerie unverzichtbar. Das Flugabwehrraketengeschwader 1

„Schleswig-Holstein“ ist für die Stabsstelle aller landgestützten Flugabwehreinheiten der Bundeswehr und neuerdings für deren Ausbildung zuständig. Diese sichern u.a. die Kasernen im Ausland vor Bedrohungen aus der Luft. Zusätzlich stellt die Flugabwehrraketengruppe 26 regelmäßig die „Sicherungseinheiten“ für Stützpunkte im Ausland. Dies schließt eine Ausbildung in „Riot and Crowd-Control“ ein, und beinhaltet u.a. im Kosovo regelmäßig das Vorgehen gegen dort demonstrierende Bürger. Darüber hinaus sind die Husumer Militärs regelmäßig Teil der Nato-Response-Force. Diese Angriffsarmee hat ganz offen formuliert die Aufgabe, den „Zugang zu Märkten und Rohstoffen“ im Zweifelsfall militärisch durchzusetzen. Und als ob das nicht genug wäre, betreibt der Bundesnachrichtendienst (BND) in der Schobüller Straße eine als Dienststelle der Bundeswehr getarnte Einrichtung. Wahrscheinlich wird dort weltweite Telekommunikation ausgewertet.

Zivil-militärische Normalität

Die institutionelle Verankerung im zivilen Leben läuft über die sog. Zivil-militärische Zusammenarbeit. Dieser angebliche Katastrophenschutz ermöglicht es dem Militär, sich als not-

wendig für den Katastrophenschutz darzustellen, und öffnet der Politik die Möglichkeit von weiteren Einsparungen. Kritisiert wird dies kaum, den in vielen Gemeindeparlamenten der Region gibt es eine „Große Koalition“ pro Bundeswehr, denn Offiziere und Unteroffiziere werden für kommunale Arbeit vom Dienst freigestellt. So war lange Zeit z.B. der Propagandachef (Offizier für Öffentlichkeitsarbeit) des Stützpunktes gleichzeitig der Kreisvorsitzende der SPD. Die Bürgervorsteherin Encken (CDU) lässt sich beim Truppenbesuch am Maschinengewehr liegend mit den Stahlhelm auf dem Kopf für die Presse fotografieren. Die Lokalpresse berichtet zwar regelmäßig über die Auslandseinsätze, blendet dabei jedoch regelmäßig die politische Brisanz aus. Auch mit dem Einsatz im Innern wird es nicht so genau genommen: Die musikalischen Qualitäten der Bundeswehr-Bigband finden in der Lokalpresse regelmäßig positive Erwähnung. Die genauso regelmäßig aus dem selben Anlass stattfindenden Grundrechtseinschränkungen und Gewalttätigkeiten von Polizei und FeldjägerInnen gegen Menschen, die öffentlich eine andere Meinung vertreten, sind hingegen bisher keine Zeile wert gewesen (z.B. BW-Bigband 2006 und Gelöbnis 2011). Und die Justiz? Auf die können höchstens UniformträgerInnen zählen, wenn es darum geht, Skandale unter der Decke zu halten (Gericht schützt Bundeswehr, Fragwürdige Verurteilung), Militarismus im Gericht.

Kritische Zivilgesellschaft? - Fehlanzeige

Auch auf die klassischen zivilgesellschaftlichen Kräfte ist in Husum kein Verlass. So ist bei Verdi ist ein großer Teil der Organisierten z.B. bei der militärischen Standortverwaltung beschäftigt. Bei IG Metall trifft dies auf die Zivilangestellten der Militärwerkstätten zu. Auf Seiten der Kirche stellen sich viele nordfriesische PastorInnen unkritisch hinter die herrschenden Meinung und erteilen genauso wie den alten auch den neuen deutschen Kriegen ihren Segen. Vor diesem Hintergrund der Durchdringung des zivilen Lebens durch das Militär erscheint es gerechtfertigt, von Militarismus zu sprechen.

Dissens sichtbar machen

Selbst in einer Militärstadt wie Husum sinkt die Zustimmung zu den Kriegen mit der Bundeswehr in aller Welt. Gerade dadurch, dass viele Menschen Angehörige bei den Militärs haben, bekommen viele Menschen durch Erzählungen mit, dass es unmöglich sei, so wie die Bundeswehr es zur Zeit versucht, mit Waffengewalt „Frieden“ zu schaffen. Dadurch begreifen viele Menschen, dass an einer zivilen Sicherheitspolitik, die auch versucht, alle Regionen der Welt gleichberechtigt am Wohlstand zu beteiligen, kein Weg vorbei gehen wird. Nichts desto trotz machen die städtischen Eliten aus Politik, Militär, Wirtschaft

und Zivilgesellschaft gebetsmühlenartig weiter, sich gegenseitig mit schöner Regelmäßigkeit öffentlich zu vergewissern, wie geschlossen die Stadt hinter dem Militär stünde und wie verankert die Bundeswehr in der Gesellschaft sei. Das Protestcamp vor der Kaserne greift diese Inszenierung eines Diskurses an. Militarismus-jetzt-stoppen macht für wenige Tage sichtbar, dass nicht alle Menschen uneingeschränkt hinter dem Militär und ihren als Auslandseinsätzen verharmlosten Kriegen stehen.

Das Protest-Camp „Militarismus jetzt stoppen!“ macht für ein Wochenende vor der Fliegerhorstkaserne sichtbar, dass nicht alle Menschen uneingeschränkt hinter dem Militär und ihren als Auslandseinsätzen verharmlosten Kriegen stehen. Doch das ist nicht alles: Das Protestcamp bietet Raum für die unterschiedlichsten Veranstaltungen. Von Workshops über Vorträge bis hin zu Musik ist alles dabei. Außerdem im Programm: Straßentheater und Fahrraddemo...

Alle Infos zum Programm findet ihr unter: www.militarismus-jetzt-stoppen.de
Workshops



Krieg beginnt hier - Aktionen 2012

Seit mittlerweile einem Jahr läuft die Kampagne „Krieg beginnt hier“. Wir wollen hier einen Überblick geben, was im Rahmen der Kampagne, im letzten halben Jahr stattgefunden hat.

Bei unserer Zusammenstellung haben wir bestimmt einiges übersehen, denn die Parole taucht in den verschiedensten Protesten auf und nicht immer wird darüber berichtet. Viele verschiedene Initiativen und Gruppen beteiligen sich an der offenen Kampagne und so haben die Aktivitäten inhaltlich wie praktisch einen erfreulich breiten Spektrum. Wir wollen an dieser Stelle keine Bewertung des bisherigen Verlaufs der Kampagne wagen, sondern lediglich verdeutlichen, dass antimilitaristische Aktivitäten ebenso facettenreich sein sollten wie die Militarisierung der Gesellschaft. Insofern wollen wir auch dazu ermutigen selbst auf die ein oder andere Weise aktiv zu werden und Kriegstreiberei und Militarisierung in all ihren Facetten zu markieren, blockieren und sabotieren. Denn Krieg beginnt hier und wir können ihn hier aufhalten.

Den Aufruf zur Kampagne findet ihr im autonomen Blättchen Nr.6, einen Überblick von Aktivitäten im ersten halben Jahr im autonomen Blättchen Nr. 8. Alle Ausgaben des Blättchens und den Aufruf gibt es auch online bei antimilitarismus.blogspot.de

Die meisten Aktivitäten, die im Rahmen der Kampagne stattgefunden haben und einen aktuellen antimilitaristischen Aktionsticker gibt es bei www.bundeswehr-wegtreten.org

Aktionen 2012:

12.01.2012 Köln: Gegen den Schulterschluss von Meisner und de Maiziere
Zur alljährlichen Segnung der aktuellen deutschen Waffengänge empfing Gottesrieger Kardinal Meisner sowohl den Bundesverteidigungsminister de Maiziere als auch den obersten Soldaten, Generalinspekteur Wieker, im Kölner Dom. Der Protest gegen die Kriegsweihung beschränkte sich dieses Jahr auf den Vorplatz vor dem Dom. Dort waren etwa 50 Leute zusammen gekommen um gegen die besonders perfide fundamentalistisch-christlich-militärische Zusammenarbeit zur Absicherung der deutschen Kriege zu protestieren.

26.01.2012 Berlin: Protest bei GIZ-Vorlesung

Am Tag der Mandatsverlängerung des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan, be-

suchten Antimilitarist_innen die Vorlesung von Elisabeth Dürr von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) an der TU Berlin. Mit Flugblättern und einem Transparent protestierten die enge Zusammenarbeit der GIZ mit der Bundeswehr. Die GIZ, das die deutschen Entwicklungsgeldern vergibt, hat seit Juni 2011 eine Kooperationsvereinbarung mit dem Verteidigungsministerium. Die GIZ bekennt sich eindeutig zum Konzept der „vernetzten Sicherheit“, mit dem die NATO-Staaten eine immer engere Zusammenarbeit militärischer und ziviler Akteure anstrebt. Bereits im Vorfeld der sogenannten „Afghanistankonferenz“ Dezember 2011 wurde der Hauptsitz der GIZ in Bonn besetzt.



28.02.2012 Berlin: Demo gegen Polizeikongress und Urban Operations Konferenz

Bei der Urban Operations Konferenz werden Ansätze zur militärischen und paramilitärischen Aufstandsbekämpfung diskutiert. Beim internationalen Polizeikongress wird seit Jahren an einer Koor-

dinierung von Polizeibehörden und Sicherheitsfirmen gearbeitet. 1500 Leute demonstrierten in Berlin Neukölln unter dem Motto „Fight capitalist war – fight capitalist peace!“ gegen die beiden Kongresse zur Optimierung der Repression. Das Konzept, sich erst der laufenden Demo anzuschließen fand großen Anklang. Mit mehrsprachigen Flugblättern wurden interessierte Passanten über den Polizeikongress, die Urban Operations Conference, sowie institutionellen Rassismus und Polizeigewalt informiert. Am Reutherplatz entschied sich die Menge spontan für mehr Action. Viele verummten sich und machten sich in Kleingruppen über den Platz davon. Die Demo wurde aufgelöst. An verschiedenen Stellen kam es zu Angriffen auf die Polizei und mehrere Geschäfte.

30.01.2012 Bonn: Gesellschaft für Wehrtechnik markiert

Einen Tag vor Beginn der „Urban Operations Conference“ in Berlin wurde der Sitz der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik (DWT), als Organisatorin der Kriegstagung, markiert. Ein einziger Farbbeutel (mit 10 Liter Lackfarbe) vor dem Portal des Verwaltungsgebäudes zwingt die Mitarbeiter_innen heute zum Sprung über die „Blutlache“. Die DWT lädt zu der Kriegstagung, die sich neben der üblichen Waffenschau insbesondere mit neuen Kriegstechniken auch in städtischen Ballungsräumen befasst.

Hochrangige Offiziere des Gefechtsübungs-zentrums (GÜZ) sind für das Thema Training urbaner Kampfhandlungen geladen. Aufstandsbekämpfung wird zum allgemeinen Konzept, in dem innere und äußere Sicherheit aufgehen.

01.02.2012 Berlin:

Kundgebung gegen Militärtagung

Etwa hundert Personen demonstrieren vor dem Hotel Maritim gegen die dort zeitgleich stattfindende International Urban Operations Conference. Neben Redebeiträgen wurden auch mehrere antimilitaristische Videos und Fotos von Anti-Kriegs-Aktionen auf einer Leinwand gezeigt und Kriegsgeräuschen abgespielt.

04.02.2012 München: Proteste gegen NATO-Sicherheitskonferenz

2-3000 Leute demonstrierten gegen die SiKo, davon 350 im Internationalistischen Block. Die Stimmung war von Anfang an kämpferisch. Die Polizei hat den Block mehrmals angegriffen, es kam zu 3 Festnahmen. Insgesamt eine starke antimilitaristische Mobilisierung mit vielen kleinen und großen Aktionen. Die Proteste gegen die diesjährige Siko stellten sich im Aufruf und während der Demo mit zahlreichen Transparenten und einem Redebeitrag in den Kontext der Kampagne Krieg beginnt hier. Außerdem störte das Antimilitaristische Bündnis München am Tag der Siko einen Infostand der Bundeswehr auf der stuzubi, der Ausbildungs- und Studenten-Messe in München. Ein knappes dutzend AktivistInnen blockierte 15 Minuten lang den Infostand mit einem großen Transparent und verteilte Flugblätter. Außerdem wurde der Infostand etwas gereinigt und Kriegspropaganda entsorgt. München ist nicht nur Oktoberfest, Lederhosen, Alpenblick und Englischer Garten. München ist auch die Stadt der Sicherheitskonferenz und nicht zufällig sitzen hier zahlreiche der wichtigsten deutschen und internationalen Waffenproduzenten. Hier können wir anfangen, den Nachschub zu kappen um den Krieg zu beenden.

05.02.2012 Dolle/Colbitz-Letzlinger Heide: 223. Friedensweg gegen das GÜZ

50 Friedensaktivist_innen folgten am Sonntagnachmittag dem Aufruf der Bürgerinitiative „Offene Heide“ zum 223. Friedensweg für eine ausschließlich zivile Nutzung der Colbitz-Letzlinger Heide. Seit Jahren nehmen die Teilnehmer_innen der Protestaktion gegen die Bundeswehr auf dem Truppenübungsplatz „Altmark“ bei ihren Friedenswegen symbolisch ein Stück Heide in Besitz. Ein Redebeitrag bezog sich auf die parallel stattfindende Sicherheitskonferenz in München und den Aufruf zu Gegenprotesten. Außerdem wurde betont: „Der Krieg beginnt hier, auch



in unserer Colbitz-Letzlinger Heide, wo Bundeswehrsoldaten auf den Auslandseinsatz vorbereitet werden.“ Nach der offiziellen Demonstration begaben sich die Teilnehmer auf eine vier Kilometer lange Wanderung durch den Heidewald. Anschließend wurde die gerade erschiene Biografie der 2009 verstorbenen Erika Drees vorgestellt. Erika Drees gehörte jahrelang zu den Aktiven der Bürgerinitiative „Offene Heide“.

10.-11.02.2012 Köln: Proteste gegen Bundeswehr bei Bildungsmesse

Mit 34.000 Besucher_innen ist die „Einstieg Abi-Messe“ eine der größten Berufs- und Ausbildungsmessen in Deutschland. Zwei große Stände auf der Messe und warben für ihre breite Palette an vermeintlich zivilen und klassisch militärischen Berufen im Tötungs-Business. Einige Antimilitarist_innen protestierten mit Transparenten. Die Parolen „Krieg beginnt hier“ und „Kaum Abi schon tot“ sorgten für viele Nachfragen und Gespräche mit den (angehenden) Abiturient_innen. 2000 verteilte Flugblätter sprechen für ein breites Interesse.

18.02.2012 Hannover: Proteste gegen Bundeswehr bei Bildungsmesse

Am letzten Messttag der didacta demonstrierten zahlreiche Friedensaktivist_innen gegen die Anwesenheit der Bundeswehr. Die Demonstrant_innen diskutierten mit Passant_innen, Jugendoffizier_innen und Teilnehmer_innen eines Planspiels, mit dem die Bundeswehroffiziere Schüler_innen anwerben wollten. Sie entrollten Transparente und verteilten Flugblätter.

25.02.2012 Hannover: Bundeswehr bei Bildungsmesse weggejubelt

Das Zentrum für Nachwuchsgewinnung und die Wehrdienstverwaltung Nord wollten die Bundeswehr mit einem Vortrag als attraktive Arbeitgeberin inszenieren. Doch jedes Mal, wenn ein Vertreter der Bundeswehr das Wort ergriff, jubelten und applaudierten Friedensaktivist_innen lautstark und piffen auf Trillerpfeifen. Zunächst ging der Moderator darauf freudig ein und meinte: „So werden Sie sicherlich nicht so oft empfangen.“ Doch als der Jubel die Bundeswehrmenschen übertönte und Aktivist_innen Transparente: „Krieg beginnt hier“ und „KARRIERE



TOD" entrollten, musste der Vortrag nach 10 Minuten vorzeitig beendet werden. Feldjäger und Messeleitung zwangen die Aktivist_innen das Messegelände zu verlassen.

26.02.2012 Berlin:

Aktionstag gegen Waffenhandel

Mit 100 Großballons in der Form von Bomben machte die Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ am Sonntag, den 26. Februar, auf der Wiese vor dem Deutschen Bundestag auf den Skandal des deutschen Waffenhandels aufmerksam. Keine LEOPARD-2-Panzer für Saudi-Arabien – für Menschenrechte statt Unterdrückung der Demokratiebewegung! Keine Waffenlieferungen an Griechenland



– für Aufbauhilfen statt Verarmung durch Rüstungsgeschäfte!

06.03.2012 Tübingen/Wendelsheim: Proteste gegen Fallschirmspringer Übungen?!

Seit Monaten üben Spezialeinheiten der US-Army in direkter Nähe zu Tübingen das Fallschirmspringen. Ende letzten Jahres beteiligte sich auch das „Kommando Spezialkräfte“ der Bundeswehr, die daraus eine Propaganda-Veranstaltung machten und Grundschulklassen zu dem Spektakel einluden. Die Informationsstelle Militarisierung informierte mit einer Veranstaltung über die Fallschirmspringer-Übungen es wurde über bisherige und mögliche künftige Proteste dagegen diskutiert.

08.03.2012 Berlin: Commerzbank bei FrauenLesbenTrans-Demo markiert

Anlässlich des internationalen Frauentages demonstrierten 300-400 FrauenLesbenTrans*. Die Demo startete am Familienministerium um Kritik und Wut gegen die antifeministische und rechtskonservative Politik und den „Anti-Extremismus-Kampf“ von Ministerin Kristina Schröder zum Ausdruck zu bringen. Im Laufe der Demo wurde an mehreren Orten mit Transparenten und Redebeiträge auf die Rolle unterschiedlicher Unternehmen eingegangen. Auch die Commerzbank wurde für ihre Beteiligung an unzähligen deutschen und europäischen Rüstungsunternehmen kritisiert und ein großes Plakat machte deutlich: „Krieg beginnt hier. Deutsche Waffe, deutsches Geld morden mit in aller Welt“. Es war eine kämpf-

ferische, powervolle und laute Demo. Die Stimmung war super und es hat riesen Spass gemacht!

01.04.2012 Hamburg:

Feuer und Farbe für Rüstungsindustrie

„Wir sind dieses Wochenende an drei Orten gegen die Rüstungsindustrie in Hamburg vorgegangen: An der Elbchaussee 146 haben wir ein Auto des Blohm und Voss Geschäftsführers Herbert Aly vor seiner Villa abgebrannt; am Gebäude der Muehlhan AG in der Schlinckstrasse 3 in Wilhelmsburg wurde Feuer gelegt und in der Woltmannstrasse 19 ist die Fassade der Hamburger Niederlassung von NORTHROP-GRUMMAN eingefärbt worden. (...)“ Die ganze Erklärung zu der Aktion findet ihr im autonomen Blättchen Nr. 9.

01.04.2012 Brüssel: NATO GAME OVER Hunderte erstürmen NATO-Hauptquartier

Etwa 800 Friedensaktivist_innen aus mehr als zehn europäischen Ländern beteiligten sich heute an einer gewaltfreien Intervention des NATO-Hauptquartier Brüssel. Dabei versuchten etwa 500 Menschen in das NATO-Quartier zu gelangen. Zwanzig Demonstranten gelang es, direkt in den militärischen Bereich vorzudringen. Das Gebiet rund um die NATO wurde mit rot-weiße Band als Kriegsgebiet markiert. 483 Menschen wurden durch die Polizei festgenommen. Bis zum Abend waren sie wieder auf freiem Fuß. Gegenüber dem Haupteingang des NATO-Hauptquartiers unterstützten 300 Anhänger jubelnd den nichtmilitärischen Eingriff.

Monty Schädel, Politischer Geschäftsführer der DFG-VK, erklärte in Brüssel: „Wo Frieden auf dem Spiel steht, ist gewaltfreie Intervention notwendig. Ein Militärbündnis wie die NATO, ein exklusiven Club der sich anmaßt auf der ganzen Welt für Profitinteressen Krieg zu führen, ist eine Bedrohung für den Weltfrieden. In den NATO-Ländern blüht der Waffenhandel und die NATO verteidigt weiterhin den eigenen Besitz von Atomwaffen während sie anderen Ländern mit einem Atomwaffen-Ersteinsatz bedroht. – Das wird auch am NATO-Hauptquartier nicht mehr kritiklos bleiben.“

07.04.2012 Rostock:

Fahrraddemo statt Ostermarsch

Das Rostocker Friedensbündnis und das Anti-Atom Bündnis machen eine Fahrraddemo durch eine Stadt, über deren Hafen, Fahren atomares Material transportieren. Deren Marinestützpunkt, mit den Korvetten K130, die aggressivsten Kriegsschiffe der NATO beherbergt. In der Hochtechnologiebetriebe entsprechend den Bedürfnissen von EADS, dem zweitgrößten europäischen Rüstungskonzern, angesiedelt worden sind. Der Krieg beginnt auch hier!

07.04.2012 Leipzig: Ostermarsch

Auf dem Nikolaikirchhof stellten friedenspolitische Initiativen und Gruppen ihre Arbeit vor und es gab Redebeiträge zu den Kampagnen „Aufschrei- Waf-

fenhandel stoppen" und „Schulfrei für die Bundeswehr“. Symbolisch wurde ein Schwert zu einer Sichel geschmiedet. Diese wird am Weltfriedenstag als 5. Leipziger Friedenspreis vergeben. Im Anschluss ging eine Demo zu der Kaserne, der sich auf den Afghanistan- Einsatz vorbereitenden 13. Panzergrenadierdivision und zum Kriegsflughafen Leipzig/Halle. Auch in Leipzig galoppiert die Militarisierung munter voran: die Zahl der „Transitpassagiere“ (Nato-Soldat_innen) auf dem Leipziger Flughafen ist, trotz Rückgang auf 400 000 im Jahr 2011, immer noch gewaltig. An Leipziger Schulen rekrutieren Jugendoffiziere munter die zukünftig Fallenden.

09.04 .2012 Bonn:

Ostereier für den Militärverlag

Ostermontag wurde der Hauptsitz der Mönch Verlagsgesellschaft im Erdgeschoss großflächig mit „WAR STARTS HERE!“ bemalt und in den oberen Stockwerken mit Farbeiern beworfen. Der international publizierende Verlag sieht sich als ein Motor der Modernisierung und Transformation der Bundeswehr und möchte mit seinen Publikationen sowie der Austragung von Sicherheitstagungen und Militärmessen Bindeglied zwischen den amtlichen Stellen der Bundeswehr und der zivil-militärischen Industrie sein. Der Beirat der Redaktion der zweimonatlich erscheinenden Verlagszeitschrift „wehrtechnik“ besteht aus den ranghöchsten Militärs, dem Staatssekretär des Verteidigungsministeriums, dem Präsidenten des Bundesamts für Wehrtechnik, des IT-Amtes der Bundeswehr und des Haushaltsausschusses als auch aus den Geschäftsführern der Konzerne ThyssenKrupp Marine Systems, Airbus, Mercedes Benz Special Trucks, Krauss-Maffei Wegmann, Lürssen Werft GmbH, Rolls-Royce, ... Außerdem werden militärhistorische und militärpsychologische Fachbücher über den Bernard und Graefe Buchverlag vertrieben und auch in Frankreich, Italien, Spanien, England, Türkei, USA und Dubai und publiziert.

24.04.2012 Kietz:

Parole am Truppenübungsplatz

Direkt vor der nördliche Zufahrt des Übungsplatzes, im östlichen Sachsen-Anhalt, ist auf beide Fahrbahnseiten großflächig und in rosa „Krieg beginnt hier“ gemalt worden.

27.04.2012

Lüneburg: Bundeswehrappell vermiest

Am 27. April 2012 fand auf dem Lüneburger Marktplatz ein sog. „Rückkehrerappell“ der Bundeswehr statt. Rund 500 Soldaten

traten zu diesem schaurigen Spektakel an. Diese Soldaten waren bis vor kurzem noch im Auslandseinsatz in Afghanistan, Bosnien und vor Somalia, um dort deutsche ökonomische und geostrategische Interessen zu sichern.

Kaum marschierten die Soldaten auf den Marktplatz, begannen auch schon die Proteste. An verschiedenen Stellen rund um den Platz ertönten Trillerpfeifen, Sprechchöre waren zu hören und Transportante gezeigt. Während der gesamten Veranstaltung war der Protest deutlich zu hören. Rund 80 Menschen beteiligten sich an den Aktionen. Die Polizei bemühte sich die Proteste zu unterbinden. So wurden Trillerpfeifen und andere Gegenstände beschlagnahmt, Ermittlungsverfahren wegen angeblicher Beleidigungen eingeleitet und einige Platzverweise ausgesprochen. Lüneburger Antimilitarist_innen kündigten auch für die Zukunft Aktionen gegen Bundeswehr und imperialistische Kriege an.

05.05. 2012 Köln: antimilitaristische Fahrradtour

Der Krieg kommt auch aus Köln. Die Verantwortlichen für das Elend, das Kriege bringen, sitzen auch hier! Die Militarisierung der Gesellschaft macht um Köln keinen Bogen. Die antimilitaristische Fahrrad-Tour führt zu Orten an denen Krieg vorbereitet wird. Nicht Soldatenfriedhof, Kriegerdenkmal oder Bundeswehrkaserne steuern wir an, sondern einige Orte in Köln, deren Geschäfte und Projekte zivil daherkommen, in Wirklichkeit aber Krieg vorbereiten und unterstützen, wo am Krieg verdient wird. Wir besuchen u.a. die Commerzbank, die Universität und auch eines der Kreisverbindungskommandos, die seit 2007 neu eingerichtet wurden ... Da Köln reich an Orten der zivil-militärischen Zusammenarbeit ist, wird es weitere Touren an andere Orte geben.

11. - 13.5.2012 Hamburg:

Antimilitarismus beim Hafengeburtstag

Gestern noch im Kriegseinsatz - heute willkommener Gast beim Hamburger Hafengeburtstag: In diesem Jahr die Fregatte Mecklenburg-Vorpommern, die zuletzt im Rahmen der Operation Atalanta vor Somalia im Einsatz war, das Marine-Schnellboot Zobel, das bis Herbst 2011 vor dem Libanon im Einsatz war, sowie eine indische und eine britische Fregatte.

Solche Auftritte sollen Akzeptanz für Militär und Militarismus und für die weltweiten Kriegseinsätze der Bundeswehr schaffen. Als Retterchen und Helferlein verkauft sich die Marine bei der Leistungsschau „Ihre Retter in Aktion“. An Bord



der Fregatte „Mecklenburg-Vorpommern“ findet ein ökumenischer Gottesdienst statt. Einige Antimilitarist_innen haben sich aufgemacht, den Hafengeburtstag aktionistisch zu begleiten. In der Umgebung des Hafens wurden mehrere Hundert Plakate mit: „Krieg beginnt hier - als Rüstungsgeschäft in Hamburg“ verklebt und zahlreiche antimilitaristische Transparente aufgehängt. Zweimal wurden an der Hafenstraße Bundeswehr Fahrzeuge blockiert, mit Aufklebern markiert und anschließend des Ortes verwiesen. Am Tropeninstitut, das eine Außenstelle des Bundeswehrkrankenhauses beherbergt, wurde ein Transparent: „Krieg beginnt hier - als Forschung für die Bundeswehr“ aufgehängt. Dieses wurde mit Feuerwerk und Rauch begleitet. Das Konzert des Marinemusikkorps „Ostsee“ auf den Überseehbrücken konnte mit Pfeifen und Tröten gestört werden. Bei der Auslaufparade des Hafengeburtstages fuhr eine Barkasse mit antimilitaristischen Transparenten mit. Hamburg und der Hamburger Hafen sind Orte, an denen militärische Güter produziert und umgeschlagen werden. An die 100 Unternehmen in Hamburg und im Umland produzieren Rüstungsgüter, sind Zulieferer oder bieten Dienstleistungen für das Militär an.

Krieg beginnt, wo mit Rüstung Milliarden verdient werden, wo Soldatinnen und Soldaten ausgebildet und für ihre Einsätze gesundheitlich fit gemacht werden - Krieg beginnt auch hier, auf dem Hafengeburtstag.

18.05.2012 Frankfurt/M: Angriff auf Bundeswehr während Blockupy

Trotz der martialischen Polizeipräsenz in der Stadt, die jeglichen Widerstand während der mehrtägigen Protestaktion Blockupy Frankfurt ersticken sollte, sind Aktivist_innen in die Stadt geschwärmt, um Einrichtungen, die an Krise und Krieg beteiligt sind, zu markieren. Im unmittelbar urbanen Raum befindet sich ein kleiner, aber feiner Bundeswehrstandort, der mit der Parole „Krieg beginnt hier“ und 40 Farbflaschen an der Fassade hinterlassen wurde. Hier ist das Amt für Flugsicherung der Bundeswehr untergebracht, das die militärische Flugsicherung für Luftwaffe, Heer und Marinefliegerei organisiert. Hier befindet sich aber auch das Zentrum für Nachwuchsgewinnung, in dem intensiv daran gearbeitet wird, junge Menschen für den Krieg zu gewinnen. Die Bundeswehr Kaserne am Industriehof beherbergt zugleich den Reservistenverband Hessen. Den Reservistenverbänden kommt eine besondere Bedeutung bei der Organisation der zivil- militärischen Zusammenarbeit im Inneren zu. Sie sichern mit 460 Verbindungskommandos und eigenen Büros in die Verwaltungsstrukturen der Gemeinden

ein. Dort beeinflussen sie die Entscheidungen nach militärischen Zielsetzungen. Zivil-militärische Zusammenarbeit ist ein umfassendes Instrument der Aufstandsbekämpfung.

20. - 24.05.2012 Konstanz: Aktionswoche gegen Katastrophenschutzübung Terrex

Drei Tage lang übten 2000 Soldat_innen aus Deutschland, der Schweiz und Österreich, im Verbund mit zivilen Rettungskräften (DRK, THW, Feuerwehr) die Bewältigung von verschiedenen Krisenszenarien. Als Ziel des Ganzen wird die bessere Zusammenarbeit von deutschem, österreichischem sowie dem schweizer Militär ausgegeben. Für die Bundeswehr stellt die Übung zudem eine



Plattform dar, um sich als bürgernahe, zivile und friedenssichernde Armee zu präsentieren. So wurden zu einige Übungen Publikum eingeladen, militärisches Gerät ausgestellt und die Bevölkerung mit einem Platzkonzert im Stadtgarten beglückt.

Während der Aktionswoche wurde nicht nur die Militarisation des Katastrophenschutzes kritisiert, sondern auch die Rüstungsindustrie am Bodensee, sowie das Eindringen des Militärs und Schulen und Unis aufgegriffen. Neben einer Info- und Diskussionsveranstaltung gab es eine Kundgebung mit 50 Teilnehmer_innen und einen Infostand in der Innenstadt. Anschließend störten etwa 20 Aktivist_innen das Bundeswehrplatzkonzert mit Trillerpfeifen und Transparenten. Die Antimilitarist_innen wurden allerdings in kürzester Zeit abgedrängt und mit einem Platzverweisen belegt. Außerdem markierten Unbekannte die Waffenfirma ATM Computer mit Farbe. ATM Computer stellt fast ausschließlich Computersysteme für Panzer und Kriegsschiffe her.

24.05.2012 Meuchefiz: Untergrundaktivitäten im Wendland

Rund 100 Gäste der kulturellen Landpartie feierten den Baubeginn einer U-Bahnverbindung nach Schnögersburg in der Altmark. Der U-Bahnhof Schnögersburg ist Teil einer im Bau befindlichen Kulissenstadt auf dem modernsten Gefechtsübungszentrum (GÜZ) Europas. Hier trainiert Militär und Polizei den Häuserkampf. Hier wird Krieg geübt und vorbereitet. Mit dem Bau der Stadt Schnögersburg, mit Flughafen, Industrie-, Wohn- und Elendsvierteln, widmet sich die Bundeswehr den vermeintlichen neuen Anforderungen im Urbanen Raum, sprich der „Aufstandsbekämpfung“. Mit dieser Aktion sollte der Anfang einer Verbindung geschaffen werden, zwischen dem Widerstand im Wendland und den Kämpfen

für eine zivile Nutzung der Colbiz-Letzlinger Heide in der Altmark. Neben der feierlichen Eröffnungsrede eines Vertreters der Investimentagentur „Camps&Riot“, sowie der Enthüllung des Stationschildes, wurden auch die ersten Spatenstiche realisiert. Der so bald entstehende antimilitaristische Untergrund ist Teil der Mobilisierung zum antimilitaristischen Camp gegen das GÜZ vom 12.-17. 9. 2012.

06.06.2012 Hannover:

Brandanschlag auf Bundeswehr-Fuhrpark

13 fabrikneue Fahrzeuge sind auf dem umzäunten Gelände des Bundeswehrdienstleistungszentrums abgefackelt worden. Die 6 LKW, 3 Kleintransporter und 4 PKW sollten am nächsten Tag auf verschiedene Dienststellen verteilt werden. In einem Bekenner_innenschreiben mit dem Titel „Krieg beginnt hier – Für ein entmilitarisiertes Hannover“, schreiben die verantwortlichen Antimilitarist_innen: „Krieg beginnt, wo die Bundeswehr Kriege vorbereitet, Unternehmen Waffen produzieren, Universitäten Kriege erforschen, überall wo Kriege beworben und legitimiert werden. Vielfältiger Widerstand bedeutet markieren, blockieren, sabotieren. Krieg wird nur aufgehalten, wo er erdacht, geplant und koordiniert wird, im Herzen der Bestie. Was wir hier sabotieren, kann woanders keinen Schaden anrichten. [...] Erst wenn Hannover sich bedingungslos zur militärfreien Stadt erklärt, geben wir Ruhe – um dann an anderer Stelle widerständig gegen Krieg und Militarisation vorzugehen.“

(Das ganze Schreiben ist auf Seite XX



nachzulesen. AB)

15.06.2012 Bremen:

Kundgebung gegen Aufstellungsappell

Einige Antimilitarist_innen und Friedensbewegte protestierten gegen die Aufstellung der ersten, der bundweit 25 regionalen Sicherungs- und Unterstützungskompanien (RSUKp). Diese wurde im Beisein von Kriegsminister de Maizière und dem Inspekteur der Streitkräftebasis Vizeadmiral Manfred Nielson, in Dienst genommen. Die Aufgaben der 170 freiwilligen Reservist_innen des RSUKp ist, neben der Sicherung militärischen Anlagen, die Unterstützung der zivil-militärischen Verbindungskommandos im „Ka-

tastrophenfall“, sowie eine Verbesserung des Bildes der Bundeswehr in der Gesellschaft.

17. -

24.06.2012:

„Kassel entrüsten!“ Aktionswoche gegen Rüstungsindustrie

Die „Zentralstelle für die Bearbeitung bürokratischer Missgeschicke“ (ZBBM) hat zum Auftakt zu einem Festakt im Rahmen der documenta eingeladen, welcher von dem etwa 40-köpfigen Chor und Orchester „Lebenslaute“ eröffnet wurde. Dabei wurde auf einen bürokratischen Fehltritt der Stadt Kassel hingewiesen, die 1960 die Ehrenbürgerschaft an „einen gewissen August Bode verliehen“ habe.



Fälschlicherweise habe es sich hierbei um den Rüstungsindustriellen August Bode gehandelt und nicht wie anzunehmen um den Begründer

der documenta Arnold Bode. Jener August Bode habe bereits im Ersten Weltkrieg deutsche Panzer bauen lassen und auch heute noch produziere die Firma Krauss-Maffei Wegmann Panzer, die – wie aktuell heiß diskutiert – zum Beispiel nach Saudi-Arabien exportiert würden. Die Verantwortung liege nun bei der Stadt Kassel, dieses Missgeschick zu beheben. Einige Tage später wurde in einem Edelrestaurant das Panzer-Joint-Venture PSM geoutet, das sich zu gleichen Teilen im Besitz von Krauss-Maffei Wegmann und Rheinmetall befindet. Zunächst verteilten vermeintliche Mitarbeiterinnen von PSM Panzerkekse als Dankeschön für die ruhige Nachbarschaft an die Gäste des Restaurants im Lichthof. Andere Aktivist_innen machten mit bedruckten Schärpen auf den Sitz des Rüstungsproduzenten im selben Gebäude aufmerksam. Außerdem wurden bunte Flyer im Gebäude verteilt. Weitere Flyer flogen später in den Lichthof. PSM koordiniert den Bau und die Vermarktung des neuen Schützenpanzers „Puma“, der jetzt schon von der Bundeswehr in Afghanistan eingesetzt wird. Das Ziel ist es, den Puma für die Aufstandsbekämpfung im urbanen Raum einzusetzen

Auf der abschließenden Fahrraddemo am Ende der Aktionswoche wurde nochmals lautstark gegen diese Selbstverständlichkeit des Rüstungsstandortes Kassel und gegen die vermeintliche Notwendigkeit von Rüstungsproduktion



protestiert. Am Ende stand der Aufruf zu weiterem Widerstand für ein Leben ohne Rüstung, in Kassel und überall!

21.06.2012 Rosenheim: Protest gegen Bundeswehr an Berufsschule

Ein Dutzend Friedensaktivist_innen tat seinen Unmut über die Bundeswehr vor der Rosenheimer Fach- und Berufsoberschule kund. Anlass für die Kundgebung unter dem Motto „WAR STARTS HERE – LET'S STOP IT HERE! Bundeswehr raus aus den Schulen“ war die Einbindung der Armee in eine „Berufsinformationsmesse“. Die Bundeswehr stiftet keinen Frieden, sondern ist zur Kriegsführung bestimmt. Dazu gehört der bewaffnete Kampf ebenso wie das in Kauf nehmen ziviler Opfer. Auch wer als Ingenieur_in oder in der Verwaltung bei der Bundeswehr arbeitet, beteiligt sich daran. Ein Werben fürs Sterben an Rosenheimer Schulen ist für uns ein unerträglicher Zustand. Deshalb haben wir mit einer kurzfristigen Eilkundgebung Schüler_innen kritisch über die Bundeswehr informiert und hoffentlich eine Diskussion angeregt.



22.05.2012 Bochum: Protest gegen Bundeswehr-Lobbykreis an der Ruhr-Uni

Krieg beginnt nicht etwa in Afghanistan, sondern direkt vor unseren Augen: An der Ruhr-Uni Bochum (RUB) hat sich ein studentischer „Arbeitskreis für Sicherheitspolitik“ gegründet. Dabei handelt sich um einen Ableger des Bundesverbands Sicherheitspolitik an Hochschulen (BSH), einer Nachfolgeorganisation der Bundesarbeitsgemeinschaft Studierender Reservisten. Der AK Entmilitarisierung des Protestplenums an der RUB schreibt dazu: „Einige konservative Studierende versuchen einen kontinuierlichen Bundeswehr-Lobbykreis zu etablieren - als wäre der alljährliche Besuch des Bundesamts für Wehrtechnik und Beschaffung im Rahmen der ‚Firmenkontaktmesse Bonding‘ und die damit einhergehende Umnutzung der Uni als Rekrutierungsraum für den Kriegsdienst nicht bereits mehr als genug. Es ist unverantwortlich von der Univerwaltung, einer solchen Gruppe Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen.

Ziel einer Hochschule sollte Forschung und Lehre zum Wohle der Menschheit sein. Kriege gehören sicher nicht dazu“ Bereits ein Jahr zuvor hatten die studentischen Vertreter_innen im Senat den Antrag gestellt, eine „Zivilklausel“ in die Verfassung der Ruhr-Universität aufzunehmen. Der Vorstoß wurde jedoch von der professoralen Mehrheit in dem Gremium ausgebremst.

22.06.2012 Oldenburg: Protest gegen Bundeswehr Bigband

80 AntimilitaristInnen protestierten mit Flugblättern, Transparenten, Tröten und einer Sambaband gegen das jährlich von der Neuen Westfälischen Zeitung organisierte Benefizkonzert der Bundeswehr Big Band. Nach den äusserst gelungenen Aktionen gegen die letzten Militärkonzerte hatte die Polizei nochmals ordentlich nachgelegt und den Rathausmarkt so in einen Hochsicherheitstrakt verwandelt, um effektive antimilitaristische Proteste zu unterbinden. Die massive Eingangskontrollen und die auf den Dächern postierte Polizei verbildlichten jedoch wohl eher unfreiwillig, dass eine »Militarisierung nach Aussen« stets mit einer »Militarisierung nach Innen« einhergeht. Im Laufe des Tages wurden zwei Antimilitaristen festgenommen- wegen Trötens in Richtung der Polizei, was angeblich eine »gefährliche Körperverletzung« darstellen sollte.

27.06.2012 Bad Nenndorf: BW-Bigband mit Rauch und Sirene gestört

Ein Transparent wurde vor der Bühne entrollt, ein Rauchtopf fand seinen Weg vor das Orchester und die Big Band gab sich größte Mühe ohne Unterbrechung zu spielen, um nervige Piepsgeräusche und eine Sirene zu übertönen. Schnell wurde das Transparent entwendet und zwei Antimilitaristen festgenommen. Nach weiteren 10 Minuten war eine Leiter besorgt, die Sirene auf einem Baum kurz hinter der Bühne wurde zerstört und ein weiterer Antimilitarist festgenommen. Bei dem Konzert wurden Spenden zugunsten der Kinder- und Jugendfeuerwehren im Landkreis Schaumburg gesammelt. Vermeintliche Benefizveranstaltungen der Big Band sind Propagandaeinsätze zur Legitimierung von Krieg und Militär. Die Aktion zeigt, dass es auch mit wenigen Leuten möglich ist, die kriegerische Normalität kurzzeitig zu stören. Wer auch mal in den Genuss eines Bundeswehr Big Band Konzertes kommen will, findet auf ihrer Homepage alle Termine.

Zusammen gestellt von:
Antimilitarist_innen
von hier wo der Krieg beginnt

Alle Ausschnitte aus
Aktionserklärungen und sind zur
Dokumentation zitiert.

...mit der Traditionspflege der Bundeswehr unvereinbar –

Deserteursgedenken am 15. Mai in Hannover

Seit vielen Jahren beschäftigen sich Aktive des Friedensbüros Hannover und der DFG-VK mit der Geschichte der hannoverschen Deserteure. Im September 2011 erschien dazu das Sachbuch „...und wenn sie mich an die Wandstellen“, welches die Forschungsergebnisse zusammenfasste. Belegt ist danach für mindestens 15 Soldaten, die wegen Wehrkraftzersetzung, Kriegsverrat oder Desertion durch die NS-Militärjustiz zum Tode verurteilt wurden – der Ort der Hinrichtung. Hannover – genauer der alte Schießstand auf dem Kasernengelände in Hannover Vahrenheide, auf dem sich heute die Emmich-Cambrai-Kaserne befindet (damals geteilt in Kriegsschule, Emmich-Kaserne und Cambrai-Kaserne). Inzwischen ist der Ort an der Kugelfangtrift die zentrale Ausbildungsstätte der Feldjäger der Bundeswehr.

Naheliegender, das als Ort des Gedenkens an dieses Unrecht auch dieser Ort zentrale Bedeutung haben müsste. Daher fragten Friedensbüro Hannover und die Initiative für ein Deserteursdenkmal in Hannover im März bei der Bundeswehr an, um für den 15. Mai, den internationalen Tag des Kriegsdienstverweigerers – welcher weltweit auch für Erinnern an hingerichtete Deserteure genutzt wird, auf dem Kasernengelände der Bundeswehr eine kleine Gedenkveranstaltung – mit dem Ziel eines würdigen Gedenkens an diese Opfer der NS-Militärjustiz – abzuhalten. Die Antwort der Bundeswehr lies lange auf sich warten. Mitte April trudelte ein Brief ein, in welchem uns mitgeteilt wurde, das wir uns „aufgrund der Grundsätzlichkeit und Komplexität des zu betrachtenden geschichtlichen Hintergrundes“ an das Bundesverteidigungsministerium wenden sollten. Da wir diese Verzögerungstaktik nicht bereit waren mitzumachen, antworteten wir postwendend, dass wir nicht verständen, warum für eine regionale Veranstaltung das Verteidigungsministerium durch uns kontaktiert werden müsse. Zudem könne ein grundsätzliche Bedeutung nicht gesehen werden, da der Bundestag abschließend 2009 alle Opfer der NS-Militärjustiz rehabilitiert habe und ein daher die Unrechtmäßigkeit der Urteile eindeutig sei. Der folgende formlose Hinweis, dass der Brief nun an das BMVg weitergeleitet sei, reichte uns nicht als Antwort. Wir wandten uns an die Presse.

Aufgeschreckt lies der verantwortliche Kommandant Katz verlauten, er wüsste nichts von Erschießungen auf den Gelände. Ein glatte Lüge, wie mehrere Zeugen bestätigen konnten. Daraufhin ruderte Katz weiter zurück und räumte via Han-

noverscher Allgemeiner Zeitung ein, dass sie nun festgestellt hätten, das dem tatsächlich so wäre und Erschießungen auf dem Kasernengelände vorgenommen wurden. Wer glaubt, die Posse wäre hier zu Ende irrt. Neues Argument gegen ein würdiges Gedenken war nun der Hinweis auf das geplante Datum: „Die Bundeswehr ist jedoch aus sicherlich nachvollziehbaren Gründen darum bemüht, einem Missbrauch von Gedenkfeiern zu politischen Demonstrationen, deren Ziele nicht mit den Grundsätzen für die Traditionspflege der Bundeswehr vereinbar wären“ (Antwort an das Friedensbüro Hannover vom 10.05.12).

Nur zur Erinnerung. Beantragt wurde ein Gedenken: „Als Bürgerinnen und Bürger unseres demokratisch verfassten Landes und aktiv in der Hannoverschen Friedensbewegung und der Initiative für ein Deserteursdenkmal in Hannover wollen wir diesen Menschen gedenken. Das soll würdevoll am Ort der Hinrichtung geschehen. [...] Wir sind sicher, dass es auch in Ih-



rem Interesse ist, derjenigen angemessen zu gedenken, die sich der Nazi-Diktatur und ihrem Angriffskrieg verweigerten..“ Ist wirklich davon auszugehen, dass dieses Ansinnen nicht in die Traditionspflege der Bundeswehr passt? Soweit so schlecht. Vorsichtshalber lehnt Katz zusätzlich ein Gedenken an diesem Ort grundsätzlich ab und schlägt als einzig denkwürdige Alternative den Fössefeldfriedhof vor (dort haben zwischen vielen anderen Soldaten auch Hingerichtete ihre letzte Ruhestätte in Soldatengräbern). Einzig denkbare Gedenken in der Diktation der Bundeswehr ist also der Ort der Trauer, nicht der Ort der Taten. Eine Logik die gruseln lässt.

Als am 15. Mai Friedenaktivist_innen Einlass begehrten, blieb die Tür geschlossen. Immerhin erlaubte die Bundeswehr großzügig auf der Wiese vor dem Kasernengelände (der formell bereits der Bundeswehr gehört) eine kleine Gedenkveranstaltung abzuhalten.

Ein nachdenkliches Gefühl bleibt. Auch 2012 fehlt noch immer jegliches Erinnern an diesem Ort der Täter. Die Bundeswehr findet keinen souveränen Umgang mit der militärischen Geschichte und der Historie ihrer Orte. Auch darum ist ein städtisch präsent Deserteursdenkmal in Hannover so wichtig.

<http://verqueert.de>

Homepage zu Deserteuren in und aus Hannover:

www.deserteure-hannover.de

Neue Broschüre zu No TAV

Vor kurzem ist die Broschüre „No TAV – Gegen diesen Zug. Texte und Gedanken zum Kampf im italienischen Susa-Tal“ erschienen. Da im Autonomen Blättchen Nr. 9 ein längerer Artikel, insbesondere über die Ereignisse der letzten Monate, zu finden war, wollen wir gerne ein paar Worte zu dem Heftchen verlieren.

Die kleine deutschsprachige Broschüre wurde zusammengestellt, weil es Leuten wichtig war, mehr politischen Aktivist_innen zu vermitteln, was da im Susa-Tal vor sich geht, welche Bedeutung die dortigen Kämpfe auch über die engen Grenzen des Tals und auch Italiens für anarchistische Politik haben können. Wir finden die Intention gut, zweifeln aber daran, ob mit der Umsetzung, das heißt mit der Auswahl der Texte, das Ziel auch erreicht werden kann.

Es mangelt nicht an Beschreibungen der politischen Hoffnung, des Enthusiasmus, der Entschlossenheit und des überregional wegweisenden Charakters der lokalen Kämpfe gegen die Hochgeschwindigkeitsstrecke TAV. Aber einen Einblick in die reale Arbeit, die es bedeutet, über viele Jahre einen entschlossenen Widerstand aufzubauen, über die Widersprüche und Brüche die dabei entstehen, erfahren wir recht wenig. Schade. Das wäre interessant gewesen. Deutlich wird aber, dass dieser Kampf „ein Symbol dafür ist, dass Widerstand möglich ist, dass ein kleines Tal den öffentlichen Diskurs über Jahre prägen kann und dass die Staatsmacht durch entschlossenen Willen aufgehalten werden kann.“

Die Broschüre bietet eine kurze Chronologie des Kampfes gegen den TAV, der von den Herausgeber_innen, aus Blogs und Broschüren zusammengestellt wurde. Diese Chronologie ist kurz aber prägnant und gibt einen guten Überblick darüber, was die Geschichte des TAV und des Widerstandes gegen ihn seit 1984 zu bieten hat.

Es folgt der recht aktuelle Text „Lavendel“. Man bekommt einen Eindruck vom aufständischen Denken der anarchistischen, italienischen Akteur_innen. Der Text ist in dieser Hinsicht lesenswert. Allerdings beschwört er etwas zu heroisierend den Charakter des kleinen Widerstandsnestes gegen die große böse Welt, à la Asterix und das kleine gallische Dorf. Interessant ist jedoch die konkrete Praxis, aus der Analogien zwischen Guerillataktik und Aufstandserfahrung erwachsen und den Lehren die vom Tal

in die Stadt und von der Stadt ins Tal transformiert werden können. Aber „frei und wild wie der Lavendel“, och nö... das ist dann doch etwas zu romantisierend für unsere norddeutschen Ohren. Große Schwierigkeiten haben wir mit dem „kleinen Glossar des No-TAV“. Den wichtigen Widerstand gegen den TAV ungebrochen in eine Reihe mit dem Partisanenkampf gegen die Nazis zu setzen halten wir für ahistorisch und politisch falsch. Mit überbordendem Pathos wird in identitätsanarchistischer Manier der Widerstand erklärt.

Warum dieser Text in dem Heft gelandet ist, bleibt ein Rätsel. Sätze wie „Hinter einer Motorsäge steckt eine Geschichte der Zuneigungen“ lassen einen zusammensucken – es geht schlicht darum, dass sich nach anfänglichen Bedenken das Umsägen von Bäumen als geeignet herausgestellt hat, Straßen und Schie-

nen zu blockieren; und das darüber immer wieder ein Konsens hergestellt werden konnte.

Das Motivierende am unerwarteten Zusammenkommen verschiedener Widerstandstraditionen kennen wir aus dem Wendland – aber auch da steckt nicht hinter jedem Trecker gleich eine Liebesgeschichte. Das erfrischende Flugblatt „Gegen diesen Zug“ erfreut hingegen mit einer klaren Absage an jede Form der Repräsentanz in der Bewegung. Auch gelingt es in wenigen Sätzen bürgerlichen Vereinnahmungsversuchen eine klare Absage zu erteilen. „Wenn wir sagen, dass wir keinen TAV wollen, weder hier noch sonstwo, bedeutet das, zu sagen, dass wir jeglicher Macht ein Ende setzen wollen, sei sie staatlich, ökonomisch oder sonst irgendwelcher Art.“

Es folgt noch ein Text der auf die aktuellen Ereignisse seit Räumung der Hütte Clarea eingeht.

Die Broschüre vermittelt das Euphorische der Erfahrung unmittelbarer erfolgreicher Kämpfe gegen vermeintlich übermächtige Gegner_innen. In diesem Sinne ist sie eher ein lesenswerter Aufruf, selber konkrete Erfahrungen im politischen Kampf zu machen – heldenlos aufständisch und entschlossen –, als eine Analyse der Entwicklung der Kämpfe und ihrer Widersprüche und Perspektiven. Unser Fazit: auf jeden Fall lesen, wenn man noch nicht so viel über No TAV weiß! Aber wenn man schnell Pickel von Pathos, Aufstand und Allegorienreichtum bekommt, besser ein kleines Fläschchen Klerasil bereit halten.



Interview zur Situation in Syrien

AB: Hallo Jürgen, stell dich und deine Arbeit doch mal kurz vor.

J: Ich arbeite in der Informationsstelle Militarisierung (IMI) mit, einem Verein, der es sich zum Ziel gesetzt hat, antimilitaristische Analysen gegen die herrschende Kriegspolitik zu erstellen. Dabei beschäftigen wir uns mit einer ganzen Reihe von Themen, wobei unser Schwerpunkt auf den Militarisierungsprozessen in Deutschland liegt.

AB: Du hast im März 2012 für die IMI eine Studie zur Situation in Syrien verfasst. Kannst du deine zentralen Aussagen und Schlüsse zusammenfassen?

J: Die Studie erschien zu einem Zeitpunkt, zu dem Forderungen nach einer massiven Bewaffnung der „Freien Syrischen Armee“ (FSA), also eines Teils der syrischen Oppositionsbewegung, auch in Deutschland von Medien und Politik immer lauter erhoben wurde. Ich habe darin versucht, auf die Gefahren einer derartigen – wie ich es genannt habe – „Militarisierung der Proteste“ hinzuweisen: Die Kernthese lautet, dass eine ausländisch massiv beförderte Militarisierung – die ja de facto bereits ange laufen war – vor allem zwei Dinge nach sich ziehen wird: Erstens führt sie zu einer Eskalation der Auseinandersetzungen; und zweitens hat dies zur Folge, dass progressive gewaltfreie Gruppen zunehmend marginalisiert werden – die Realität hat diese Einschätzung mittlerweile leider bestätigt.

AB: Es ist ja äußerst schwierig gesicherte Informationen aus dem Land zu bekommen. Zudem werden von allen Konfliktparteien falsche Informationen und Propaganda verbreitet. Bzw. zum Teil beschuldigen sich Vertreter des Regimes und der bewaffneten Aufständischen gegenseitig für Massaker und Folter verantwortlich zu sein. Wie bist du bei deiner Recherche vorgegangen und auf welche Quellen stützt sich deine Studie?

J: Es ist richtig, dass alle Informationen, die über den Konflikt zu bekommen sind, mit Vorsicht zu genießen sind. Allerdings habe ich in der Studie primär versucht, mich auf die Auswirkungen einer Militarisierung von Oppositionsbewegungen und auf die diesbezüglichen Diskussionen zu konzentrieren, was die Problematik etwas abmildert. Ein wesentliches Element hierbei ist, dass im westlichen Strategiediskurs stets betont wird, sollte es zu einer weiteren Eskalation kommen – die ja mit der Bewaffnung der Freien Syrischen Armee massiv befördert wird – müsse darüber nachgedacht werden, auch militärisch zu intervenieren. Mir ging es vor allem darum darzustellen, dass in dieser „Choreografie“ der Spielraum für progressive Kräfte immer enger wird und sie zunehmend an den Rand gedrängt werden.

AB: In Deutschland wirbt die Kampagne „Adopt a revolution“ (Aar) für die Übernahme von sog. Revolutionspatenschaften. Sie sammelt Spenden für die „local coordination committees“ (LCC), die laut Aar zivilen Widerstand vor Ort organisieren. Zunächst klingt es sehr begrüßenswert, dass knapp zwei Jahre nach Beginn des sog. arabischen Frühlings, endlich praktische Solidarität mit Bewegungen, die Diktaturen stürzen wollen, organisiert wird. Ihr habt adopt a revolution in einem offenen Brief scharf kritisiert. Warum?

J: Um es vorab in aller Deutlichkeit zu sagen: Ich halte die Proteste in Syrien für vollkommen nachvollziehbar und das gewaltsame Vorgehen des Regimes dagegen für absolut inakzeptabel. Insofern ist das Grundziel der Kampagne, die u.a. von medico international, der Bewegungsstiftung, dem Netzwerk Friedenskooperative und dem Komitee für Grundrechte und Demokratie, d.h. von Gruppen, mit denen die IMI teils eng befreundet ist, unterstützt wird, ja alles andere als falsch.

Die Idee der Kampagne und ihre Wirkung in Deutschland sind aber zwei vollkommen unterschiedliche Dinge. Das hat zuerst einmal mit dem sehr einseitigen Bild zu tun, das AaR von dem Konflikt in Syrien zeichnet: Die problematische Rolle der Freien Syrischen Armee wird auf deren Homepage und in Äußerungen nicht thematisiert und Menschenrechtsverletzungen seitens bewaffneter Oppositioneller systematisch ausgeblendet. Teile des Beirates der Kampagne forderten sogar wiederholt öffentlich eine westliche militärische Intervention und die Bewaffnung der FSA. Auch wenn sie dies nicht direkt im Namen der Kampagne taten, wurden derlei Positionen u.a. auf der Pressekonferenz zum Kampagnenstart vorgebracht.

Generell wird die Problematik der Militarisierung der Proteste nicht adressiert. Was wir zudem vermisst haben, war eine eindeutige Stellungnahme/Positionierung zur Frage einer westlichen Militärintervention – es gab hierzu klare Aussagen aus Reihen der Unterstützerorganisationen, die aber auf der Kampagnenseite zunächst nicht abgebildet wurden.

AB: Bei der unbedingten Ablehnung von ausländischen Interventionen sind wir uns einig. Egal ob sie nun direkt z.B. von der NATO erfolgen oder indirekt über Waffenlieferungen an die verfeindeten Konfliktparteien. Das Dilemma sich in derart militarisierten Konflikten einzumischen, bleibt doch trotzdem bestehen. Einerseits bedeutet die Militarisierung von Konflikten immer eine Verschlechterung der (Über-) Lebensbedingungen der in den Kriegsgebieten

lebenden Menschen und die Schwächung emanzipatorischer Bestrebungen, andererseits ist es unmöglich von hier zu entscheiden welche Mittel zum Kampf gegen die Diktatur legitim sind. Wenn wir z.B. die antikolonialen Befreiungskämpfe betrachten, müssen wir feststellen, dass sie oftmals neue Gewaltherrschaft hervorgebracht haben und trotzdem können wir die Legitimität der bewaffneten Beendigung der Kolonialherrschaft nicht verwerfen. Aus diesem Dilemma kommt man doch auch in Bezug auf den Versuch das Assadregime zu stürzen nicht heraus. Müsste eine praktische Solidarität, die nicht bevormundend aber kritisch sein will, die Entscheidung über die Verwendung gespendeter Gelder nicht Strukturen wie den LCCs überlassen, auch wenn damit u.U. auch bewaffneter Widerstand unterstützt wird?

J: Die Frage, wie praktische Solidarität geübt werden kann, ist m.E. außerordentlich schwierig, besonders dann, wenn dabei Länder im Fokus stehen, die sich gerade auch auf der NATO-Agenda ganz oben befinden. Die Öffentlichkeit, auch eine kritische oder linksradikale, scheint gegenüber solchen Fokussierungen nicht immun zu sein und vernachlässigt dabei meines Erachtens andere Konflikte, in denen sich Menschen ebenfalls friedlich wehren und mit scharfer Repression belegt werden – für diese existiert kaum eine praktische Solidarität, was mich sehr irritiert.

Ich selbst bin darüber hinaus auch durchaus skeptisch, inwieweit eine „zivile“ Intervention von außen mittels finanzieller Unterstützung ein richtiger Weg ist. Der sicherlich nicht in dieser Absicht gewählte Name „Adopt a Revolution“ bringt mit seinem paternalistischen Charakter die Problematik auf den Punkt. Über dieses Thema kann und muss sicher noch weiter diskutiert werden, ich selbst habe dazu auch keine abschließende Meinung – darum ging es aber in unserer Kritik an der Kampagne nicht. Es ging auch nicht darum, dass wir kritisiert hätten, die Gelder gingen direkt an den bewaffneten Widerstand, die konkrete Verwendung war für uns überhaupt nicht ersichtlich. Wäre dies allerdings der Fall, würde dies aber aus meiner Sicht doch Fragen aufwerfen, da die Kampagne ja explizit damit wirbt, Gelder für den zivilen Widerstand zu sammeln.

Aber, wie gesagt, all das war nicht das eigentliche Thema: Worum es uns ging war, dass die Kampagne an einem Stimmungsteppich mitgewoben hat, der zu einer Eskalation des Konfliktes beitrug und dies haben wir kritisiert. Den diesbezüglichen Artikel haben wir den Unterstützerorganisationen vorab zur Kenntnis gegeben und ihnen explizit die Möglichkeit gegeben, direkt und zeitgleich eine Replik formulieren zu können. Insofern – und auch, indem wir die politische Nähe zu den Unterstützerorganisationen

mehrfach explizit betont haben – verstehen wir das auch als solidarische Kritik und nicht als unqualifiziertes Bashing.

AB: Wie hat Aar auf eure Kritik reagiert und wie bewertet ihr deren Antwort?

J: Unser Text wurde den Unterstützerorganisationen am 23.März zugesandt, worauf ein Diskussionsprozess einsetzte, wie weiterverfahren werden sollte. Inmitten dessen wurde seitens des AaR-Beirats und des Projekts am 30. März eine Stellungnahme „Zur Frage so genannter humanitärer Interventionen“ veröffentlicht, in der einige der von uns kritisierten Aspekte adressiert werden. In der Stellungnahme von AaR heißt es u.a.: „Eine militärisch-humanitäre Option von außen zum Schutz der betroffenen Bevölkerung, wie sie jetzt verstärkt in den Medien und von manchen PolitikerInnen von arabischer, türkischer oder westlicher Seite ins öffentliche Spiel gebracht wird, lehnen wir dennoch aus guten Gründen ab.“

Zudem formulierte AaR ein Antwortschreiben auf unsere Kritik, aus dem aber trotz der Präzisierung in der Frage einer westlichen Militärintervention hervorging, dass in wesentlichen Punkte wie der Bewaffnung der Opposition oder der Rolle der FSA unterschiedliche Einschätzungen existieren. Nach Rücksprache mit der Kampagne haben wir uns dann entschlossen, sowohl unsere Kritik als auch zeitgleich die Antwort zu veröffentlichen.

Wir halten nach wie vor für richtig, dass diese Differenzen offen gelegt wurden und sich nun alle am Thema interessierten Menschen eine eigene Meinung über die unterschiedlichen Argumentationen bilden können.

AB: Seit der Veröffentlichung der Studie und eurer Auseinandersetzung mit Aar hat sich der Konflikt nochmal weiter zuspitzt bzw. militarisiert. Die UN hat ihre Beobachtungsmission abgebrochen, der Iran hat eingeräumt, dass Revolutionsgarden zur Unterstützung Assads in Syrien aktiv sind, Katar, Saudi Arabien, die USA und die Türkei unterstützen die sog. Freie syrische Armee mit Waffenlieferungen, Russland wiederum stützt das Assadregime. Nach dem Abschuss eines türkischen Kampfflugzeugs durch die syrische Luftabwehr, zieht die Türkei Truppen an der Grenze zusammen und ruft dazu auf Assad zu stürzen. Wie ist deine Einschätzung zu der Entwicklung der letzten Monate?

J: Die befürchtete Eskalationsspirale ist voll in Gang gekommen. Besonders die Rolle der Türkei ist Besorgnis erregend. Nach dem Abschuss des türkischen Flugzeugs wurde von Ankara ja zunächst eine NATO-Sondersitzung auf Grundlage von Artikel 5 des NATO-Vertrages gefordert, wodurch ein bewaffneter Angriff auf ein Mitgliedsland konstatiert worden

wäre. Dies hätte einen Riesenschritt in Richtung einer westlichen Militärintervention bedeutet. Zwar wurde die Sondersitzung dann „nur“ auf Grundlage von Artikel 4 abgehalten, der besagt, dass man auf Basis einer Bedrohung eines Mitgliedslandes zusammentritt, dennoch nahm das Militärbündnis dort aber eine deutliche Zuspitzung seiner Position vor.

AB: Die NATO hat eine direkte Intervention bisher abgelehnt. Wie ist deine Einschätzung, wird das weiter Bestand haben oder gibt es denkbare Entwicklungen in denen die NATO sich entscheidet doch direkt einzugreifen?

J: Aus meiner Sicht ist eine Militärintervention derzeit – noch – nicht die präferierte westliche Option. Allein aufgrund der Stärke der syrischen Armee wäre sie mit einigen Risiken behaftet. Augenscheinlich wird mehrheitlich ein Regimewechsel mittels der Bewaffnung der FSA präferiert. Sollte dies aber scheitern und der Bürgerkrieg – wie derzeit leider absehbar immer weiter eskalieren – scheint es mir möglich, dass die Rufe nach einer Militärintervention noch deutlich lauter werden könnten als bislang.

AB: Steht der syrischen Bevölkerung, auch ohne direkte ausländische Intervention, ein endloser Bürgerkrieg bevor, da weder die Konfliktparteien in Syrien selbst, noch die zahlreichen Akteure, die dort einen regelrechten Stellvertreterkrieg austragen, Frieden schließen werden?

J: Das ist zumindest die berechtigte Sorge. Derzeit scheint es so, dass keine Seite stark genug ist, um als „Sieger“ – sofern hiervon angesichts der unzähligen Toten des Konfliktes überhaupt gesprochen werden kann – aus dem Konflikt hervorzugehen. Gleichzeitig fehlt es aber an Dialogbereitschaft, um eine wie auch immer geartete Lösung erreichen zu können – wenn aber nicht miteinander verhandelt wird, ist eine weitere Eskalation des Bürgerkriegs wohl sehr wahrscheinlich.

AB: Welche Strukturen in Syrien findet ihr unterstützenswert und wie kann eine praktische Solidarität mit diesen aussehen?

J: Wie oben bereits gesagt, die Frage, wie „praktische Solidarität“ geübt werden kann, halte ich für schwierig. Und ich maße mir auch nicht an, hierauf abschließende Antworten geben zu können. Genau aus diesem Grund erscheint es mir wesentlich, zuallererst nach Deutschland zu schauen und dort zu versuchen, die Bundesregierung mit all ihren offenen und verdeckten Maßnahmen in den Mittelpunkt der Kritik zu stellen, mit denen sie zur Eskalation der Situation beiträgt.

AB: Vielen Dank für das Interview.

Die Studie zur Situation in Syrien, die Kritik an Adopt a revolution und deren Antwort findet ihr auf:

www.imi-online.de

Bundesweite Aktionswoche für militärfreie Bildung und Forschung

Aktionswoche für militärfreie Bildung und Forschung vom 24. - 29. September

Die Bundeswehr drängt an die Schulen und Hochschulen! In den Schulen sucht sie zum einen nach dem Ende der Wehrpflicht neue Rekruten und Rekrutinnen. Zum anderen will sie schon die Kinder und Jugendlichen – die Wähler und Wählerinnen von morgen – von der Notwendigkeit militärischer Einsätze überzeugen. In immer mehr Bundesländern schließt sie deshalb Kooperationsvereinbarungen mit den jeweiligen Kultusministerien.

Damit sichert sie ihren Jugendoffizieren und Jugendoffizierinnen Zugang in die Klassenzimmer. Diese „Experten für die politische Bildung“ gestalten dort den Unterricht, entwerfen Lehrmaterialien, organisieren Ausflüge in Kasernen oder andere Seminarfahrten und üben zunehmend Einfluss auf die Ausbildung von Lehrkräften aus. Auch die Wehrdienstberater und Wehrdienstberaterinnen kommen regelmäßig und immer häufiger in Schulen, um Jugendliche offensiv für den Dienst an der Waffe anzuwerben. Auch an den Hochschulen wird eine zunehmende Militarisierung der Forschung und Lehre immer

deutlicher.

Wir wollen uns gemeinsam der Militarisierung des Bildungssystems in den Weg stellen.

Darum rufen wir zu einer bundesweiten Aktionswoche vom 24.- 29. September 2012 gegen den Einfluss der Bundeswehr und der Rüstungsindustrie auf das Bildungswesen auf. In vielen Städten sollen dezentral bunte, kreative und öffentlichkeitswirksame Aktionen und Veranstaltungen stattfinden, um Politik und Öffentlichkeit auf die Problematik der zunehmenden Militarisierung des Bildungssystems aufmerksam zu machen. Wir fordern die sofortige Kündigung der bestehenden Kooperationsvereinbarungen zwischen Kultusministerien und der Bundeswehr sowie die flächendeckende Einführung und Einhaltung von Zivilklauseln um eine Lehre und Forschung an Hochschulen zu garantieren, die ausschließlich zivilen Zwecken dient.

Alles Weitere unter:

27 antimilaktionswoche.wordpress.com

Von schlechten Absichten und falscher Gesinnung

Anarchist_innen in Paris vor Gericht

Vom 14. bis zum 22. Mai 2012 fand in Paris der erste Anti-Terrorismus-Prozess in Frankreich gegen Personen statt, die der „anarcho-autonomen Bewegung“ zugeordnet werden. Die sechs Angeklagten haben sich wie tausende andere an den verschiedenen sozialen Kämpfen der letzten Jahre beteiligt: der „Anti-CPE-Bewegung“ (Proteste gegen den „Ersteinstellungsvertrag“, der für Berufsanfänger_innen die Abschaffung des Kündigungsschutzes vorsah) im Frühjahr 2006, den Revolten während der Präsidentschaftswahlen von 2007, den Kämpfen für Bewegungsfreiheit und gegen die Inhaftierung von Migrant_innen ohne Papiere. Von unangemeldeten Demonstrationen bis zu Sabotageaktionen verließ der Konflikt, der in diesen Kämpfen zum Ausdruck gebracht wurde, oft den legalen Rahmen und die gewohnten gewerkschaftlichen und politischen Vermittlungsbemühungen. Und wenn etwas in Bewegung kommt, ist der Staat darauf aus, einige zu bestrafen, um allen Angst zu machen: durch Polizei und Justiz versucht er, zwischen guten Demonstrant_innen und bösen Chaot_innen oder Terrorist_innen zu unterscheiden und die Aktionen aus ihrem Kontext zu reißen.

So versuchten der französische Staatsschutz und verschiedene Polizeieinheiten in einer fünf Jahre andauernden Ermittlung den sechs die gemeinsame Planung und Durchführung von Brandanschlägen gegen Bahnsignalanlagen und ein Polizeifahrzeug nachzuweisen. Die Staatsanwaltschaft brachte sie schließlich als mutmaßliche Mitglieder einer terroristischen Vereinigung vor Gericht, der sogenannten „Anarcho-autonomen Bewegung des Großraums Paris“, kurz MAAF. Die Betroffenen betonten, dass die MAAF selbst ein Konstrukt der Polizei sei und niemand je im Namen dieser angeblichen Gruppe gehandelt habe. Hinter der Namensgebung durch die Polizei steht eine repressive Strategie: Die MAAF wird zu einem Containerbegriff, um den Protest loszuwerden und soziale Bewegungen kleinzuhalten.

Zur Erinnerung...

Ivan, Bruno und Damien wurden im Januar 2008 auf dem Weg zu einer Demonstration vor dem Abschiebegefängnis in Vincennes im Besitz von Rauchpulver und Krähenfüßen (verbogene Nägel, die darüber fahrende Autos an einer Weiterfahrt hindern können) verhaftet, die für Justiz und Medien zu einer „Nagelbombe“ werden. Ivan und Bruno kommen in Untersuchungshaft, Damien wird unter richterlicher Aufsicht gestellt. Einige Tage später werden Inès und Franck in einer Zollkontrolle in Vierzon im Besitz von Anleitungen zur Sabotage, Bauplänen von

einem Jugendgefängnis und Chlorat festgenommen. Die Anti-Terrorismus-Abteilung greift den Fall auf. Die Polizei behauptet, dass Inès' DNA mit einer von fünf DNA-Spuren auf einer Tüte mit Benzin gefüllten Flaschen übereinstimmt, die in der Zeit zwischen den beiden Wahlgängen der Präsidentschaftswahl 2007 unter einem Abschleppwagen der Bullen aufgefunden wurde. Schon bald werden beide Fälle zu einer Ermittlung unter der Zuständigkeit des gleichen Anti-Terror-Richters zusammengefasst. Die Polizei durchleuchtet das Umfeld der Festgenommenen und als „anarcho-autonom“ erfasste Personen, um herauszufinden, wer sich hinter den fehlenden DNA verbirgt. Javier, Inès' Bruder, und Damien (der mit Ivan und Bruno verhaftet wurde) verbringen mehrere Monate im Gefängnis, weil auch ihre DNA mit den unter dem Abschleppwagen gefundenen angeblich übereinstimmen. Außerdem wird seit Juni 2010 gegen Javier wegen einer Serie von Brandanschlägen auf Signalanlagen ermittelt, die während der Kämpfe gegen den Ersteinstellungsvertrag im Jahr 2006 Teile des Zugverkehrs lahmlegte. Seine DNA soll am Tatort einer versuchten Sabotage gefunden worden sein.

Inès, Javier, Damien, Ivan, Frank und Bruno haben jeweils zwischen fünf und 13 Monate in Haft verbracht und standen bis zur Verhandlung unter richterlichen Auflagen.

Der Prozess: schlechte Witze und wenige Erkenntnisse

Bruno, Ivan, Inès, Franck, Damien und Javier versuchten im Gerichtssaal, die Anklagepunkte in den politischen Kontext zu stellen, der ihren Verhaftungen vor vier Jahren vorausgegangen war: Tausende Menschen waren auf den Straßen, dutzende Autos brannten und Züge wurden blockiert, ohne dass von Terrorismus die Rede gewesen war. Außerdem betonten sie, dass sie DNA-Spuren weder wissenschaftlich noch politisch als Beweise anerkennen. Statt des politischen Kontextes interessierte sich das Gericht aber



- erwartungsgemäß - für die persönliche politische Einstellung der Angeklagten. Die vorsitzende Richterin widmete sich deren Gesinnung in ausgiebigen Befragungen. Die Angeklagten wiesen dieses Vorgehen zurück. Javier brachte die Sache auf den Punkt: „Ich glaube nicht, dass hier der richtige Ort ist, meine politische Ideen zu besprechen. Wir können uns nicht auf Augenhöhe unterhalten.“

Beim Prozess wurde dann auch erstmals öffentlich, was oder wen die Polizei unter dem Begriff der MAAF zusammenfasst. Laut Prozessakten handele es sich um „ungefähr fünfzig Individuen zwischen 20 und 30 Jahren, zu denen nochmals 150 bis 200 Personen aus unterschiedlichen libertären Gruppen für gemeinsame Aktionen gegen die Polizei und den Kapitalismus hinzustoßen“. Diese vage Bestimmung macht vor allem eines deutlich: Anliegen der Ermittlungsbehörden ist es, lose organisierte politisch Aktive aus Gründen der Strafverfolgung zu fassbaren Gruppen zusammenzuschließen, durch langwierige Anti-Terrorismus-Ermittlungen aufwendiger zu überwachen, länger in Untersuchungshaft zu behalten und ihre politischen Einstellungen selbst zum zentralen Bestandteil der Anklage zu machen. Ganz im Sinne einer upgedateten Vorstellung von terroristischer Organisation veröffentlichte im Juni 2008 die Direktion des Inlandsgeheimdiensts ein Papier mit dem Titel „Vom Anti-CPE-Konflikt bis zur Bildung eines prä-terroristischen internationalen Netzwerk: Einblicke in die französische und europäische Ultralinke“. Darin klingt jener vage Arbeitsbegriff an, unter dem sich europäische Polizeibehörden zur Zeit über das Phänomen der „Euroanarchisten“ verständigen. Außerdem wurde im Gericht vorgeführt, wie weit und aus repressiver Perspektive ungemein nützlich der von der französischen Gesetzgebung vorgesehene Terrorismus-Begriff ist. Terroristisch ist, was „die öffentliche Ordnung durch Einschüchterung und Angst hochgradig gefährdet“. Und laut Olivier Christen, Leiter der Anti-Terrorismus-Abteilung der Staatsanwaltschaft, genügte auch Sachbeschädigung den terroristischen Zielen der Einschüchterung und Angst. Er hielt am Vorwurf der terroristischen Vereinigung fest und war sich nicht zu dumm, selbst Indymedia als konspiratives Kommunikationsorgan und somit als Argument für das Bestehen einer Übereinkunft zwischen den „Anarcho-Autonomien“ anzuführen, was für kurzzeitige Belustigung unter den zahlreich zum Prozess erschienenen Unterstützer_innen sorgte.

Ansonsten gab es wie erwartet nicht viel zu lachen und schon bald wurde das Zuhören seiner Ausführungen gewohnt unangenehm. Etwa als Christen darlegte, dass es sich keinesfalls um einen poli-

tischen Prozess handele und genüsslich die Extremisten-Karte ausspielte: „Sobald Ideologie zur Sprache kommt, behaupten die Angeklagten, dass wir einen politischen Prozess führen würden. Aber dies ist kein politischer Prozess. Sie behaupten es, weil sie nicht auf die Fragen antworten oder sich wichtiger machen wollen als sie sind. Wir sind nicht in Berlin von 1933 oder in Moskau 1936 oder in Peking. Frau Richterin, egal welcher politischen Strömung die Angeklagten nahe stehen, ob sie faschistisch, anarchistisch oder maoistisch sind, das ist es nicht, was uns interessiert.“ Dennoch baute er seine gesamte Anklage auf die Gesinnung: „Die Vergehen, so verschieden sie scheinen, verbinden sich miteinander in derselben terroristischen Unternehmung. Wenn die sechs Angeklagten sich auch auf keinerlei Gruppe beziehen, so sind die verfolgten Taten doch in einem gemeinsamen Ziel begangen worden: nämlich das der Destabilisierung des Staates.“ Um dann zynisch hinzuzufügen: „Nur weil ihnen das nicht gelungen ist, zählt dieses Ziel nicht weniger.“ Immerhin hätten sie durch versuchte Anschläge auf Signalanlagen in Kauf genommen, dass (laut Aussagen der Bahn) 20000 Menschen nicht rechtzeitig zur Arbeit gekommen wären, wenn der Brandsatz gezündet hätte. Andererseits mache der Bezug von staatlichen Sozialleistungen aller Angeklagten deutlich, dass sie „glücklich seien, in einem funktionierenden Staat zu leben“.

Für den Staatsanwalt Anlass genug, Bewährungsstrafen von bis zu drei Jahren und Haftstrafen zwischen einem Jahr und sechs Monaten zu fordern. In seinem am 25.6. verkündeten Urteil folgte das Gericht der Staatsanwaltschaft in fast allen Punkten - Bruno, Ivan, Inès, Damien und Javier wurden zu Haftstrafen zwischen sechs und zwölf Monaten verurteilt, Franck wurde freigesprochen. Die Anklage der Bildung einer terroristischen Vereinigung wurde beibehalten. Allerdings haben alle fünf die verhängte Haft fast komplett schon in Untersuchungshaft abgesessen und müssen höchstwahrscheinlich nicht zurück in den Knast. Die Ermittlungsbehörden dürften das Urteil trotzdem als eindeutige Ermutigung werten, auch Personen, die sich auf keinerlei Gruppe beziehen, als terroristische Vereinigung zu verfolgen.

Fünf Tage im Gericht – und so schlau wie vorher...

Am ersten Prozesstag war es in und vor dem Gerichtsgebäude zu einem fröhlich-entschlossenen Tumult gekommen, als Unterstützer_innen ein Transparent mit der Aufschrift „Die Demokratie schließt weg und tötet, nieder mit dem Staat und dem Kapital“ entrollten und mit Slogans wie „Freiheit für alle, mit und ohne Pa-

piere", „Stein für Stein reißen wir die Knäste ein" und „Freiheit für alle, mit und ohne Chlorat" ihre Solidarität und ihre Wut zum Ausdruck brachten. Zwei Personen wurden kurzzeitig festgenommen, mussten aufgrund eines Verfahrensfehlers wieder freigelassen werden, ohne dass sie Angaben zu ihrer Person gemacht hatten.

In den folgenden Tagen stellte sich eine gewisse Routine ein: Die Angeklagten konzentrierten sich aufs Durchhalten, die Unterstützer_innen rückten auf den Besucherbänken eng zusammen, der Staatsschutz fotografierte und erweiterte seine Sammlung an „anarcho-autonomen" Porträts, Staatsanwalt und Verteidiger_innen redeten sich warm, die Richter_in blätterte in Aktenbergen und bohrte nach. Es war die Erinnerung daran, dass es in solch durch und durch fremdbestimmten Situationen tatsächlich nicht viel zu gewinnen gibt, aber immer etwas zu verlieren. Weil er vieles von dem, was in Gerichtssälen und ähnlichen Örtlichkeiten passiert, sehr gut auf den Punkt bringt, sei hier abschließend aus dem Soliaufruf zum Prozessbeginn zitiert: „Schuld und Unschuld sind die beiden wichtigsten Konzepte, die täglich in den Büros der Staatsanwaltschaft und in den Gerichtssälen zum Einsatz kommen, um die soziale Ordnung aufrecht zu erhalten. Diese Kategorien können



nicht unsere sein. Der Versuch, gegenüber der Justiz seine Haut zu retten, bedeutet nicht den Verzicht auf eigene Ideen und Praktiken. Die Justiz zwingt uns ihren Rhythmus auf: Ermittlungen, Gefängnis, Auflagen, Strafprozess. Diese gerichtlich verfügte Zeit isoliert die Angeklagten nicht nur durch Hausarrest und Knast, sondern setzt sie dauerhaft unter Druck - zum Beispiel durch Auflagen, die es verbieten, einander zu sehen.

Die Anklage der „kriminellen oder terroristischen Vereinigung", der „Bande" und des „gemeinsamen Plans" werden zunehmend als „erschwerende Umstände" eingesetzt: Damit können Strafen erhöht und Menschen in ihrer Vereinzelung gehalten werden. Diese Logik liegt der Anti-Terror-Gesetzgebung zu Grunde, um je nach den politischen Interessen des Augenblicks Unruhestifter_innen von der Gesellschaft zu isolieren und jene Gedanken und Praktiken unschädlich zu machen, die außerhalb des institutionellen Rahmens liegen. Was im Gerichtssaal passiert, ist keine zwischenmenschliche Beziehung

zwischen den Angeklagten und den Richter_innen, sondern eine Konfrontation zwischen der Klasse der Besitzenden und den Ausgebeuteten, eine Konfrontation zwischen der Behörde und den Widerständigen. Solidarität heißt, an diesem Kampf teilzunehmen.

solidarité

Dokumentation: *BekennerInnenschreiben*

„/Sie suchen eine Wohnung? (...) Am Lindener Marktplatz? Kulturelles Szeneleben direkt vor der Haustür!"/ (Zitat:afhausverwaltung.de)

Gestern Nacht konnten wir tiefere Einblicke geben. Wir haben es möglich gemacht das Treiben der Szene hautnah zu erleben, Kitzel und Verwegenheit zu spüren und einen authentischen Einblick in die politischen Untiefen Lindens zu bekommen.

Die Scheiben in der Stephanusstr.8 sind kaputt!

Der gänsehauterzeugende Sound klirrender Scheiben sollte euch wecken. Aus einem Traum, in dem „Szene" irgendein beliebiges Label ist, dass sich unendlich vermarkten lässt.

Vermarkten, ohne dass sich jemals Widerstand regt, gegen die drastisch steigenden Mieten im Stadtteil, die Verdrängung der vorherigen BewohnerInnen.

Für die ist wohl kaum Platz mehr, nach der luxuriösen Kernsanierung. Der Quadratmeter kostet jetzt 11-13,50€ und ein Aufzug fährt direkt in die Wohnung.

Hohn und Spott für alle, die auf günstigen Wohnraum angewiesen sind, oder einfach da bleiben wollen, wo sie jetzt wohnen. Wir haben lange genug zugesehen, wie sich Stadtentwicklung, die der kapitalistischen Verwertungslogik unterliegt, immer weiter zuspitzt. Diese ganze Akkumulations-scheiße kotzt uns an!

Wir kämpfen für eine Stadt, in der die Bedürfnisse der BewohnerInnen im Vordergrund stehen!

Gentrifizierung ein Bein stellen!

Die Häuser denen, die drin wohnen!

Kommando

Spiel nicht mit den Schmuddellindnern

Operazione Ardire in Italien

Um 4 Uhr am Morgen des 13. Juni 2012 begann das ROS (die Antiterrorereinheit der Carabinieri) mit Durchsuchungen in über vierzig Wohnungen in ganz Italien im Rahmen einer repressiven Operation, die unter dem Namen „Operation Kühnheit“ („Operazione Ardire“) läuft.

Diese Operation richtet sich hauptsächlich gegen italienische AnarchistInnen, aber nicht nur, und wurde von der Staatsanwältin Manuela Comodi aus Perugia angeordnet. Sie ist die selbe, die im Jahr 2007 die „Operation Brushwood“ initiierte – in enger Zusammenarbeit mit dem General der ROS Giampaolo Ganzer, der auch dieses Mal wieder mit dabei ist. Es wurden zehn Verhaftungen durchgeführt: acht italienische anarchistische Genoss_innen befinden sich vorerst in den Kerkern des Staates, während sich zwei weitere Genossen schon lange im Knast befinden: Gabriel Pombo da Silva in Aachen, Deutschland, und Marco Camenisch in der Schweiz. Ermittelt wird insgesamt gegen 24 Personen – darunter auch einige, die Teil der Gruppe „Conspiracy of Cells of Fire“ sind. Die Vorwürfe beziehen sich vor allem auf die vermeintliche Mitgliedschaft in der F.A.I./IRF und auf einige ihrer Angriffe seit dem Jahr 2009, deshalb wird gegen die GenossInnen unter anderen mit dem Paragraph 270bis ermittelt – terroristische Vereinigung.

Im Bezug auf die Schüsse auf Roberto Adinolfi, den Manager der Atomfirma Ansaldo Nucleare, im Mai dieses Jahres erklärten die Ermittler, dass es zunächst keine Hinweise auf eine Beteiligung der Beschuldigten gäbe.

Unter den Verhafteten sind auch einige, die verschiedene anarchistische Blogs und Webseiten betreiben – beispielsweise

culmine.noblogs.org, wogegen erst kürzlich andere Operationen und Einschüchterungsversuche liefen. Im Laufe der Durchsuchungen, wo Computer, verschiedene Broschüren, Handys, USB-Sticks und Korrespondenz mit eingesperrten GenossInnen mitgenommen wurden, ist auch das Haus eines der Beteiligten an der anarchistischen Website www.informa-azione.info durchsucht worden. Ihm wurden die Computer beschlagnahmt, die für die Aktualisierung der Webseite notwendig sind.

Bei Marco Camenisch und Gabriel Pombo da Silva, inhaftiert in der Schweiz und in Deutschland, wurden weder restriktive Maßnahmen, Rechtshilfeersuchen noch Durchsuchung in ihren Zellen durchgeführt. Dies steht im Gegensatz mit der Aussage der Staatsanwältin Manuela Comodi, welche die Operation 'Ardire' anordnete.

In der Presse – wo die Verhaftungen als ein großer Schlag gegen vermeintliche „F.A.I.-MitgliederInnen“ abgefeiert wird – wird auch heftigst über die Genossen Gabriel und Marco geschrieben: sie sollen die Ideologen der Gruppe sein, aufgrund ihrer internationalen „Berühmtheit“, bzw den „programmatischen Köpfen“, die diese „umstürzlerische Organisation“ ins Leben gerufen hätten. Initiativen wie der koordinierte Hungerstreik in den Knästen im Jahr 2009, wo sich verschiedene anarchistische Gefährten_innen in der ganzen Welt beteiligt haben und welcher maßgeblich durch „culmine“ koordiniert worden ist, wird auch als einer der zentralen Elemente eingeführt, weil kurz danach einige Aktionen der F.A.I. unternommen wurden.

ABC Berlin

www.abc-berlin.net

Ein Bandit im Käfig

Ein Brief von Stefano Fosco, einer der Genossen von Culmine

Danke für die warme Unterstützung der Genoss_innen von Cassa Antirepressione delle Alpi Occidentali (Antirepressions- Solidaritäts- Fonds westlich der Alpen). Am 13. Juni bin ich in Pisa mit meiner Genossin Elisa im Rahmen, der vom Gericht in Perugia angeordneten „Operation Ardire“, verhaftet worden. Die Carabinieri ROS brachen unsere Tür auf und brachten mich zur Polizeikaserne, wo ich identifiziert, einer DNA-Probe und fiesen Provokationen ausgesetzt wurde. Später wurde ich ins Don Bosco Gefängnis in Pisa gebracht. Am 16. Juni wurde ich vom Vor-Untersuchungsrichter ausgefragt, aber – selbstverständlich – machte ich von meinem Aussageverweigerungsrecht gebrauch. Den nächsten legalen Schritt macht das Untersuchungsgericht. Aus Gründen, die ich noch erklären werde, war ich nicht in der Lage auf irgendeinen Informationskanal zuzugreifen, dementsprechend habe ich nur eine

grobe Vorstellung, von dem, was passiert ist. Zum Beispiel weiß ich nichts über die Leute, die unter Beobachtung stehen, neben den 10 von uns, die festgenommen wurden, noch weiß ich etwas über das Resultat der 40 Durchsuchungen.

Die Anordnung meiner Untersuchungshaft ist mehr als 200 Seiten lang und beinhaltet ziemlich schwere Anschuldigungen: Ich werde angeklagt als führender Kopf eine endlose Liste direkter Aktionen geplant und mit durchgeführt zu haben, sowie für das Koordinieren und Aufrufen von Solidaritätskampagnen für anarchistische Gefangene auf der ganzen Welt, verantwortlich zu sein. Wie auch immer, wie bedenklich die Anklagen gegen mich sind, werde ich nach sorgfältiger Überprüfung meiner Akte herausfinden.

Ich kann davon ausgehen, dass das Schema der Ermittler dasselbe sein wird, wie das der vielen aussichtslosen Behauptungen der 1970er und 1980er Jahre.

Der wichtigste Unterschied ist, dass dieses Mal der anarchistische Blog „Culmine“ im Fokus der Ermittlung steht. An diesem Punkt ist zu sagen, dass die vermeintliche Freiheit des Gebrauchs sogenannter Gegeninformation über das Internet, einer Reflexion in der anarchistischen Bewegung bedarf. Wie ich nach Artikel 270bis und 280 angeklagt werde, bin ich dem A.S. Regime zugewiesen, welches besagt, dass ich meine Untersuchungshaft unter erhöhter Überwachung absitzen muss. Aber der Knast in Pisa, indem ich festgehalten werde, hat keine A.S. Abteilung, also kann ich hier nicht mit anderen Gefangenen kommunizieren und gehe alleine in den Hof, ich befinde mich in einer Art Isolation, die als solche nicht deklariert ist.

Es ist sehr wahrscheinlich, dass ich noch in ein Gefängnis mit A.S. Abteilung verlegt werde.

Die vielen Genoss_innen, die mich schon lange kennen, wissen dass es sehr, sehr wichtig für mich ist mit anderen Anarchist_innen zu kommunizieren.

Wenn du in den letzten Tagen noch nichts von mir gehört hast, nicht mal ein „Hallo“, ist es weil ich davon abgehalten werde.

Tatsächlich ist, seit meiner Verhaftung bis zum 22. Juni, der Tag an dem ich über die Zensur meiner Briefe benachrichtigt wurde, nichts, wirklich gar nichts von den Genoss_innen bei mir angekommen, obwohl viele Soli-Telegramme, Karten und Briefe zu mir geschickt wurden. Inzwischen habe ich 13 Briefe geschrieben, da ich einige Adressen auswendig weiß, aber ich habe keine Ahnung, ob die Briefe jemals die Adressaten erreicht haben. In den 10 Tagen der Haft, bin ich der totalen Zensur meiner Briefe unterworfen, welches sowohl das Verschicken, als auch das Empfangen von Briefen betrifft. Ich weiß nicht bis zu welchem Punkt diese Behandlung

legal ist und ich als Anarchist, bin nicht interessiert daran es herauszufinden. Ich möchte den Menschen bloß das negative Spiel gegen eines Anarchisten aufzeigen: eingesperrt und verschwunden durch den Italienischen Staat, 10 Tage lang, keine Chance auf den Erhalt solidarischer Post. Keine Schikanierung, natürlich nicht, es ist nur eine Bestätigung, was gegen uns Anarchist_innen vorbereitet ist.

An dem gleichen Tag unserer Verhaftung, intervenierte das Innenministerium, folglich nach dem gleichen Prinzip, wie bei den Genoss_innen im Fall der „Caso Bombas“, den griechischen Genoss_innen

von CCF und den verhafteten Genoss_innen in Bolivien. Auch die internationale Repression gegen Anarchist_innen bedarf einer Reflexion.

Wo wir gerade bei Zensur der Post waren, ist es mir nicht erlaubt meine Genossin und Partnerin Elisa, die gerade im Frauenknast von Pisa eingesperrt ist, zu sehen oder ihr zu schreiben.

Bis zu diesem Tag, aus unbekannten Gründen, wurde es mir nicht ermöglicht mit meinen Mitangeklagten, von denen ich auch ihre Adressen nicht habe, in Kontakt zu treten.

Ich lasse euch wissen, dass ich gleich nach der richterlichen Prüfung, eine technische Verteidigung vorbereiten werde, um jeden einzelnen Punkt, alle diese Lügen, die in diesen Tagen verbreitet wurden, zu demontieren. Die anarchistischen Genosse_innen, die mich schon lange kennen, wissen dass ich nicht so unvorbereitet bin, wie die Ermittler es glauben lassen möchten. Das ist das fünfte Mal, dass ich nach Artikel 270bis angeklagt werde. Bei anderen Ereignissen wurde ich für ähnlich konspirative Lasten freigesprochen oder Anklagen wurden bereits vor dem Prozess, durch die Gerichte von Genua, Lecce, Turin und Florence, fallen gelassen.

Da ich, als Individualist, schon immer fasziniert von der anarchistischen Praxis des Anti-Legalismus gewesen bin, ist es kein Zufall, dass Anklagen wegen Missachtung des Gerichts gegen mich erhoben wurden. Aber ich denke, dass diese Praxis einige Grenzen hat, insbesondere wenn du mit Anklagen voller Lügen, Manipulation und eklatanten Übersetzungsfehlern konfrontiert bist.

Bei meiner technischen Verteidigung - bitte beachtet, dass ich keine Fragen der Justiz akzeptieren werde - brauche ich die Unterstützung von der anarchistischen Bewegung, nicht nur der aus Italien. In anderen Worten, muss ich die Geschichte der anarchistischen Aktionen der

letzten Jahrzehnte durch Dokumente, Komunikés, Artikel und historischen Büchern, rekonstruieren. Von Zeit zu Zeit lass ich euch wissen, was ich für Material brauche.

Natürlich hoffe ich, dass einige ‚peniblen‘ Genoss_innen die gesamte Datenbank von Culmine gespeichert haben, mit besonderen Augenmerk auf die Chronologie der veröffentlichten Beiträge. Je mehr Kopien gespeichert werden, desto besser. (Aufpassen: Wenn ihr auf Culmine surft, vermeidet lautstarke Kommentare, ihr könntet sonst unmittelbar verhaftet werden.)

Wir Anarchist_innen wissen alle, dass



wir früher oder später am Tresen landen werden, aber was uns, in Anbetracht dessen, wirklich trifft, ist der scharfe Angriff auf zwei liebe Freunde und Genossen: Marco und Gabriel, welche gerade in Begriff waren, einen Wendepunkt in ihrer langen Haftzeit, durch eine Reihe von Begründungen, zu erreichen. Insbesondere tun die Anschuldigungen gegen Marco weh und meiner Meinung nach, ist es dringend notwendig, dass die anarchistische Bewegung sich überlegt, wie eine effektive Unterstützung für ihn aussehen kann. Ich weiß nicht, ob mir alle Briefe zugestellt werden. Ich werde alle Briefe und Karten beantworten, die mich erreichen. Aufgrund der Zensur, schlage ich vor, dass



ihr mir Material auf italienisch getrennt von anderen Sprachen (Spanisch/Englisch) zuschickt.

Eine dicke Umarmung an all die Genoss_innen, die uns ihre Solidarität ausdrücken, wie die der Spontandemonstrationen in Trento, Perugia und der Poster von den Genoss_innen aus Pisa.

Eine Umarmung voller cariño an Tortuga!

Rebellische Grüße von dem Banditen im Käfig!
24.6.2012

Stefano Gabriele Fosco
C.C. Pisa
Via Don Bosco 43
56127 Pisa, Italy

Info Nr. 1 zur jüngsten antianarchistischen Konstruktion

Ein Brief von Marco Camenisch

Der in der Schweiz inhaftierte Anarchist Marco Camenisch hat eine erste Korrespondenz verfasst bezüglich der "Operazione Ardire". Er ist einer der Beschuldigten in diesem wahnwitzigen Konstrukt gegen Anarchist_innen in Italien, der Schweiz, Deutschland und Griechenland.

ROS-Reparti Operazioni Speciali, die ich, historisch wahrheitsgetreuer, R...Operazione Sporche (e falsari) - Abteilung für schmutzige Operationen (und Fälschungen) nenne. Brutti ist die verantwortliche Vorermittlungs-Richterin der Staatsanwaltschaft Perugia.

Vorbemerkung: Bis heute war ich nicht Gegenstand amtlicher Mitteilungen oder Reaktionen von den Schweizer Behörden und bin von den Medien und aus meiner Korrespondenz nach und nach informiert. Das über 200 Seiten starke Anklagedossier der Konstruktion habe ich von Solidarischen zugestellt bekommen und habe es überflogen und dabei konnte ich meinen anfänglichen (TV-Presse) Eindruck bestätigt sehen, dass es sich um ein Theorem mit mehr oder weniger auffälligen aber insgesamt gänzlich gehaltenen "Beweisen" handelt. Meine Absicht eines persönlichen öffentlichen Info- und Solitextes habe ich noch nicht umgesetzt. Aber meine revolutionäre Solidarität jenseits aller Unterschiede gegen die Repression und mehr als natürlich den in dieser x-ten Konstruktion der ROS (ef) unter der Leitung des Subjektes Ganzer (Karabinierigeneral, der 2010 in erster Instanz wegen INTERNATIONALEM DROGENHANDEL zu 14 JAHREN KNAST verurteilt wurde!) verhafteten und Ermittlungen unterzogenen GenossInnen ist selbstverständlich!

Heute erhalte ich von Stefano Fosco

aus dem Knast Pisa zwei Briefe vom 18. und 21. Juni 2012 beide mit Poststempel Pisa 26.06.2012. Gemäss Verteidiger sei eine baldige Versetzung von ihm und von Elisa in den HS-Knast Alessandria oder einen anderen nahe Perugia vorgesehen. Wie auch ich so auch Stefano sicher, dass das Anklagegebäude zum Zusammenbruch bestimmt ist, dass es aber Zeit braucht um die vielen Jahre ihrer Existenz und jener von CULMINE zu rekonstruieren, und es stünden lange Monate Hochsicherheitsknast bevor. Stefano und Elisa (sind Lebensgefährten) haben bei der Einführungsvernahme der RichterIn von ihrem Recht auf Aussageverweigerung Gebrauch gemacht, unter anderem weil sie VOR DIESER EINVERNAHME EIN KONTAKTVERBOT MIT DER VERTEIDIGUNG hatten, was wahrscheinlich illegal ist und der Anwalt wird Beschwerde einlegen. Er schlägt eine GEMEINSAME TECHNISCHE VERTEIDIGUNG vor um die verrückten Anklagepunkte PUNKT UM PUNKT auseinanderzunehmen. GEMEINSAM, weil es nichts zu verheimlichen gibt, da es sich z.B. um Erklärungen von anarchistischen Gefangenen und Verbreitungsinstrumente derselben und Zitierungen aus Büchern des 19 Jh. wie z.B. Henry handelt. Zurzeit bin ich geneigt, sobald und wie es sich ergibt und notwendig wird mich seinem Vorschlag aus Gründen der "Ökonomie" auf allen Ebenen, vor allem jenem der somit vermeidbaren "Friktionen", anzuschliessen, indem ich denselben Anwalt von Stefano oder einer anderen Anwaltperson, die mit diesem gut zusammenarbeitet, beauftragen werde. Am 18. erhält er BEGEGNUNGS- UND KORRESPONDENZVERBOT mit Elisa, und ist seit 6 Tagen TOTALISOLIERT mit TOTALEM BEGEGNUNGSVERBOT, KEIN TV, KEINE ZEITUNGEN, KEIN RADIO, NACKTE ZELLE, NICHT EINMAL

REINIGUNGSARTIKEL.

Am 21. Juni immer noch in TOTALISOLATION, was AN DIESEM PUNKT MIT DEM TOTALISOLATION KORRESPONDENZVERBOT EINER STRAFARTIKEL gleichkommt, und das einzige legal verfügte Verbot ist die auch TELEFONISCHE KOMMUNIKATIONSSPERRE MIT ELISA. DIE GUANTANOMO-BOYS VON PISA BEHAUPTEN KONTAKTSPERRE SEI AUCH BRIEFPOSTSPERRE (Wundert mich nicht, kenne nämlich diesen extrem faschistischen Knast von Pisa sehr gut, wo wie anderswo mit dem Vorwand sie hätten Hochsicherheitstrakt den HS-Gefangenen einfach TOTALISOLATION verhängt wird). Haben ihm immerhin TV gegeben und am selben 21. Juni Hofgang nun mit einem weiteren HS-Gefangenen. Solidarität und Liebe

Marco Camenisch

Lager Lenzburg, 28. Juni 2012



Schreibt den Gefangenen!

Die Knastdresen der in Italien eingesperrten:

Stefano Gabriele Fosco
+ Elisa Di Bernardo
Via Don Bosco, 47
56127 Pisa

Alessandro Settepani
+ Paola Francesca Iozzi
CC Capanne
via Pievaiola 252
06132 Perugia

Sergio Maria Stefani
CC Regina Coeli
Via Della Lungara, 29
00165 Roma

Katia Di Stefano
CC Rebibbia Femminile
Via Bartolo Longo
00156 Roma

Giuseppe Lo Turco
CC Marassi
Piazzale Marassi, 2
16139 Genova

Giulia Marziale
CC Teramo
Contrada Castrogno
64100 Teramo

Für mehr Irrelevanz – das Ivi bleibt!

Seit dem Verkauf des ehemaligen Unigebäudes im Kettenhofweg 130 an die Immobilienfirma „Franconofurt AG“ Anfang dieses Jahres ist das selbstverwaltete centro sociale akut räumungsbedroht. Die „Franconofurt AG“ hat laut eines Artikels auf der Homepage des „Hessischen Rundfunks“ vom 18.06.2012 eine Räumungsklage gegen die Nutzer_innen des besetzten „Insitut für vergleichende Irrelevanz“ eingereicht.

2003 wurde im Rahmen der Studierendenproteste ein leerstehendes Unigebäude im Kettenhofweg 130 besetzt. Die Besetzung verstand sich als Antwort auf die Umstrukturierungsmaßnahmen der Uni sowie die Kürzungen im Sozialbereich und die Marginalisierung verschiedener gesellschaftlicher Gruppen. Das Ivi versteht sich als selbstorganisierter Raum, welcher Menschen unabhängig ihres Geschlechts, ihrer Herkunft, ihres Alters oder Sexualität die Möglichkeit gibt, sich so frei wie möglich von gesellschaftlichen Zwängen selbstbestimmt zu bewegen. Durch die kontinuierliche Arbeit hat sich das Ivi zu einem Ort entwickelt, in welchem Wissenschaftler*innen, Bands,

Künstler*innen und andere Engagierte Theorie, Praxis und Party verwirklichen und ihren alternativen Gesellschaftsentwurf leben können. Unter diesem Titel („Theorie.Praxis.Party“) wird im Ivi versucht politische Praxis und Alltagsleben gemeinschaftlich zu organisieren. Es wurden Räume zum Schlafen, Kochen, Essen, für Gruppentreffen, Vorträge, Parties, Konzerte und vieles mehr geschaffen. Mit der halbjährlich stattfindenden GegenUni versucht das Ivi dem traditionellen universitären Modell eine Theoriearbeit entgegenzusetzen in der Bildung nicht als Privileg verstanden wird für das zertifizierte Zugangsberechtigungen erworben werden müssen. In den Veranstaltungen, Seminaren und Lesekreisen wird nicht gelehrt, sondern die gemeinschaftliche, kritische Aneignung von Theorie ermöglicht.

Bewohner*innen und Nutzer*innen des Institutes wurden von der Universität weder über Käufer, noch Datum des Eigentumsübergangs informiert. Erst durch Recherche der bürgerlichen Presse wurde der Käufer – die „Franconofurt AG“ – bekannt. Die „Franconofurt AG“ und ihre Tochterunternehmen gehören zu den zen-



tralen Akteuren, die Gentrifizierungsprozesse in der Frankfurter Innenstadt vorantreiben. Die "Franconofurt AG" hat sich auf den Kauf von Altbauwohnungen, deren „Sanierung“ und Verkauf spezialisiert. Folgen dieser Praktiken sind hinreichend bekannt: Geringverdienende Mieter*innen werden mittels Mietsteigerungen und asozialen Druckmitteln aus ihren Wohnungen gedrängt. Als der Verkauf der Liegenschaft publik gemacht wurde, betonte die Universität, dass das Angebot von Mietverträgen für die Nutzer_innen des IvIs vertraglich festgehalten wurde und auch die „Franconofurt AG“ ließ in ihren ersten Äußerungen in der Presse stets verlauten, dass ein Mietvertrag angeboten werden soll. Bisher gab es allerdings keinerlei Kontaktaufnahme mit den Besetzer_innen. „Die Mietvertragsangebote der „Franconofurt AG“ in der Presse waren wohl eher eine Marketing-Strategie“. Es hat sich ja schon vor Wochen gezeigt, dass keine Bereitschaft besteht mit uns zu

verhandeln, als Franconofurt unrechtmäßig Strom und Wasser abgestellt und die Haustür geklaut hat. Am 22.06.2012 versuchte ein Trupp von „Mainova“ gegen 3:00 nachts mit Hilfe von schwerem Gerät ein Loch vor dem Ivi zu graben um dem Haus die gesamte Stromversorgung zu kappen. Durch das Einschreiten von Unterstützer_innen konnte dieses, genau so wie der einige Stunden später stattfindende Versuch eines anderen Trupps, der das Ziel hatte das Wasser abzustellen, verhindert werden.

„Wir lassen uns durch solche Aktionen weder provozieren noch einschüchtern. Die vielen Menschen, die sich im IvI engagieren und die wachsende Unterstützung für den Erhalt des Projekts, sprechen für sich,“ sagte Oliver Kaltborn, ein weiterer Mitarbeiter des IvIs.

Weitere Infos gibt's auf:
ivi.copyriot.com

Nachlese: Kongress für autonome Politik 2011

Der Kongress für autonome Politik liegt lange zurück, aber trotzdem ergreifen wir noch einmal das Wort:

An dem Ziel, das wir bei unserer Kongress-Initiative vor Augen hatten – zusammen Mittel und Wege zu finden, wie autonome Politik unter sich verändernden gesellschaftlich-politischen Rahmenbedingungen nicht nur als subkultureller Lebensstil überwintern, sondern mehr Sichtbarkeit erlangen und perspektivisch zu einer ernst zu nehmenden politischen Option für viele Menschen werden könnte – halten wir weiter fest ...

Wir haben aus unseren Diskussionen zur Nachbereitung des Kongress für autonome Politik „Changing Realities“ (17.-19.Juni 2011 in Köln) drei Texte zur Auswertung verfasst.

Beim ersten Text, „Eine ambitionierte Idee“, steht die Frage der Organisierung im Mittelpunkt: Zum einen geht es um Anspruch und Wirklichkeit bei der Vorbereitung und Durchführung des Kölner Kongresses, wobei wir hoffen, dass andere aus unseren Fehlern lernen können. Zum andern um die „Form Kongress“ als eine von mehreren denkbaren Varianten autonomer Organisierung. Wir haben lange und intensiv darüber diskutiert, wie ein praktikable kontinuierliche Organisationsform aussehen könnte, und wollen diese Diskussion gerne mit anderen weiterführen.

Der zweite Text handelt „Von der Notwendigkeit gemeinsamer Analyse und Strategie“. Debatten um gesellschaftliche Analyse wie um Strategien autonomer Politik waren für den „Changing Realities“-Kongress als eigenständige thematische Schwerpunkte vorgesehen. Tatsächlich hatten wir den Eindruck, dass dieser

Vorschlag wenig aufgegriffen wurde und es kaum zu Ansätzen für einen weitergehenden Verständigungsprozess gekommen ist. Wir kommen mit unserem Text noch einmal darauf zurück und nennen Gründe zugunsten einer übergreifenden analytischen und strategischen Debatte.

Den Abschluss bildet ein Text, der die Ergebnisse des Themenblocks „Militanz“ kommentiert („Militanz ist nicht selbstverständlich“). Der Versuch, Militanz öffentlich diskutierbar zu machen, verdient eine eingehende Reflexion. Vor allem, da sich bei diesem Thema unserer Einschätzung nach sehr deutlich gezeigt hat, wie viele unterschiedliche und zum Teil unvereinbare Vorstellungen von einer inhaltlichen und praktischen Bestimmung autonomer Politik zur Zeit existieren. Undogmatische Heterogenität war gewiss immer auch eine Stärke der autonomen Bewegungen. Aber auch hier braucht es Versuche, immer wieder herauszufinden, wo genau auch die Vorstellungen, Perspektiven und die konkreten Ansatzpunkte radikaler Kritik liegen, die uns verbinden und welche Praxisformen angemessen, wirkungsvoll und für viele anzeigbar sind. Das gilt für die Auseinandersetzung um Sinn und Nutzen von Militanz ebenso wie für alle Bereiche autonomer Politik. Das zentrale Anliegen unserer Auswertung ist ein Plädoyer dafür, sich weiterhin und verstärkt um eine gemeinsame Bestimmung dieser Politik zu kümmern.

**Vorbereitungskreis von
„Changing Realities“**

Ihr findet die Texte hier:

**[http://media.de.indymedia.org/
media/2012/05/329571.pdf](http://media.de.indymedia.org/media/2012/05/329571.pdf)**

Dokumentation: Presseinformation: Aktion gegen Horst Reichenbach, Leiter der „Eu Task Force Griechenland“, Seepromenade 45, Groß Glienicke

In der Nacht vom 13.5. auf den 14.5.2012 haben wir das Domizil von Horst Reichenbach auf seinem Anwesen am Ufer des Groß Glienicker Sees vor den Toren Berlins mit Farbflaschen und Steinen beworfen. Ein auf dem Gelände parkendes Fahrzeug haben wir beschädigt.

In seiner Funktion als Chef der EU Task Force Griechenland sorgt Reichenbach dafür, daß die „Anpassungsprogramme“ der Troika umgesetzt werden. Das heißt z.B.:

- Im Gesundheitswesen sollen über eine Milliarde Euro eingespart werden, 1,1 Milliarden für pharmazeutische Produkte und 400 Millionen im Zuge der „Verschlankung“ der Verwaltung der Krankenhäuser.
- Rentenkürzungen um 20-40%
- Der Mindestlohn wird um 20% auf unter 600 Euro gesenkt.
- Lohnsenkungen von bis zu 40% im staatlichen Sektor
- Das Lohnniveau wird so lange eingefroren, bis die Arbeitslosenquote von jetzt 22% auf unter 10% zurückgegangen ist.
- Die Sicherheiten der EU-Grundrechtecharta werden außer Kraft gesetzt, es gibt kein Anrecht mehr auf freie Tarifverhandlungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern, keine kollektiven Lohnvereinbarungen mehr.
- Bis Ende 2015 sollen 150.000 Angestellte und Beamte aus dem staatlichen Sektor entlassen werden.
- Liberalisierung ganzer Wirtschaftsbe-
reiche
- Erklärung der Steuern auf Wohneigen-
tum, Koppelung des Einzuges mit den
Stromrechnungen
- Der „Schuldendienst Griechenlands“

wird über ein Sperrkonto abgewickelt, was eine erhebliche Einschränkung der Budgetpolitischen Souveränität darstellt.

- Privatisierung von Staatseigentum in einer Größenordnung von 50 Milliarden Euro sind angedacht, z.B: Flughäfen, Bahnbetriebe, Hafenanlagen, Wasserwerke

Da sich das Leben der meisten GriechInnen dadurch extrem verschlechtert, hat Reichenbach einen hohen Bekanntheits- und Unbeliebtheitsgrad in Griechenland, viele Medien haben über ihn berichtet. Mit unserer Aktion wollen wir sien privates Rückzugsgebiet aus der Anonymität holen. Es gibt kein ruhiges Hinterland!

Es wird Zeit für die radikale Linke in der BRD, den Standpunkt der Beobachterin der Kämpfe in Griechenland und anderswo zu verlassen und zur aktiven Unterstützung überzugehen. Mit der Demonstration am 31. März und den bevorstehenden Aktionstagen in Frankfurt/Main vom 17. bis zum 19. Mai könnte ein Schritt in die Richtung getan werden. Es ist zu hoffen, daß die EUROPEAN ACTION DAYS in Frankfurt ähnlich offensiv wie die Demo am 31. März werden.

Darüberhinaus gilt es, den AkteurInnen der Troika hier in der BRD auf die Pelle zu rücken und die Konzerne, die an den Privatisierungen in Griechenland beteiligt sind wie z.B. Die Telekom, anzugreifen.

Hoch die Internationale Solidarität!
Freiheit für die revolutionären Gefangenen in Griechenland!
Freiheit für Sonja Suder!

FreundInnen von Loukanikos

Groß Glienicke Mai 2012



Karikatur von Stathis Stavropoulos aus der griechischen Tagespresse: Horst Reichenbach lässt in Nazi-Uniform die griechischen Politiker- Marionetten tanzen.



Den folgenden Text von Alex Trocchi drucken wir nach kontroverser Diskussion in der Redaktion ab, obwohl wir einige Positionen ablehnen. Wir sind uns einig in der Ablehnung seines immer wieder durchbrechenden Antiamerikanismus, seiner absoluten Verdammung der Aufklärung und seines ungebrochen positiven Rückgriffs auf vorkapitalistische Zustände. Wir denken, dass er es aber schafft, strategische Ansätze zur Durchsetzung gesellschaftlichen Zusammenlebens in der Revolte und darüber hinaus zu benennen und zur Diskussion zu stellen. In diesem Sinne begreifen wir den Text als Arbeitsmaterial, das es zu besprechen gilt. Denn er enthält auch bestechende Ideen und liebenswerte Provokationen für eine anarchistische Linke, die sich, in Griechenland sogar in der Revolte, eingerichtet hat. Der Text selbst ist nicht brandaktuell aber soeben erst aus dem Englischen ins Deutsche übersetzt.

Und nun viel Freude und Ärger.

AB

Damit der Aufstand erfolgreich sein kann, müssen wir uns erst selbst zerstören

In Schwierigkeiten geriet Sky News, als sie vor fünf Minuten versuchten, live vor Ort auf Sendung zu gehen – ihre wütende Reporterin fand sich umringt von Schülern, die das Geschehen kommentierten: „Ladies and Gentlemen, der Aufstand hat begonnen!“

Paul Lewis für den Guardian über die Proteste gegen die Sparmaßnahmen am 10.11.2010, London

Wir sind umgeben von den pitoresken Ruinen aller ausdrücklich politischen Ideen: Schulen, in denen niemand lernt, Familien, der Liebe beraubt, Banken mit leeren Tresoren, Armeen, die Kriege immer verlieren und Gesetze, die reiner Ausdruck „anti-terroristischer“ Paranoia sind. Was bedeutet das für eine irgendeartete neue Politik – falls „Politik“ überhaupt das passende Wort ist? Eine Frage, die es zu beantworten gilt, denn seltsamerweise wird der Aufstand gegen die gesamte soziale Ordnung immer mehr zur einzigen Option, die bleibt. Letztlich wissen alle, dass nichts funktioniert. Realistisch gesehen kann kein System inmitten globaler Ressourcenerschöpfung und weltweitem Fall der Profitrate irgendeiner Art Forderung nachgeben, selbst wenn es in seinem besten Interesse wäre, dies zu tun. In einer traurigen Wahl nach der anderen weisen die Menschen ihren sogenannten Repräsentanten die Tür – <Que se vayan todos! – wobei sie nicht wirklich für irgendwen stimmen, sondern den einzigen schwachen politischen Ausdruck, den sie noch haben, gegen die Politik selbst einsetzen, den Stimmzettel. Die Jugend weiß es besser, wie der mit jeder Wahl steigende Anteil an Nichtwählern zeigt. Selbst wenn die weite spektakuläre Maschine des Empire in ihrer Litanei nie einräumen wird, gescheitert zu sein – ein Scheitern, dass sich seit der Finanzkrise 2008 von selbst erklärt – ist den Kindern der planetaren Bourgeoisie, in Griechenland wie in Frankreich, sogar in Großbritannien, diese Wahrheit zum ersten Mal seit Generationen wieder klar geworden.

Im großen Ganzen wird der imperiale Apparat nicht länger von objektiven Beweisen oder auch nur Vertrauen in den „Fortschritt“ zusammengehalten, son-

dern einzig von einer gewissen Mischung aus Depression und Repression. Die bittere Frucht am Ende der Geschichte besteht, noch im Angesicht des Zusammenbruchs unserer Gegenwart, im Fehlen jeglichen Horizonts. Welch okkulte Kräfte sind es demnach, die diese Welt erhalten? In Umkehrung von Hobbes' klassischem Argument kann allein Angst die gegenwärtige Ordnung aufrechterhalten, und keine Angst ist schrecklicher als die vor einem vorzeitigen Tod. Der Mord an Alexis Grigoropoulos war eben jene Art vorzeitiger Tod, der nötig war, um einem gescheiterten Staat als Stütze zu dienen. Ein Menschenopfer, von der Polizei dazu ausersehen, in einer zunehmend aufbegehrenden Jugend den Respekt für ihre Ältesten wieder herzustellen. Die griechische Polizei hat dieses Rezept nicht erfunden: Die Formel vom staatlich sanktionierten Mord an Assimilationsverweigerern zeitigt auch in anderen, „zivilisierten“ Staaten wunderbare Ergebnisse. Wenn in den USA ein afro-amerikanischer Jugendlicher von der Polizei ermordet wird, berichten die Zeitungen nicht einmal unter 'Vermischtes' darüber – es sei denn, die Tat wurde irgendwie gefilmt und ins Internet gestellt, ganz wie es sich schickt für die spektakulärste Gesellschaft des Planeten. Es sollte nicht überraschen, dass das Morden der Polizei als Akt sozialer Kontrolle schließlich Griechenland erreicht, und es ist nicht einmal überraschend, dass Riots darauf folgen. Auch der Tod von Michalis Kaltezas 1985 zog intensivste Straßenkämpfe nach sich. Neu am Mord an Alexis Grigoropoulos war, dass, was als Riot begonnen hatte, bald auf dem Weg war, sich zu einem Aufstand gegen die Totalität des kapitalistischen Lebens auszuwachsen, der sich von den Schülern auf die Immigranten in Griechenland ausbreitete. Gerade rechtzeitig zu Weihnachten suchte der Geist des Aufstands Europa wieder mal heim. Einige Leute in Frankreich ins Gefängnis stecken, einen Jugendlichen in Griechenland ermorden, alle Anarchisten zu „Terroristen“ erklären – keiner dieser Akte ist in der Lage, die wachsende Woge des Aufstands zurückzuhalten. Selbst in den befriedetsten Ländern, wie Großbritannien oder den USA, werden Gebäude besetzt, münden Demos in Straßenschlachten,

vergießen Politiker Tränen über eingeschlagene Scheiben. Und sie alle wissen, dass eingeschlagene Scheiben nur ein Zeichen des Aufruhrs sind – und der echte Aufruhr bald schon kommen könnte.

Überall auf der Welt stehen Anarchisten der vorigen Generation vor einem Rätsel. Warum ist nach derart langer Abwesenheit das Volk – wir waren uns niemals sicher, ob wir überhaupt daran glauben – warum sind die Leute zurück? Sogar noch rätselhafter, warum vereiteln Anarchisten zwei Jahre später in Griechenland (eben jenem Land, das nach der Finanzkrise dem Kollaps am Nächsten zu stehen schien) nach der unbeabsichtigten Tötung dreier Menschen beim Anzünden der Marfin Bank (zumindest vorübergehend) ihren eigenen Aufstand? So wahr es ist, dass ein Unfall wie dieser auch bei früheren Protesten leicht hätte passieren können, so war doch das Timing des Geschehens in nahezu welthistorischem Ausmaß tragisch (und allzu zweckdienlich für den griechischen Staat), als es sich in eben jenem Moment ereignete, als der aufständische Prozess begann, sich sogar auf die griechischen Arbeiter auszuweiten. In den Monaten danach war es, als sei alle Antriebskraft des kommenden griechischen Aufstands k.o. geschlagen.

Vielleicht fehlt dieser Tage nicht die Aktion, sondern eine gewisse kollektive Intelligenz, welche die Hochphase des Aufstands 2008 zur gleichen Zeit überflügeln wie seinen Tiefpunkt Mitte 2010 durchbrechen kann. In Ergänzung der Praxis von Molotow und Barrikade braucht jeder Aufstand, soll er nicht einfach verpuffen und sterben, eine kollektive revolutionäre Theorie, welche die gegenwärtigen Konzepte und Aktionen im Hinblick auf einen aufständischen Prozess begründet. Mit dem merkwürdigen Wort „Theorie“ meinen wir eine bestimmte strategische Debatte, geführt von denen, die an den Frontlinien des globalen sozialen Krieges stehen, eines Krieges, in dem der Tod von Alexis nur einer der staatlichen Angriffe war, und der Dezemberaufstand nur eine der sozialen Entgegnungen.

Eine Theorie des sozialen Krieges

„Einstweilen waren die Morde und Aufwiegelungen fragmentarisch gewesen und spielten sich im Innern ab. Später überfielen die Anführer der Fraktionen sich gegenseitig mit großen Armeen, so wie es ihrer Verwendung im Krieg entspricht, indes ihr Land als Preis zwischen ihnen lag [...] der Senat, aus Furcht, vom Krieg umzingelt zu werden, und nicht im Stande, sich selbst zu schützen, stationierte entlang der Küste, von Cumae bis hin zur Stadt, Freie, die zu jener Zeit erstmals für den Dienst in der Armee angeworben wurden, da es an Soldaten mangelte. Der Senat stimmte zudem dafür, dass all jenen Italikern, die der Allianz treu geblieben, die Bürgerschaft gewährt werden solle, was die Sache war, die sie alle am meisten beehrten.“
Appian, Die Bürgerkriege

In einer Zeit, in dem die globale Ökonomie so verflochten ist, dass der primäre Konflikt zwischen Nationalstaaten zum Niederreißen ihrer Grenzen für den „freien Handel“ führt, ist ein militärischer Krieg im Maßstab des II. Weltkriegs schlicht eine finanzielle Unmöglichkeit. Solche traditionellen, militärischen Kriege werden zunehmend an die Peripherie des Empire gedrängt, während in seinem Zentrum ein Krieg anderer Art geführt wird. Worin besteht diese neue Art Krieg? Ist sie tatsächlich nur die Wiederkehr einer vergessenen Form der Kriegsführung? Was ist ihre Genealogie? In ihrer Geschichte kannten die Griechen zwei verschiedene Arten des Krieges: den Bürgerkrieg [emfyllos] und den sozialen Krieg [koinonikos polemos].

Der Bürgerkrieg, emfyllos, Inbegriff des Beziehens von Positionen, verbindet die sich als Gegner gegenüberstehenden Kollektivitäten miteinander. Aus Perspektive des Staates kann ein Bürgerkrieg ein Krieg in seinem Innern sein, wie der englische Civil War oder die Revolution von 1789, aber auch ein Krieg vor Existenz des Staates oder darüber hinaus. Die Spannbreite reicht von diversen Religionskriegen im Zuge der Formierung der modernen Nationalstaaten über die Pariser Commune von 1871 bis zur Revolte in Oaxaca 2006. Diese letzte Form des Bürgerkriegs gewinnt wachsende Bedeutung in dem Moment, da die nationalstaatliche Form sich mit dem universalisierten Empire-Staat mischt. Im Innern des Empire polarisiert der Bürgerkrieg die ansonsten uniforme Bürgerschaft, zwingt sie, sich entweder auf die Seite der Partisanen zu schlagen oder auf die des Empire.

Erinnern wir uns, dass ein Bürgerkrieg zwischen allen Kollektivitäten stattfinden kann, die latent in einem Staat vorhanden sind. Kollektivitäten, die durchaus konterrevolutionär sein können, wie das Phänomen des politischen Islam im Nahen Osten hinreichend deutlich zeigt. Als die tatsächliche Auflösung des griechischen Staates zusehends möglicher wurde, tauchten selbst in Griechenland konterrevolutionäre faschistische Kollektivitäten auf, wie Chrysi Avgi, das Goldene Morgenrauschen, die versuchen, in Ayios Panteleimonas, unweit Exarcheia, einen ethnisch reinen Stützpunkt zu etablieren. Glücklicherweise fand der erste Bürgerkrieg seit der Finanzkrise 2008 in Europa nicht zwischen quasi-faschistischem Nationalismus und neoliberalen Staat statt (wie überaus real diese Möglichkeit ist, deutete sich 2008 in der Revolte in Bulgarien an), sondern zwischen anarchistisch inspirierter Revolution und griechischem Staat. Da kein Nationalstaat eine Insel ist, ange dockt wie sie alle sind an den globalen Staat des Empire, ruft der Aufstand in Griechenland naturgemäß die Möglichkeit eines globalen Bürgerkriegs gegen das Empire hervor. Der wahre Albtraum des

Empire enthüllt sich: Noch im so ge-

nannten Frieden der kapitalistischen repräsentativen Demokratie ist die scheinbare historische Anomalie Bürgerkrieg immer präsent, und insofern, als eben dieses Bild vom „Frieden“ sich im Zuge der Finanzkrise rapide auflöst, wird der globale Bürgerkrieg die Bühne der Geschichte wieder betreten.

Während der Bürgerkrieg im Zeitalter der Formierung des modernen kapitalistischen Nationalstaats – vom amerikanischen Bürgerkrieg bis zur Entstehung des griechischen Staates 1940 – vor allem militärisch war, nimmt er in der Ära des Empire eine subtilere Form an. Der Dezemberaufstand in Griechenland ist das perfekte Beispiel eines solchen post-militaristischen Bürgerkriegs, wo zuvor isolierte Kollektivitäten wie die Schüler zusammen mit Anarchisten und Immigranten eine Position bezogen, um eine neue Art Partisanen-Kriegsmaschine zu formen. Die neue Form von Bürgerkrieg wird noch darin offenbar, wie ihn der Staat beendet. Wurden frühere Bürgerkriege, wie die Pariser Commune, mit militärischen Massakern zerstört, so änderte sich das nach dem Zweiten Weltkrieg. Erinnern wir uns, dass de Gaulle den Bürgerkrieg vom Mai 1968 in Frankreich besiegte, indem er der Polizei befahl, nicht einen Schuss abzugeben und stattdessen Wahlen anordnete. Die gleiche Abfolge sehen wir in Griechenland: die brutale militärische Repression der ursprünglichen Revolte des Polytechnico ließ die öffentliche Toleranz gegenüber der Junta sinken, was einer der Faktoren war, die letztlich zu deren Sturz 1974 führten – eine Tatsache, die Karamanlis nicht vergessen hat. In den Spuren von de Gaulle befahl er keine traditionelle militärische (nicht einmal polizeiliche) Repression gegen den Aufstand vom Dezember. Wie kann es sein, dass ein Bürgerkrieg heute ohne militärische Repression, einzig durch die allgemeine Verbreitung „anti-terroristischer“ Verhaftungen und Wahlen abgewendet werden kann? Die Antwort darauf könnte wiederum in einer veränderten Kriegsführung liegen.

In Griechenland bezeichnet koinonikos polemos den sozialen Krieg. Koinonikos polemos wird vom Bürgerkrieg unterschieden – anders als in anderen Sprachen, wo es nur ein Wort für beide Arten des Krieges gibt, etwa im deutschen Bürgerkrieg. Auch wenn in der anarchistischen Propaganda oft auf konfuse und flapsige Art mit dem Begriff „Sozialer Krieg“ hantiert wird, enthüllt seine Geschichte, dass dahinter ein kraftvolles Konzept steckt; ein Konzept, das uns helfen kann, die charakteristische Transformation der Kriegsführung seit dem Zweiten Weltkrieg zu verstehen. Das Konzept „Sozialer Krieg“ sollte sich direkt auf die repressive Seite des Übergangs vom lokalisierten Nationalstaat zum globalen Empire-Staates beziehen – weil die Funktion Aufstandsbekämpfung zwar von

bestimmten Elfenbeinturm-Theoretikern allzu oft ignoriert wird, diese aber von immenser und unmittelbarer Wichtigkeit für praktizierende Revolutionäre ist.

Im Unterschied zum Bürgerkrieg, der den Zusammenbruch des Staatsapparats ankündigt, handelt es sich beim sozialen Krieg um einen Krieg niedriger Intensität, den der Staat gegen die sozialen Beziehungen seiner eigenen Bevölkerung führt, um seine fortwährende Existenz zu gewährleisten. Der soziale Krieg umfasst somit die Gesamtheit des täglichen Lebens: heute lebendig sein heißt sich im Krieg befinden, nie richtig schlafen, zu absurden Zeiten aufwachen, um zu arbeiten, durchgängig umringt von Überwachung und Polizei. Die diversen Symptome weiter aufzulisten erübrigt sich. Anders als im militärischen Krieg sind Forderungen aller Art im sozialen Krieg zwecklos: sie würden nur Sinn machen, solange der Krieg begrenzt wäre in Zeit und Raum; die kapitalistische Form des Lebens aber umfasst heute den gesamten Globus und bildet sich ein, unendlich in die Zukunft zu reichen. Eine andere Reaktion besteht darin, so zu tun, als ob es den sozialen Krieg nicht gäbe – vielleicht die am weitesten verbreitete Haltung. Mehr als je in einem anderen historischen Moment ist die zeitweise Entspannung vom sozialen Krieg, die Brot und Spiele der Bevölkerung bietet, in eine globale Industrie verwandelt worden. Ein Krieg ist nicht dadurch zu gewinnen, dass man so tut, als würde er nicht existieren. Auf diese Weise wird man den Krieg nicht einmal überleben. Ein Krieg ist zu gewinnen durch Verstehen des Terrains und entsprechendes Handeln. Eine Theorie des sozialen Krieges wird also unsere Waffe gegen den sozialen Krieg selbst sein, eine Theorie, die uns erlaubt, unseren gemeinsamen Grund zu erkennen und eine Strategie zu ersinnen, diesen Zustand der Welt zu beenden.

Historisch kam der soziale Krieg zur gleichen Zeit auf wie das Konzept des Empire selbst. Erstmals erwähnt wird der soziale Krieg – der den Krieg zwischen Verbündeten bezeichnet (socii in Latein, das Genossenschaftliche betonend, woraus das Soziale in vielen europäischen Sprachen wird) – als um 450 u.Z. der Versuch Athens fehlschlug, die von ihr angeführte Konföderation von Alliierten in ein Imperium zu verwandeln. Vergessen wir also nicht, dass Athen, lange gerühmt als Ursprung der abendländischen Demokratie, nichtsdestoweniger auch das erste gescheiterte Imperium war. Als Athen im Krieg gegen Persien die Konföderation der Stadt-Staaten begründete, war sie als Proto-Hauptstadt des attisch-delischen Seebundes nur erste unter gleichen. Ihre wahre Absicht wurde den anderen Stadt-Staaten klar, nachdem die Athener die Einwohner der Insel Miletos massakrierten, die im guten Glauben gedacht hatten, ihre Unabhängigkeit

von der Konföderation wahren zu können. Zunehmend bedroht von der Vorherrschaft Athens, revoltierten die früheren Alliierten, um ihre Gleichstellung im Seebund zu erhalten und zerschmetterten damit die Aussichten auf ein vereinigtes attisches Imperium. Allerdings zerstörte der Niedergang Athens nur eine mögliche Materialisierung des Imperiums, nicht das Konzept des Imperiums selbst. Eine Generation später traten die gleichen Ambitionen im Reich Alexanders des Großen wieder zutage. Alexander realisierte zu spät, dass der militärische Krieg nicht ausreicht, um ein Imperium zu begründen. Ein Imperium kann einzig durch Verallgemeinerung einer Form des Lebens geschaffen werden – was Alexander zu wörtlich nahm, als er seine griechischen Soldaten mit Perserinnen verheiratete. Erneut scheiterte das griechische Bemühen, ein Imperium zu gründen – diesmal daran, die Bürgerschaft weiterhin als Blutrecht zu verstehen, anstatt als eine Form des Lebens, die sich unabhängig von der Abstammung an Sprache und Gebräuche knüpft.

Der erste wahrhaft soziale Krieg ereignete sich mit Entstehen des ersten wirklichen Imperiums des Abendlandes: des Römischen Reichs. Bevor Rom Imperium wurde, war es ein auf sieben Hügeln errichteter, wenig beeindruckender kleiner Stadt-Staat, weit entfernt vom Glanz und Ruhm Athens oder Babylons. Nachdem die Römer ihre Unabhängigkeit beinahe an die Etrusker verloren hätten, entdeckten sie, dass ein guter Angriff die beste Verteidigung ist, und so begann die Transformation der römischen Republik ins römische Imperium. Für Anteile an der Kriegsbeute scharte Rom eine Liga italienischer Verbündeter um sich. Heimlich jedoch behielten die Römer die mit Eroberungen angehäuften Reichtümer und Ländereien für sich, errichteten allmählich massive Sklavenplantagen, anstatt die Ländereien unter den Freien der anderen italienischen Städten aufzuteilen. Die früheren Alliierten Roms forderten, als Gleiche behandelt zu werden und erklärten sich zur Republik „Italia“, so der neue Name, den sie ihrer Hauptstadt in den Abruzzen gaben. Man kann nicht behaupten, dass der Geschichte ein Sinn für Ironie fehlt; 2009 hielt das neue Römische Reich des Spätkapitalismus das imperialste seiner Treffen, den G8, im Schutt der vom Erdbeben verwüsteten Abruzzen ab.

Aus Jahrzehnten des Blutvergießens zwischen den früheren Bundgenossen ging Rom triumphierend hervor und gewährte all jenen, die nicht revoltiert hatten, das Recht, römische Bürger zu werden. Mit diesem Akt dehnte das Römische Imperium die römische Bürgerschaft über Rom hinaus aus, ein Prozess, der sich in der gesamten mediterranen Welt verbreitete. Selbst jene, die an der Revolte teilgenommen hatten, konnten römische Bürger werden, so sie sich einem römischen

Praetor zu Füßen warfen! Warum war dieser vergessene Krieg zwischen Rom und den anderen Stadt-Staaten weniger ein militärischer als vielmehr ein sozialer Krieg? Anders als im militärischen Krieg, in dem Besiegte versklavt oder getötet werden, schufen die Römer eine neue Art asymmetrischen Krieges, der gewonnen wird, indem man die Besiegten in Bürger verwandelt.

Was bedeutet es, sozialen Krieg nicht als historisches Ereignis, sondern als strategisches Konzept zu denken? Was ist schlimmer: im militärischen Krieg sterben oder Bürger werden im sozialen Krieg? Zumindest kann ein Sklave träumen gegen seinen Herrn aufzustehen: der Spartakus-Aufstand gegen die Römer ereignete sich kurz nach dem sozialen Krieg der Bundgenossen. Teil der Strategie des sozialen Krieges ist, die unvermeidliche Sklavenrevolte derer zu umgehen, die von der Bürgerschaft und den damit einhergehenden Rechten ausgeschlossen sind. Ein Bürger zu sein bedeutet jedoch eine ganz neue, von außen kommende Form des Lebens, die anzunehmen ist, freiwillig oder unter Androhung von Gewalt: Bürgerschaft oder Tod! Im Unterschied zum griechischen Konzept der Bürgerschaft, das sicherstellte, dass die Barbaren auf immer ausgeschlossen bleiben, dachten die Römer die Idee der Bürgerschaft neu, basierend auf gemeinsamen Bräuchen und einer geteilten Sprache, unterstellt einem einzigen rechtlich-juristischen Rahmen – wodurch sie den ethnischen Nationalstaat in ein Imperium umwandelten, das fähig war, sich über die ganze Welt auszubreiten, zumindest in der Theorie.

Befürworter des Empire werden versuchen, uns glauben zu machen, dass ein Imperium sich stets in zwei aufeinander folgenden Phasen ausbreitet: einer ersten Phase von Eroberung und Blutvergießen und einer zweiten, in der die Eroberten auf friedlichem Wege als Bürger ins Imperium assimiliert werden. Das ist eine Lüge – die sozialen Kriege der Geschichte zeigen, dass die Assimilation der Bürger ins Imperium nur eine andere Form des Krieges ist, dass gleichzeitig mit den nach außen gerichteten militärischen Formen der Kolonisierung ein mehr nach innen gerichteter Krieg gegen die sozialen Beziehungen geführt wird; ein Krieg, der den militärischen Operationen vorangeht und der andauert, lange nachdem diese enden.

Der soziale Krieg ist ein Krieg zwischen Formen des Lebens, in dessen Verlauf sich die siegreiche Form des Lebens die eroberte unterordnet. Eine Form des Lebens entzieht sich der Definition; sie existiert als Gesamtheit der gelebten materiellen Bedingungen, deren Grundlage eben jene sozialen Beziehungen sind, aus denen sich ihre Welt zusammensetzt. Wir finden uns immer in solchen Formen des Lebens wieder, die uns ebenso zum Aus-

haben. Sie sind realer als das Konzept des Individuums, da sie die objektiven Bedingungen und Subjektivitäten zur gleichen Zeit verbinden, wie sie diese schaffen.

Unterordnung, Subsumtion, ist die primäre Taktik des sozialen Krieges, denn mittels Unterordnung kann eine Form des Lebens durch eine andere ersetzt werden. Eine Form des Lebens verhält sich als Konfiguration von Gewohnheiten, entsprechend einer gewissen Ordnung des Lebens; Unterordnung rekonfiguriert diese Gewohnheiten und ordnet die damit einhergehenden Unterschiede neu. Sozialer Krieg hat nicht die Zerstörung der Besiegten zur Folge: die Untergeordneten gehen nicht in Rauch auf wie die Opfer von Hiroshima; vielmehr werden die Verlierer des sozialen Krieges im Interesse der vorherrschenden Form des Lebens neu erschaffen, ob diese Rom heißt oder Spätkapitalismus. Subsumtion wurde zunächst von Kant in Bezug auf die Anwendbarkeit abstrakter Konzepte auf die Besonderheiten einer großen Vielfalt theoretisch erörtert; so gibt es Konzepte, die uns erlauben, „rote Äpfel“ zu denken, obwohl sich alle Äpfel in Farbe und Form derart unterscheiden, dass sie auf metaphysischer Ebene gewissermaßen unbeschreiblich werden. Irgendwas klingt nach wie vor wahr an Kants Überlegung: die Gewalt der Unterordnung zerstört das konkrete Besondere und formt die Realität um in das Bild eines konkreten Universellen.

Im sozialen Krieg nimmt das konkrete Universelle die Form des Bürgers an, eines Wesens ohne soziale Beziehungen. Die einzige, dem Bürger erlaubte Beziehung ist die, vom Staat beherrscht zu werden, der seine Macht heute, vermittelt der Herrschaft der Waren, weiter ausgedehnt hat. Das konkrete Besondere sind alle Formen des Lebens, die sich der Inkorporation in den Staatsapparat widersetzen. Um den Bürgerkrieg abzuwehren, muss sich die Bürgerschaft ausdehnen, um sich alle anderen Formen des Lebens unterzuordnen – was nur durch eine neue Art Krieg möglich ist, der schon die Möglichkeit sozialer Beziehungen zerstört. Im Spätkapitalismus wird dies erreicht, indem die Bürger konstant von Arbeit aufgezehrt oder mittels künstlich installierter Ängste voreinander isoliert werden (wie es mit der primitiven Panikmache rund um Rasse oder Religion geschieht). Der soziale Krieg nimmt dem Bürger nicht nur seine sozialen Beziehungen, sondern setzt ihn neu zusammen, was Sprache, Gewohnheiten und Neigungen betrifft. Nehmt die Manie in Griechenland, englisch zu lernen – sicherstes Zeichen eines sich ausbreitenden Empires ist eine vereinheitlichende Sprache! Die römische Lebensform verbreitete sich im Gleichschritt mit der lateinischen Sprache, ähnlich dem, wie sich Englisch als neue lingua franca des globalen Kapitals in aller Welt verbreitet. Selbst in

die Geographie der Stadt hinein reicht der soziale Krieg (von Baron Haussmann nur allzu gut umgesetzt); wo einstmals jede Stadt ihren eigenen Baustil hatte, verwirklicht sich die monströse kapitalistische Form des Lebens im Wolkenkratzer, ein unmenschlicher Wohnsitz, passend nur fürs Kapital. Es ist kein Zufall, dass sich alle Metropolen auf unheimliche Art ähneln, dass überall die gleichen elenden Bürger hin und her hetzen, irre vor Arbeit. Selbst in Griechenland – in Athen nicht anders als in jeder anderen Metropole – ist die ewige Wiederkehr des Shopping zu beobachten, die appetitgezügelter Girls und seltsam „amerikanisch“ aussehenden Männer, die auf der Ermou Straße inmitten steriler Warenauslagen umher wandern. Der Sieg des sozialen Krieges ist erst komplett, wenn der Bürger tiefe metaphysische Qualen leidet, sobald er Zeuge der Zerstörung von Waren oder anderer Beschädigungen von „Privateigentum“ wird, ihn der Tod lebender Wesen jedoch kalt lässt.

Eine Form des Lebens kann zerstört werden, indem die sozialen Beziehungen, aus denen sich ihre autonome Welt zusammensetzt, eine nach der anderen zerstört und aufgelöst werden, ersetzt mit Beziehungen zu Bildern und der Abhängigkeit von Staat und Kapital. Um indigene Bevölkerungen zu Bürgern zu machen, muss der Staat alle untereinander gepflegten Beziehungen (Familie, Stamm, Freunde) gleichermaßen strategisch zerstören wie ihre Beziehungen zur natürlichen Welt – muss er diese vorfindlichen Beziehungen ersetzen mit einer komplett auf Einbildung beruhenden Beziehung zur Idee der Nation und absoluter Abhängigkeit von Lohnarbeit. Dergestalt ist der soziale Krieg des derzeitigen Imperiums weit fortgeschrittener als der soziale Krieg der römischen Ära: Während der militärische Krieg weiter auf lebende Körper beschränkt bleibt, findet der soziale Krieg auf dem grenzenlosen Gebiet der sozialen Beziehungen statt. Da das vorrangige Ziel des sozialen Krieges im Eliminieren aller sozialen Beziehungen außerhalb der Herrschaft besteht, ist der soziale Krieg zutiefst anti-sozial. Vielleicht nehmen die Griechen, die die Tragödie immerhin erfunden haben, den Tod einer der ihren eher mit der angemessenen Ernsthaftigkeit als oberflächliche Amerikaner. Zugleich spiegelt sich in ihrem Aufstand, dass viele Griechen den Horizont dessen, was der Welt künftighin bevorsteht, intuitiv weit besser begreifen als die bestbelesensten Aktivisten. Nicht, dass Alexis von der Polizei ermordet wurde, war überraschend – absehbare Antwort des Empire des Kapitals auf eine abtrünnige Jugend, die sich weigert Bürger zu werden und stattdessen dazu neigt, mit Ausgeschlossenen in Exarcheia herumzulungern. Das Empire braucht derartige Exempel, genau wie Rom die entlang der Via Appia gekreuzigten Körper der rebellischen Sklaven

brauchte. Weit davon entfernt ein Unfall zu sein, wird das Töten derer, die sich der Assimilation durch den sozialen Krieg verweigern, durch die Polizei mit Intensivierung des sozialen Krieges ohne Zweifel zunehmend üblich werden. Noch einmal, an Alexis' Tod überraschend war, dass der darauf folgende Dezemberaufstand sich zum Angriff auf die Totalität des symbolischen Ordnung des Kapitalismus selbst auswuchs, der seinen Höhepunkt im Abfackeln von Europas größtem Weihnachtsbaum fand. Es war nicht das Ausmaß an Gewalt, das die Dezembertage heraustreten aus der Normalität griechischer anarchistischer Demonstrationen, Molotow-Cocktails sind auf großen Demos in Griechenland oft zu sehen. Auch für Griechenland nicht normal war, dass es auch Leuten außerhalb des anarchistischen Milieus, während sie in Akten reiner Negation das Kapital angriffen, gleichzeitig darum ging, den Alltag zu verändern. In diesem Sinn ist der Aufstand ein Bruch mit früheren Protestformen, der auch in Griechenland in den letzten zehn Jahren entstanden ist: die erste Schlacht eines neuen Zyklus im globalen Bürgerkrieg.

Die Grenzen der anarchistischen Identität

Seit 1969 muss das Spektakel seinen Feinden unglaubliche Aktionen unterstellen, um glaubhaft zu bleiben. Es muss Proletariern inakzeptable Aktionen zuschreiben, um weiter akzeptiert zu werden – dabei immer eine ausreichende Öffentlichkeit sicherstellen, so dass Leute, die sich Angst einjagen lassen, stets „das kleinere Übel“ wählen, namentlich den gegenwärtigen Stand der Dinge.

Gianfranco Sanguinetti, Zu Terrorismus und Staat

Eine Hypothese, die vorgebracht wurde, um die Kraft des Dezemberaufstands zu erklären, war die unglaubliche Stärke der anarchistischen Bewegung. Anerkennend ist festzustellen, dass die schnelle Reaktion der griechischen Anarchisten die Ereignisse am Abend des Todes von Alexis entzündete. Darüber hinaus verbreiteten sich die taktischen Formen der anarchistischen Bewegung in anderen Sektoren der Bevölkerung, etwa bei Schülern und Immigranten. Dennoch bildet der Aufstand vom Dezember rückblickend zugleich den Höhepunkt wie die Grenze der aufständischen anarchistischen Bewegung in Griechenland. Was die Hypothese, dass aller Lorbeer den „unglaublichen griechischen Anarchisten“ gebührt, nicht erklärt, ist ihre anschließende Lähmung. Als sich Schüler am Jahrestag des Dezember 2009 die Straße wieder nahmen, blieben viele Anarchisten umzingelt von der Polizei isoliert in ihren Squats – sichtbarstes Beispiel dafür war die Einnahme des anarchistischen Raums Resalto in Keratsini, Piraeus.

Inmitten des Generalstreiks im Mai 2010, der fast zur Erstürmung von Regie-

rungsgebäuden geführt hätte, brannte eine Handvoll Anarchisten eine Bank nieder und tötete dabei unabsichtlich drei, sich in der Bank befindende Angestellte. Ein gefundenes Fressen für Staat und Medien, das in vollem Maße als Munition verwendet wurde und nahezu zum Abbruch brachte, was nach einem sich noch weiter ausbreitenden Aufstand gegen die Sparmaßnahmen von IWF und EU aussah. Auch wenn es stimmt, dass wahrscheinlich in jedem Aufstand mehr als drei Menschen sterben werden, und dass man beinahe von Glück reden kann, dass so etwas nicht schon früher passierte, so führten die Toten vom Mai 2010 doch zur massiven Demoralisierung und internen Kämpfen, inklusive dem Abschied vieler intelligenter Stimmen, darunter das Journal *Flesh Maschine*.

Während Revolutionäre niemals böswillig auf andere Revolutionäre losgehen dürfen, die sich guten Mutes an die Frontlinien begeben, so sollte nichts über die Analyse und Kritik von Genossen gehen, die am gleichen Kampf teilhaben. Analyse und Kritik zu vermeiden würde Anarchisten zur gleichen Art ideologischer Blindheit führen, die viele Kommunisten davon abhielt, Stalin zu kritisieren (was erschreckend viele autoritäre Kommunisten in Griechenland immer noch verweigern). Die Analyse ist Zeichen der Treue zum Aufstand und die Kritik Ehrlichkeit mit unseren Brüdern und Schwestern im Aufstand. Es geht uns nicht darum, Schuld zuweisen, wie es diejenigen tun, die mit dem Staat kollaborieren. Es ist offensichtlich, dass die Toten sowohl von einem Mangel an Sorgfalt auf Seiten der Aufständischen verursacht wurden, wie von der verdrehten Logik des Kapitals, welche den Chef veranlasste, von den Angestellten zu verlangen, am Tag des Generalstreiks zur Arbeit zu kommen. Vielmehr wollen wir verstehen, warum die Nachwirkungen eines solchen Ereignisses einen um sich greifenden allgemeinen Aufstand einfach abwürgen konnten. Eine Möglichkeit besteht darin, dass das Wiederaufleben einer Art anarchistischer Identität nach dem Dezember in Griechenland zu einem achtlosen Kult militaristischer Angriffe bei Anarchisten führte, was wiederum ermöglichte, dass Staat und Medien die Anarchisten von der allgemeinen Bevölkerung isolierten. Unsere Gegen-Hypothese ist, dass die anarchistische Identität – die seit den 1980er Jahren in Westeuropa und Nordamerika entwickelt wurde und zunehmend in Griechenland Fuß fasst – strukturell konterrevolutionär ist. Wenn das stimmt, mag der erste Schritt des Aufstands vielleicht von aufständischen Anarchisten gemacht werden, damit er aber wirklich losgeht, müssen die Aufständischen ihre Identität als „Insurrektionalisten“ zerstören – auf dass der Aufstand sich verallgemeinern kann.

Nach Badiou beginnt die moderne europäische Serie von Aufständen mit der

Pariser Commune, die in paar Tagen die Fähigkeit der Leute zum Ausdruck brachte, ihr Leben ohne Anhäufen von Kapital oder Herrschaft des Staates selbst zu organisieren. Allerdings lebte die Pariser Commune nur kurz, da sie es nicht vermochte, sich gegen den unausweichlichen militärischen Krieg zu verteidigen, der sie massakrierte. Resultat dieses Scheiterns in der Form waren dreißig Jahre erfolgreiche Konter-revolution, bis Revolutionäre die Form der leninistischen Partei annahmen, die der Revolution – mit strikter Disziplin und Hierarchie – die Form der fordistischen Fabrik in der Absicht auferlegte, eine revolutionäre Armee zu schaffen, die der kapitalistischen Gegenoffensive widerstehen könnte (was sie nach dem Aufstand in Russland auch tat). Während sie einen Aufstand verteidigen konnte, scheiterte die zentralisierte Form der leninistischen Partei darin, die herrschaftlichen Beziehungen abzuschaffen, was zur schlimmsten aller Welten führte: professionelle revolutionäre Aktivisten, die „Kommunismus“ benutzten, um Kapitalismus in vorindustriellen Gesellschaften zu intensivieren.

Nach weiteren Jahrzehnten der Aufstandsbekämpfung brachte der Mai '68 das Problem, das Lenin nicht verstanden hatte, auf den Punkt – das Kapitalismus mehr auf sozialen Beziehungen aufbaut als auf militärischer Herrschaft. Dennoch vermochte es der gescheiterte Aufstand 1968 nicht, sich eine neue Form jenseits der leninistischen Partei zu geben, und war so nicht in der Lage, sich zu einem globalen aufständischen Prozess auszuweiten. Die Bewegungen vom Mai '68 hatten die sozialen Beziehungen zwar im Blick, doch zeigten sie sich außerstande, die neue historische Positionierung von Staat und Kapital zu verstehen, und konnten daher die Notwendigkeit für eine Revolution der sozialen Beziehungen nur die Unterschiede zwischen verschiedenen Herrschaftsformen artikulieren, nicht aber die Gemeinsamkeiten. Was die Bewegungen in eine zunehmend schizophrene Identitätspolitik verfallen ließ, die letztlich mit einer weitreichenderen Unterordnung kompatibel war, erzielt durch Schaffung neuer Märkte rund um die Identität. Nichts desto trotz verfolgt den Staat noch immer die Erinnerung, dass es hätte anders kommen können. Nicht von ungefähr stellte Sarkozy in Reaktion auf den Dezemberaufstand in Griechenland fest: „Wir wollen keinen europäischen Mai '68 mitten im Weihnachtsfest.“ In der bislang letzten Runde der Kämpfe entwickelte die Anti-Globalisierungs-Bewegung schließlich in Form der Organisation in Netzwerken eine Alternative zur leninistischen Partei, erwies sich dann aber als unfähig, weitreichendere revolutionären Inhalte zu entwickeln und verfiel stattdessen in den Fallen der Identitätspolitik von 1968.

Im Unterschied zur revolutionären an-

archistischen Tradition, getragen von Leuten wie Bakunin, ist der Anarchismus als spezifisch „gegenkulturelle Identität“ ein relativ neues, nach 1968 entwickeltes Phänomen, auch wenn sich Spuren davon in den historischen Bewegungen der Nihilisten im vor-revolutionären Russland oder dem Moralismus der Spanischen Revolution finden lassen. In seiner derzeitigen Form stammt die anarchistische Identität der „schwarzen Kapuzen“ – zumindest was die Kleidung angeht – von den deutschen Autonomen. Die Autonomen tauchten Ende der Siebziger in Deutschland auf; ihr offener Straßenkampf war das selbstbewusste Verwerfen der taktischen Haltung der RAF und anderer bewaffneter Guerilla-Gruppen. Die Unzufriedenheit dieser neuen Generation (zuerst von Cops und Medien als „Schwarzer Block“ bezeichnet, dann von ihnen selbst) von Revolutionären speist sich (entgegen dem traditionellem Marxismus) nicht in erster Linie aus der Ausbeutung ihrer Arbeit im Betrieb, sondern aus der kapitalistischen Unterordnung ihres eigenen täglichen Lebens. Was die Tatsache erklärt, warum die elementarste Form des Widerstands dieser Generation eine kulturelle war: die „barbarische“ Umkehrung bürgerlicher Moral, bekannt als Punk. Die Tradition sich schwarz zu kleiden erschien wie zufällig, wiewohl die taktischen Vorteile, die daraus entstehen, anonym zu bleiben, bald allen klar waren und mit Erfolg wiederholt wurden.

Diese subkulturelle anarchistische Identität wurde mit dem aufkommenden Gipfel-Hopping um die Jahrtausendwende globalisiert. Trotzdem der anarchistischen Identität Anerkennung dafür gebührt, zur Wiederbelebung einer explizit antikapitalistischen Linie in Straßenprotesten beigetragen zu haben, so verabschiedete sie sich doch nie von konfuseren Reformisten in der Anti-Globalisierungs-Bewegung, wie sie exemplarisch von den sozialdemokratischen Anmaßungen einer Naomi Klein oder Ya Basta! verkörpert werden. Dieser Mangel an Klarheit ist wahrscheinlich auf die Auflösung der proletarisch-aufständischen anarchistischen Bewegung in Europa und den USA zurückzuführen; die vernichtenden Niederlagen, wie sie die Industrial Workers of the World oder die Anarchisten im Spanischen Bürgerkrieg erlitten, löschten die revolutionäre anarchistische Tradition geradezu aus. Entsprechend vollzogen die neuen Anarchisten der 1990er Jahre eine nahezu infantile Rückkehr zu radikaler Demokratie und einem, von Proudhon inspirierten Föderalismus, der Tatsache zum Trotz, dass solche Ideologien den revolutionären Anarchisten früherer Generationen verhasst waren, denen die Lehren aus dem theoretischen und praktischen Scheitern dieser Sackgassen nur allzu bewusst waren. Auch wenn kein Zweifel daran besteht, dass die Anti-Globalisierungs-Bewegung wertvolle Techniken entwickelte und zu einem erneuerten Internationalismus führte,

so war sie doch eher eine Bewegung des globalen Kleinbürgertums zur Reform des Empire in Richtung globaler Demokratie als eine ausdrücklich aufständische Bewegung. Anarchisten ließen sich als „out of control“ Element instrumentalisieren oder verfielen in eine verwirrte radikal-demokratische Pose, wie der Fetisch vieler Anarchisten für formale Konsense erkennen lässt, an denen selbst dann festgehalten wurde, als sie den Schwarzen Block an den Rand der Bewegung verbannten.

Halten wir der anarchistischen Identität und der Anti-Globalisierungs-Bewegung, aus der sie kam, eine aufrichtige Grabrede. In wenigen kostbaren Jahren gelang der Anti-Globalisierungs-Bewegung in Form der Netzwerke eine neue Art dezentralisierter Organisation, die, vorbei an der Macht von Staat und Kapital, die Frage beantwortete, was im 21. Jahrhundert auf die leninistische Partei folgen würde. Es war, als hätte sich eine neue Internationale aus dem Nichts heraus materialisiert. Aber sind Netzwerke allein schon durch ihre Form revolutionär? Wenn sie strukturell in der Tat immer revolutionär sind, welche wunderliche Übereinstimmung existiert dann zwischen Marketingfirmen im Silicon Valley und autonomer Theorie! Unsere zweite Hypothese besagt, dass diese Absurdität die Folge einer grundlegenden Verwechslung von Form und Inhalt ist, einer Konfusion, die entwirrt werden muss, damit der Aufstand vorankommen kann. Die Anti-Globalisierungs-Bewegung war Wegbereiter einer neuen Form, scheiterte aber darin, ihr einen revolutionären Inhalt zu geben.

Aus Blickwinkel der unter der zentralisierten fordistischen Fabrik-Form Versklavten erscheint die archaische Form der Netzwerke revolutionär, vielleicht sogar antikapitalistisch. Rückblickend wird jedoch klar, dass die Netzwerk-Form mit Inhalten des Kapitals gefüllt wurde. Kurz nachdem die Anti-Globalisierungs-Bewegung die Bühne betreten hatte, begannen auch Gruppen mit weniger-als-revolutionären Inhalten Netzwerke zu gründen. Die Polizei bildete Bezugsgruppen, Konzerne wie Google organisierten sich dezentral. Als auch die reaktionären Elemente des politischen Islam die Netzwerk-Form annahmen, zerstörten die Schockwellen, die vom 11. September 2001 ausgingen, die Schubkraft der Anti-Globalisierungs-Bewegung in einem Tag. Gegenwärtig ist die Situation noch verrückter geworden. Von Indymedia erfunden ist der digitale, benutzergenerierte Inhalt heute das Herz der kapitalistischen Produktion. Immer mehr Jugendliche gehören digitalen sozialen Netzwerken wie Facebook an, die unvorstellbare Schätze parat halten für Polizei und Überwachung. In Anbetracht dessen, dass israelische Militärstrategen Deleuze lesen, bleibt einem nichts anderes übrig als Frederic Jameson zuzustimmen; es gibt

etwas an Deleuze, das eine seltsame Resonanz findet im zeitgenössischen Kapitalismus.

Formen wie das Netzwerk (oder Hierarchien) sind Methoden der Organisation, ihr Inhalt jedoch wird aus den Absichten gebildet, welche die Form ausfüllen. Während es keinen Inhalt ohne Form, und keine Form ohne Inhalt geben kann, gehen die beiden nicht notwendigerweise Hand in Hand, sondern können sogar vorübergehend auseinander fallen. Jede historische Epoche hat ihre Grenzen, weshalb es zur Bestimmung revolutionärer Inhalte der historischen Analyse bedarf. Was 1909 in St. Petersburg oder 1999 in Seattle revolutionär war, ist es 2009 in Griechenland vielleicht nicht. Wenn der Kapitalismus als eine besondere Form des Lebens gedacht werden kann, ist ein Inhalt insofern revolutionär, als er diese Form des Lebens komplett abschaffen und sie mit einer neuen Form des Lebens ohne monetären Tausch und Herrschaft ersetzen will. Ein Aufstand wiederum ist ein konkretes Ereignis, das, in größerem oder kleinerem Maße, das Auftauchen dieser neuen Form des Lebens zum Ausdruck bringt und die Macht von Staat und Kapital negiert.

Identität als solche nimmt Gestalt an, wenn das Bild von einer Form des Lebens die real möglichen sozialen Beziehungen ersetzt, weshalb die Verbreitung von einer auf Identität aufbauenden Politik und Subkultur nur eine andere Form der Gesellschaft des Spektakels ist. So nimmt es nicht Wunder, dass, trotzdem der Glaube an den neoliberalen Kapitalismus schwindet, Identitätspolitik so stark ist wie eh und je, und sogar erklärte Revolutionäre in einer auf Bildern aufbauenden Politik gefangen bleiben. Warum ist es so schwer, das Joch der Bilderpolitik abzuwerfen? Kann es sein, dass die sozialen Beziehungen der Bürger unter dem Kapital schon fast verschwunden sind und der Bürger daher ein Bild der sozialen Beziehungen braucht – eine „Identität“ – um den völligen Kollaps zu verhindern? Ein Bürger drückt sich stets als bestimmte, ab und an wechselnde Nachbildung aus: Nationalist, Feministin, Punk, Hippie, Schwuler, Sportlerin, Sci-Fi Fan, die „ethnische“ Wurzeln wieder entdeckende Person. Da die Unterordnung die Person nahezu jeder Fähigkeit entkleidet hat, an ihrer eigenen Existenz festzuhalten, kommen und gehen die Identitäten, sind nicht belastender als eine schnelle Liebschaft oder der Aktienindex. Im Kern sind Identitäten einfach neue TM®s der Bürgerschaft im sozialen Krieg, die bislang fortschrittenste Technik der Unterordnung. Bürger sein heißt, Individualität und „einzigartigen“ Style bewahren.

Obwohl die Anti-Globalisierungs-Bewegung neue Formen der Organisation geschaffen hat, waren ihre Inhalte weiterhin Geiseln der Identitätspolitik. Als die Anarchisten in der Anti-Globalisie-

rungs-Bewegung wieder auftauchten, wurden ihre aufständischen Inhalte nicht zuletzt von der Unfähigkeit kastriert, das Bild des Anarchisten aufzuheben. Statt sich darauf zu konzentrieren, herrschafts- und tauschfreie soziale Beziehungen aufzubauen und Strategien zu entwickeln, wie diese Beziehungen in einen aufständischen Prozess hinein kultiviert werden können, der in der Lage ist, die Revolution herbeizuführen, identifizierten sich die Anarchisten mit einem speziellen, von Kleidung und Musik bestimmten Bild, inklusive vorab definierter Konsum- und Ernährungs-Tabus. In Berlin kann man monatelang von einer anarchistischen Bar zur nächsten ziehen – jeden Abend mit anderen Veganern in schwarzen Kapuzen leben und essen – ohne diese Blase je zu verlassen.

Einer der erfrischendsten Aspekte in Griechenland war bis vor kurzem das relative Fehlen einer anarchistischen Identität. Ein „Anarchist“, der in den Straßen Athens einen Frappé trinkt, war nicht leicht zu erkennen. Auch wenn sie bisweilen etwas subkulturell daher kamen, waren Anarchisten in Griechenland nicht leicht an Kleidung oder Verhalten zu identifizieren, anders als in Gegenden wie Deutschland oder den USA, wo sich eine wahrhaft anarchistische Uniform entwickelte. Sprachlich und geographisch von Zentraleuropa entfernt, blieben die Anarchisten in Griechenland auch isoliert von der Identitätspolitik, die anderswo in den Anarchismus integriert wurde. Und so standen die griechischen Anarchisten weiter loyal zum Konzept der Revolution, was noch immer den Umsturz des Staates meinte. Diverse Faktoren sind für diese Abweichung vom Mainstream anarchistischer Identitätspolitik verantwortlich, von der einzigartigen Geographie des Balkan bis zur noch immer lebendigen Erinnerung der älteren Generationen an die Junta in Griechenland. Wohl reisten einige griechische Anarchisten und wurden bei den großen Gipfelprotesten, die Europa rockten, aktiv, aber sie beteiligten sich an den Gipfeln, kamen und handelten, wie sie es in Griechenland tun, inklusive Molliés, wo möglich. Trotz der einen irremachenden Paranoia der Negrists, dass der Schwarze Block in Genua sich nahezu ausschließlich aus Bullen und Faschisten zusammensetzte, wurde das von Ya Basta! sorgsam geplante Drehbuch des „Sturms auf die Rote Zone“ zumindest teilweise von griechischen Anarchisten unterbrochen, die sich um solche absurden, inszenierten Schlachten mit der Polizei einfach nicht scherten. Aber auch wenn es einige Reisetätigkeit zwischen den verschiedenen Milieus aufständischer Anarchisten gab, brachte der Versuch, die sterbende Anti-Globalisierungs-Bewegung zu den Protesten gegen den EU-Gipfel 2003 nach Thessaloniki einzuladen, nur wenige Internationale nach Griechenland. Weitere Bemühungen um internationale Kontakte führten nur zu weiteren

Spaltungen, für das European Social Forum 2006 wurden nicht weniger als vier separate anarchistische Gegen-Foren organisiert. Für einen Leser des Buches *We Are Everywhere* schien die Anti-Globalisierungs-Bewegung überall zu sein, außer in Griechenland – obwohl es dort die größte anarchistische Bewegung Europas gibt.

Angezogen von den Bildern brennender Bullen und zerstörter Straßen, kamen nach dem Dezember 2008 Anarchisten aus aller Welt in hellen Scharen nach Griechenland. Obwohl diese Solidarität Teil einer langen und ehrenhaften Tradition ist, wie sie zum Beispiel durch die Internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg zum Ausdruck kam, brachten Anarchisten von außerhalb Griechenlands auch eine zunehmende Betonung der anarchistischen Identität mit. Als der Aufstand sich nach dem Dezember nicht zu einer ausgewachsenen Revolution ausweitete, zogen sich Splittergruppen der anarchistischen Tendenz in eine, um ihre Identität herum gebildete, anti-soziale Politik zurück – statt strategisch zu analysieren, welche Taktiken den Aufstand weitertragen könnten; vielleicht warfen sie der Bevölkerung unbewusst vor, nicht den Mut gehabt zu haben, sich zu erheben. Einige kamen überdies zu dem Schluss, dass die nachlassende Quantität der Angriffe irgendwie durch Steigerung der Intensität wettgemacht werden könnte, und so gab es ein ausgesprochen anarchistisches Revival der langen Tradition bewaffneter Guerilla in Griechenland. Nach dem Dezember kam es vermehrt zu Aktionen älterer, sozial orientierter anarchistischer bewaffneter Gruppen, wie der Revolutionäre Kampf, sowie zur Bildung neuer anarchistischer Guerilla-Gruppen, wie der „Conspiracy of Cells of Fire“, rund um einen eher anti-sozialen und individualistischen Ethos. Während die anarchistische Identität in Deutschland als eine Zurückweisung der Form der bewaffneten Guerilla entstand, war der Inhalt der anarchistischen Identität und die Form der bewaffneten Guerilla in Griechenland kompatibler. Auch wenn es klar historische Gründe für die Unterschiede zwischen den griechischen und deutschen Erfahrungen mit Guerilla-Zellen gibt, sind es ebenfalls metaphysische Gründe, die Nihilismus und bewaffneten Kampf verbinden.

Vielleicht ist die anarchistische Identität des freien Individuums – trotz oberflächlicher Ablehnung des Kapitalismus – zugleich der am meisten verfeinerte Moment der bürgerlichen Metaphysik. Der „Anarchist“ ist nur insofern frei, als er jede Kraft ablehnt, die sein Begehren hindern könnte. Positiv ausgedrückt führte dieses Konzept des Individuums zum Projekt der Aufklärung: Menschenrechte, Demokratie und Freiheit. Dem Individuum wurde Befriedigung seiner stets wachsenden Wünsche durch den

Kapitalismus versprochen, wobei Wün-

sche die absolute Freiheit des Individuums ebenso definieren, wie diese wiederum die Wünsche definiert. Wenn diese Mär auf die harsche Realität des endenden Kapitalismus und die daraus folgende Unfähigkeit dieser Welt trifft, die Wünsche der Individuen zu befriedigen, produziert das einen gewissen nihilistischen Individualismus. Wie die Geschichte zeigt, brachte das Projekt der Aufklärung nur Albträume hervor, so dass die einzige verbleibende Option genau „freier“ Individuen, ihre Freiheit auszuüben, darin besteht, die Totalität der Welt zu zerstören – der Tatsache trotzend, dass ihre eigenen Kategorien des Denkens dem Kapital bereits untergeordnet sind. Die Gesamtheit der sozialen und kollektiven revolutionären Kraft wird auf das Individuum übertragen, das daraufhin, wenig überraschend, unvermeidbare Zeichen von Stress und Burn-Out zeigt, da es die systematische soziale Herrschaft des Kapitals nicht allein besiegen kann. In ehrlicher Verzweiflung wird die Intensität des Angriffs zum Zeichen der wahren Hingabe an die Sache, und nichts weiter. „Insurrektion“ wird auf eine Reihe Aktionen reduziert, die quantitative Logik des Warenkonsums auf Anzahl und Grimmigkeit der einzelnen Angriffe angewendet. Den Kapitalismus durch Akte der Zerstörung zu negieren ist der erste Schritt, um aber über den Kapitalismus hinauszugehen braucht es eine neue metaphysische Grundlage sozialer Beziehungen, außerhalb der Story vom Individuum und seinen Wünschen.

In Griechenland ist dieser anti-soziale Nihilismus leider zu einer Komponente anarchistischer Identität geworden, die an Bedeutung gewinnt. Vergessend, dass der soziale Krieg ursprünglich ein Werkzeug des Imperiums war, wird er von den Anarchisten selbst gegen alle diejenigen eingesetzt, die ihre Identität nicht teilen. Die Anarchisten können daraufhin guten Gewissens allen den Krieg erklären, die am Kapitalismus beteiligt sind, die Willkür polizeilicher Angriffe spiegelnd. Wiewohl es wahr ist, dass alle Bürger Komplizen des globalen Kapitals sind, so gilt das auch für Anarchisten, die zugleich innerhalb und gegen das Kapital existieren. Es geht nicht darum, dass die Anarchisten auf schlechte Art kämpfen im sozialen Krieg, sondern darum, dass sie darin mit dem Ziel agieren, andere Leute in Anarchisten wie sie selbst zu verwandeln. Ins absurde Extrem getrieben, werden Leute getötet, wenn sie sich nicht schwarz anziehen, falsche Sachen essen, nicht die „richtigen“ Freunde haben? Ein realistischeres Szenario ist, dass der Eintritt in einen unterschiedslosen sozialen Krieg die Anarchisten dahin führt, sich selbst als ewige Minderheit im stets verlorenen Krieg gegen die Gesellschaft wahrzunehmen, nie in der Lage, tatsächlich eine Revolution zu erreichen.

Als die Ereignisse im Mai 2010 die

Maxime von Victor Serge bestätigten, dass „Unachtsamkeit auf Seiten der Revolutionäre schon immer der beste Helfer der Polizei war“, bot der Polizei die perfekte Ausrede, die Anarchisten in Griechenland zu isolieren und zu eliminieren. Die Kombination aus bewaffnet kämpfenden Gruppen und einem achtlosen anti-sozialen Nihilismus ermöglichte Staat und Medien, Anarchisten als daher-gelaufene spektakuläre Monster darzustellen, deren unsägliche Aktionen sogar den durchschnittlichen Mann-von-der-Straße ins Visier nehmen könnten. Dies im Widerspruch zur Wirksamkeit der „Hit and Run“ Aktionen auf der Straße, die viele Jahre lang eben nicht schief gegangen waren, und den wirklich von den bewaffneten Gruppen angegriffenen Zielen (Banken, Politiker, Polizei). Vielen Bürgern fiel es jedoch schwer, zwischen Realität und Spektakel zu unterscheiden. Die anti-sozialen Tendenzen der Anarchisten verhinderten außerdem, den zuvor Verbündeten in jenem kritischen Augenblick im Mai die Wahrheit des Aufstands mitzuteilen – was unter anderem bedeutet hätte, eine gewisse Verantwortung für diese Achtlosigkeit zu übernehmen und irgendgeartete Maßnahmen zu ergreifen, dies künftig zu verhindern. Dieses Schweigen führte zur Isolierung der Anarchisten und zum Stillstand des Aufstands; und das obwohl sogar einige der Arbeitskollegen verstanden, dass nur die Drohung gefeuert zu werden die Angestellten während des Streiks in der Bank gehalten hatte – dass somit die Bank zumindest einen Teil der Verantwortung für die Toten trägt. Der soziale Krieg des Staates gegen die Bevölkerung ist der gegenwärtige, sich selbst erklärende Stand der Dinge, wenn hingegen Anarchisten der Bevölkerung den sozialen Krieg erklären, so ist das selbstmörderisch. Die Krux des Problems liegt in der Identität selbst, nicht im Anarchismus.

Statt eine wirkliche, auf geteilten Erfahrungen basierende kollektive Kraft zu schaffen, baut Identitätspolitik auf imaginäre Kollektivitäten, die vom Kapitalismus einfach zu manipulieren sind – was ein Weg ist, potentielle Revolutionäre zu spalten und zu beherrschen. Aus dem Blickwinkel von Staat und Kapital muss zur Identität insofern ermuntert werden, als sie die Einzelnen als „anders“ markiert, was ermöglicht, sie im sozialen Krieg aufzufinden und zu isolieren. Solange irgendeine Gruppe – die Schwarzen, die Anarchisten, die Moslems, die Juden, die Guerilla – entlang einer Identität isoliert werden kann, ist es möglich, sie zu zerstören. Die anarchistischen Aktionen explodierten nach dem Tod von Alexis aus eben dem Grund, weil viele Jugendliche in griechischen Schulen sich mit Alexis identifizieren konnten – und viele Immigranten wiederum mit dem Hass auf Kapital und Polizei, den die Jugend zum Ausdruck brachte. Wären die Anarchisten ein von der Bevölkerung völlig isoliertes Element gewe-

sen, wäre der Mord an Alexis außerhalb ihrer Kreise nicht einmal bemerkt worden. Es war genau das Fehlen einer sektiererischen anarchistischen Identität in Griechenland, die die Ereignisse vom Dezember zu einem Erfolg werden ließ, weil verschiedenste und zuvor voneinander getrennte Sektoren der Gesellschaft darin zusammenkamen. Wo der Aufstand an seine Grenzen stößt, muss die Identität der Aufständischen zerstört werden, soll sie nicht zum Hindernis für den Aufstand selbst werden. Ist es doch bei weitem besser, die Aufständischen zerstören ihre Identität als vom Staatsapparat physisch eingesperrt oder getötet zu werden.

Die letzte Chance, den Aufstand in Griechenland zu retten

„Das Feuer ist die physikalische Zeit; es ist diese absolute Unruhe, absolutes Auflösen von Bestehen, – das Vergehen von Anderen, aber auch seiner selbst; es ist nicht bleibend. Und wir begreifen daher (es ist ganz konsequent), daß Heraklit das Feuer als den Begriff des Prozesses nennen konnte, von seiner Grundbestimmung ausgehend. Dies Feuer hat er nun näher bestimmt, weiter ausgeführt als realen Prozeß; es ist für sich der reale Prozeß, seine Realität ist der ganze Prozeß, worin dann die Momente näher, konkreter bestimmt werden. Das Feuer, als dieses Metamorphosierende der körperlichen Dinge, ist Veränderung, Verwandlung des Bestimmten, Verdunstung, Verdampfung; denn es ist im Prozesse das abstrakte Moment desselben, eben so nicht sowohl Luft als vielmehr das Ausdünsten. Für diesen Prozeß hat nun Heraklit ein ganz besonderes Wort gebraucht: anathymiasis Ausdampfung (Rauch, Dünste von der Sonne); Ausdünstung ist hier nur oberflächlich die Bedeutung, – es ist mehr: Übergang.“

G.W.F. Hegel, Vorlesungen zur Geschichte der Philosophie

Die Lehre des Mai 2010 sollte klar sein: Griechenland kann nicht die 1970er in Italien wiederholen. Aus einem gewissen Mangel an Kreativität heraus die Geschichte zu wiederholen, würde das wahre Potential der Ereignisse des Dezember verraten. Im Unterschied zu dem, wovon wir uns den Beginn eines neuen Zyklus des Kampfes in Griechenland erhoffen, war Italien letzte sterbende Aufwallung von 1968; eine Explosion, erfolgt aufgrund eines bestimmten Scheiterns der Unterordnung in der sehr eigentümlichen industriellen Entwicklung dieses Landes. Als sich die italienische Bewegung in den späten 70er Jahren ihrem Niedergang näherte, schloss sie sich ebenfalls bewaffneten Guerilla-Gruppen an und adaptierte eine bestimmte, historisch bereits überholte, arbeitertzentrierte Ideologie. Vielleicht noch weniger überraschend, traten einige ihrer Theoretiker, wie Negri, später als führende Stimmen der Anti-Globalisie-

rungs-Bewegung wieder auf, bestand diese Bewegung doch selbst aus Aktivisten von 1968. Es ist nötig, dass wir über '68 und Seattle 1999 hinauskommen. Die Ereignisse des Dezember in Griechenland zeigen uns einen Weg in Richtung neuer, originär aufständischer Inhalte, die den im letzten Jahrzehnt der Anti-Globalisierungs-Bewegung entwickelten Formen den nötigen Schwung dazu geben können. In Zeiten, in der die konterrevolutionäre Flut die Fragen von Strategie und Taktik unmöglich zu machen scheint, ist es ein leichtes, mit nahezu religiöser Inbrunst „revolutionär“ zu sein – warum sich also nicht noch einen Kaffee holen und ein weiteres Buch über vergangene Revolutionen lesen? In revolutionären Zeiten verlangt Revolutionär zu sein von einem, sich mit Mut und Intelligenz den wirklich schwierigen Fragen von Strategie und Taktik zu stellen.

Wenn eben jener Akt der Identifizierung konterrevolutionär ist, sollte der erste Akt aufständischen Inhalts darin bestehen, aus der subkulturell anarchistischen Identität zu desertieren, jener Ideologie des von der Bevölkerung getrennten „Aufständischen“. Die aufständische Frage sollte sich wandeln von „Wie steigern ich die Intensität eines Angriffs?“ in „Wie steigern ich die Zahl der am Angriff beteiligten?“ Da das erste Manöver im sozialen Krieg die Isolierung pro-revolutionärer Individuen ist – um sie davon abzuhalten, Netzwerke zu bilden, die aufständische Praxen in der Bevölkerung verbreiten könnten – sollten Aufständische anstreben, ihre sozialen Beziehungen zu vervielfältigen. Da das Bild davon „ein Anarchist zu sein“ die Vielfalt möglicher Beziehungen einschränkt, sollten Aufständische versuchen, Beziehungen zu haben, die das Terrain der in Identitäten ghettoisierten Gesellschaft kreuz und quer durchziehen. Um sich im sozialen Krieg zur Wehr zu setzen, muss der Aufstand die sozialen Beziehungen, auf denen er gründet, schaffen und mehren.

Der Aufstand könnte mehr Freunde haben, als wir annehmen. Mit der Identitätspolitik hält sich der Kapitalismus seinen wahren Albtraum vom Leib: dass eine Mehrheit der Bevölkerung wünscht, den Kapitalismus als solchen zu zerstören. Revolutionär sein, heißt glauben, dass die Idee des Aufstands mehrheitlich getragen werden kann; revolutionär dabei ist die konkrete Zerstörung der Herrschaft von Staat und Kapital im alltäglichen Leben der Bevölkerung – nicht nur in einigen anarchistischen Enklaven. Die Maxime Bakunins ist heute so wahr wie 1871: Wesentlich für meine individuelle Freiheit ist die Freiheit aller. Die wirklich wichtige Sache am Aufstand des Dezember war jener mehrheitliche Aspekt – dass ein großer Teil der griechischen Bevölkerung offen sympathisierte, und dass Gruppen, die zuvor außerhalb der anarchistischen Identität gestanden

hatten, wie Schüler und Immigranten, auf die Straße gingen, die Polizei anzugreifen und Räume zu besetzen. Erst zu diesem Zeitpunkt offenbarte sich, dass die zuvor unbesiegbare Polizei, dass die Maschinerie des Staates so entflammbar ist wie ein Papiertiger.

Nach dem Dezember war die Frage nicht länger, wie den Aufstand „lostreten“ – wo, wann und wie angreifen – sondern, wie er in Gang gehalten werden kann. Hier geht es um mehr als spektakulären Terrorismus oder den Druck von noch mehr Plakaten; die Frage des Aufstands in positiver Weise zu beantworten erfordert, der Bevölkerung den ernsthaften Nachweis zu erbringen, dass sie auf diese Art ein besseres Leben haben kann als im Kapitalismus. Technische und praktische Fragen treten in den Vordergrund: Wie die Subsistenz und die notwendige Produktion selbst organisieren? Wie die Kinder erziehen, die Verteidigung aufbauen, für die Verwundeten und die Alten sorgen? In anderen Worten geht es nicht nur darum, den Raum zu öffnen für eine neue Form des Lebens, sondern auch darum, wie wir Raum dafür schaffen, dass sich eine Form des Lebens außerhalb des Kapitalismus reproduzieren kann? Wenn sich der Aufstand auflöst, könnte das daran liegen, dass es, obwohl er sich außerhalb des vom Kapital ererbten Sets gegebener Identitäten ausbreiten konnte (Anarchisten, Schüler, Immigranten), misslang, die Frage zu klären, wie er in Gang zu halten ist.

Glücklicherweise wird es für den Aufstand nicht allzu schwierig sein, die Welt besser zu versorgen als der Kapitalismus. Aus der Perspektive kommender Generationen wird offensichtlich, dass jetzt, da die Reproduktion der kapitalistischen Form des Lebens in der Krise ist, die beste aller Zeiten für den Aufstand ist. Griechenland ist vermutlich nur der Anfang; die Krise von 2008 und der folgende arbeitslose Aufschwung verweisen auf die Möglichkeit, dass der Kapitalismus selbst aufgrund der Überakkumulation von Kapital in einer dauerhaften Krise steckt. Drastisch vereinfacht haben die innovativen Technologien in der warenproduzierenden Industrie quer durch alle Produktionszweige für eine Akkumulation derartigen Ausmaßes gesorgt, dass der Profit sinkt und zur Produktion realer Waren weniger Arbeiter benötigt werden, dass daher kaum „neue Arbeitsplätze“ entstehen, was zur paradoxen Situation von einem Mangel an Arbeit bei gleichzeitigem Überfluss an Waren führt – was andere lange schon auf elegantere Art gesagt haben. Der einzige Weg, die Profite zu steigern, liegt darin, Investitionen in Form von Finanztransaktionen weiter in spekulative Sektoren zu schieben, wie es seit den 1970ern passiert. Da es aber immer schwieriger wird, dieser Art spekulativer Waren einen Wert beizumessen, führt dies zur Finanzkrise. Das Ka-

pital ist kraft seiner eigenen internen Dynamik in einer Krisen-Periode, es ist dies zugleich der Moment seiner höchsten Entwicklung wie sein immanentes Ende.

Entgegen dem störrischen Beharren der Politiker, dass es Jobs geben muss, wird es sie weder jetzt noch in Zukunft geben. Die wachsende Überakkumulation von Kapital macht selbst Arbeitsplätze in der Industrie weniger notwendig, die Arbeiter sind bereits Arbeitslose auf Abruf. Die Wette, die der soziale Krieg gegen die permanent wachsende Masse der Arbeitslosen hält, lautet, dass sie als Bürger untergeordnet werden können. Aber darin liegt ein Widerspruch, da im Kapitalismus Bürger sein damit gleichgesetzt wird, zugleich Arbeitnehmer zu sein. Da es aber keine Jobs mehr gibt, hat der soziale Krieg des Staates keine Bürgerschaft mehr zu bieten, und so bleibt den Finanzmärkten des globalen Kapitals keine andere Wahl, als den Staat durch Sparmaßnahmen auszudörren, um ihre Profite zu sichern. Da die Zukunft einer immer weiter steigenden Arbeitslosigkeit nirgendwo klarer ist als in Griechenland, überrascht es nicht, dass der durch Arbeitslosigkeit verwundbarste Sektor der Gesellschaft, die Jugend, sich als erste einem Aufstand anschließt. Die Schule ist eben jener Ort, an dem die Produktionsverhältnisse (die Zuordnung zu Jobs) reproduziert werden, in Griechenland jedoch kann selbst ein frischgebackener Doktor, der ein halbes Dutzend Sprachen fließend spricht, froh sein, eine Stelle als Kellner zu finden. Die zweiten, die revoltieren werden logischerweise die Immigranten sein, die anfällig sind für das Verschwinden noch der prekärsten Jobs in der Unterwelt der Ökonomie. Die letzten die revoltieren werden immer die Arbeiter sein, die ihre Identität und ihr Leben mehr als alle anderen in die Reproduktion des Kapitalismus investiert haben, und die in den letzten Jahren am meisten davon profitierten. Die Arbeiter, die letzten der Revolutionäre, sind jetzt, obwohl die Kommunistische Partei Griechenlands verzweifelt versucht, sie unter Kontrolle zu halten, dabei, sich dem Aufstand anzuschließen, wie ihr Verhalten im Mai 2010 zeigte.

Aus welcher Quelle speist sich der aufständische Prozess in Griechenland, dem sozialen Krieg des Staates zum Trotz? Die Antwort ist jedem klar, der das Land besucht hat: Ursprung des Aufstands in Griechenland sind die vielfältigen sozialen Beziehungen der Menschen. Was im Vergleich mit den trostlosen Straßen der Städte Nordeuropas oder Nordamerikas auffällt, wenn man durch die Straßen von Exarcheia oder selbst einem kleinen griechischen Dorf läuft, dass einfach überall Leute sind, schwatzend, Frappé trinkend, umher schlendernd – überhaupt nicht arbeitend. Nahezu einzigartig im modernen Europa, ist das Leben in Griechenland noch durchzogen von

zahllosen reichen sozialen Beziehungen, was die Straßen Athens als im Wesentlichen sozialen Raum bestehen lässt. Es erklärt sich von selbst, dass der Ursprung ihrer aufständischen Stärke in der historischen Tatsache gründet, dass Griechenland niemals den industriellen Kapitalismus und den damit verbundenen Prozess der Unterordnung durchlebte: ein großer Teil der Bevölkerung kam aus einer agrarischen Welt direkt in die Welt des postmodernen Spätkapitalismus. So sind die sozialen Beziehungen noch weitgehend intakt; es gibt noch zusammen lebende Großfamilien, Leute kehren im Sommer in ihr Heimatdorf und auf die Inseln zurück, Banden von Freunden wachsen zusammen im gleichen Viertel auf, die orthodoxe Kirche zelebriert merkwürdige Feuerrituale – und warnt vor multinationalen Konzernen, die „kein Gesicht haben“. Die Bevölkerung traut dem Staat nicht, sieht ihn bestenfalls als etwas an, das man beklaugen oder zerstören kann, da Kapitalismus als Praxis am besten der Familie oder den Individuen überlassen bleiben sollte. Athen ist weniger Metropole wie Paris oder London, sondern eher als Mega-Dorf im Prozess der Transformation in eine ordentliche kapitalistische Metropole zu denken, ein hoffnungsloses Amalgam sozialer Beziehungen, basierend auf Freundschaft, Tratsch und Familie (und ist daher oft auf regressive Art repressiv). Entgegen Negri wurde Griechenland nie in eine „soziale“ Fabrik verwandelt (Facebook noch viel weniger!), die Subjektivität der Griechen bleibt ein Bollwerk des Widerstands gegen das Kapital. Der Mord an Alexis provozierte und mobilisierte diese vorkapitalistische Subjektivität – wie jede vorkapitalistische Subjektivität, kennt sie einen Sinn für Blutschuld, die dem achtlosen Mord, wesentlichem Bestandteil des Kapitalismus, fremd ist.

Diese vorkapitalistische Subjektivität dient als verborgenes soziales Reservoir des Widerstands gegen die kapitalistische Unterordnung, aber gibt es sie einzig und allein in Griechenland? Sicher nicht – wenn die vorkapitalistische Subjektivitäten irgendwo zuhause sind, dann bei den Verarmten rund um den Globus. Dem allgemeinen Verrat Stalins, seiner Zerstörung jeder Art „fortschrittlicher“ antikapitalistischer Politik, ist es gleichermaßen geschuldet wie der Unfähigkeit der erneuerten anarchistischen Bewegung der letzten zwei Jahrzehnte, ihrer eigenen minoritären Identitätspolitik zu entfliehen, dass die Bevölkerung in Krisenzeiten immer mehr zurückfällt in vorkapitalistische Subjektivitäten. Einige davon sind klassisch nationalistische oder ethnische „rechte“ Bewegungen, obwohl es viele gibt, die zumindest oberflächlich für den Abbau des Staates sind (wie die Tea Party in den USA) oder internationale religiöse Kräfte (politischer Islam). Ferner können Subjektivitäten wie di-

ese kompatibel sein mit dem Kapital, und werden somit gleichzeitig als dessen Avantgarde vereinnahmt. Damit ist insofern zu rechnen, als die falsche Dichotomie zwischen Objektivität und Subjektivität selbst Produkt des Kapitals ist, und viele dieser „vorkapitalistischen“ Subjektivitäten wenigstens zu einem Teil Eigenkreationen des spektakulären Kapitalismus sind.

Die Situation, in der die griechische Subjektivität dem Aufstand als Basis diente, zeigt, dass selbst vorkapitalistischen Subjektivitäten eine Wahrheit zum Ausdruck bringen können, die dem Kapital antagonistisch gegenübersteht, eine Wahrheit, die hervorbrechen kann als ein Aufstand. In dieser historischen Periode kann ein homogener Internationalismus nicht mehrheitsfähig sein. Die einzige abstrakte Wahrheit, die die Identitätspolitik widerspiegelt ist, dass die Masse der Subjektivitäten in ihrem Herzen gewisse Wahrheiten über die Herrschaft tragen. Muss sich der Aufstand also auf vorkapitalistische Subjektivitäten stützen? In dieser Logik gäbe es für vollständiger untergeordnete Formen des Lebens, an Orten wie den USA, Großbritannien oder Deutschland, keine Hoffnung auf Aufstand – außer vielleicht für nicht integrierte Immigranten und ewige Unterklassen (afrikanische Amerikaner, keltische Minderheiten, türkische Gruppen). Schlimmer noch wird die Sache, wenn der aufständische Prozess mit halbgarem Nationalismus zusammengepackt wird – „Na klar machen sie einen Aufstand, so sind sie, die Griechen“. Diese Gebräu lässt die elementarste Wahrheit außen vor: Das Empire sind die wahrhaft universellen katastrophalen Bedingungen, vom Kapital geschaffen.

Diese gemeinsamen Bedingung Katastrophe, herbeigeführt durch Unterordnung aller Formen des Lebens unters Kapital, ist die reale Abstraktion, die quer durch alle Unterschiede hindurch Einigkeit begründen und somit einer neuen Internationalen echten Inhalt bieten kann. In dem Maße, wie die gelebte Erfahrung von Herrschaft und Zerstörung eine gemeinsame Erfahrung ist, reduzieren sich alle Unterschiede zu Kontingenzen, obwohl der aufständische Prozess diese regionalen Varianten der Subjektivität freilich berücksichtigen muss. Da das Kapital vielmehr eine historische als eine transzendente Kraft ist, ist es nicht überraschend, dass der Grad der Unterordnung von Region zu Region variiert. Daher sollten Aufständische weder warten, bis die Kräfte der Unterordnung sich angleichen (was theoretisch möglich, aber aufgrund regressiver Kräfte und Krise unwahrscheinlich ist) noch auf importierte Identitäten zählen. Vielmehr gilt es, zuerst die gemeinsamen Bedingungen bei sich zuhause zu erkunden, um den spezifischen Widerstand zu entdecken, den jede der vorkapitalistischen Subjektivitäten der univer-

sellten Wahrheit kapitalistischer Unterordnung gegenüber zum Ausdruck bringt. Dies verlangt von Revolutionären, die Unterschiede ihrer Lebenswelten auf taktischer Ebene zu bekräftigen, während sie sich auf strategischer Ebene weltweit vereinen. In Griechenland müssen sich Aufständische sorgfältig einstimmen auf die Themen Bürgerkrieg und totale Freiheit, die in einer Gesellschaft, die jahrhundertlang unter Fremdherrschaft lebte, überall Resonanz finden, während in Großbritannien ebenso die gewaltsame Enteignung des Landes der Bauern (damit die tief in die britische Subjektivität eingeschriebene Liebe zu Land und Tieren) wie die historische Niederlage der Welt der Arbeiter unter Thatcher bedacht werden will. Es gilt, die Geschichte jeder einzelnen vorkapitalistischen Subjektivität zu verstehen, damit das Konzept des Aufstands so weiten Kreise ziehen kann wie irgend möglich; statt auf die Vergangenheit zurückzuschauen, muss der Aufstand eine neue Art Subjektivität schaffen, im Horizont einer lebendigen Anarchie, die erst noch kommen wird.

Der Aufstand kann - und muss - auf eine Weise überdacht werden, die die Mehrheit im Blick hat. Während es unmöglich sein mag, Identität als solche komplett zu zerstören, können Aufständische ihre Identität als „Aufständische“ abschaffen, indem sie auf eine Weise handeln, die dazu neigt, die inhärenten Grenzen eines, in Identitäten aufgeteilten, sozialen Terrains aufzulösen - statt in die noch isoliertere Subjektivität des „Anarchisten, der eine Kritik an Identität hat“ zurückzufallen. Solche separatistische Identitäten auflösende Handlungen zeigen - von Propaganda über direkte Aktion ins tägliche Leben - dass es eine neue kollektive Kraft gegen den sozialen Krieg gibt, eine „offene Verschwörung“, bei der alle mitmachen können, die neue soziale Beziehungen herstellt, die, auf welche Art auch immer, Bedeutung haben. Der aufständische Prozess ist kein sozialer Krieg einiger einsamer, in die ewige Minderheit verdammte Anarchisten; sondern die Erneuerung der sozialen Beziehungen der Menschheit, die den sozialen Krieg beendet, denn indem die Vermittlung durch die Ware in diesem Prozess abgeschafft wird, werden alle Beziehungen als unmittelbar soziale offenbar. Wenn sich der Aufstand ausbreitet, wird es Zeichen seines Erfolges sein, dass die Revolutionäre ununterscheidbar werden von der Bevölkerung, konkrete Materialisierung dessen, was selbst Marx in seiner Theorie von der Selbstabschaffung des Proletariats erahnte.

Die Revolution ist der Horizont, nach dem der Aufstand strebt, andernfalls werden alle Handlungen zum reinen Widerstand gegen einen als dauerhaft angenommen kapitalistischen Zustand. Statt das kollektive Wissen der Anti-Globali-

sierungs-Bewegung pauschal zu verwerfen, kann der aufständische Prozess der Netzwerk-Form neue Inhalte einhauchen, indem er ihr Wissen allen zugänglich macht - allerdings in Perspektive des Aufstands. Der erste Schritt besteht darin, die Fundgruben technischen Wissens für die Bevölkerung zu öffnen, statt diese Techniken nur mit jenen zu teilen, die in irgendeine absurde Identität „passen“. Die Herstellung eines Molotow-Cocktails sollte nicht Geheimwissen „gipfel-hoppender“ Anarchisten sein, sondern eine Technik, die jedes Schulkind kennt. Die Fertigkeiten Nahrungsmittel zu produzieren und Häuser zu bauen nicht auf bürgerliche Hobby-Gärtner und Heimwerker beschränkt, sondern Teil jenes gemeinsamen Erbes, das alle Eltern ihren Kinder beibringen. Der Mut in einer Versammlung zu sprechen nicht Aufgabe einiger weniger „professioneller“ anarchistischer Männer (die dazu neigen, immer das Gleiche zu sagen), sondern geteilte Fähigkeit noch der zurückhaltendsten Männer und Frauen. Einige glauben, dass die anarchistische Identität als Ideologie notwendig ist, um den Widerstand gegen die Autorität in der allgemeinen Bevölkerung zu verbreiten. Was immer zur Verbreitung von Widerstand gegen die Autorität notwendig ist; noch eine weitere Identität, noch ein weiteres Buch, warum Autorität „schlecht“ ist, braucht es jedenfalls nicht. Widerstand gegen die Autorität - genuin gelebte Anarchie - kann sich durch reale kollektive soziale Beziehungen verbreiten, im Lernen, sich zu organisieren, auf dass die Bevölkerung über die materielle Basis verfügt, um sich der Autorität zu widersetzen. Andernfalls bleibt anarchistische Ideologie purer Idealismus, die den autoritären Dynamiken der Macht mittellos gegenübersteht.

Offene Versammlungen sind die primäre Form, die es aufständischen Inhalten erlaubt, bei all denen auf Resonanz zu stoßen, die interessiert genug sind, an den Versammlungen teilzunehmen. Auf diese Art breiten sich Netzwerke mit revolutionären Inhalten aus. Es ist fast schon traurig, dass der Fokus auf Feuer und Flamme in Griechenland viele auswärtige Beobachter dazu führt, die offenen Versammlungen zu versäumen, die in den besetzten Universitäten stattfinden, und die sich selbst in Häusern der Gewerkschaften und kleinen Dörfern ausbreiteten. Versammlungen und Besetzungen von Gebäuden bieten den Raum, in dem sich neue Arten sozialer Beziehungen herausbilden und vielfältigen können, so dass zuvor isolierte und voneinander atomisierte Leute eine kollektive Kraft bilden können. Bekanntlich wurden derartige Versammlungen in Argentinien schließlich von Autoritären und Linken kooptiert. Um das zu vermeiden, sollten sich aufständische Versammlungen qualitativ von jeder sogenannten „konstituierenden“ Versammlung unterscheiden,

schafft. Die selbstbewussteren aufständischen Elemente sollten sensibel auf alle Zeichen von Kollaboration mit dem Staat oder dem professionellen Aktivismus achten – und ihr die Tür weisen. Ebenso sollte Sorge getragen werden, der Verammlung keine singuläre Sichtweise aufzudrängen – oder, schlimmer noch, eine Identität. Die Form dieser Versammlungen wird sich von den Konsens-Treffen der Aktivisten unterscheiden. Für die meisten Dinge spielt es kaum eine Rolle, einen Konsens zu haben (wenngleich er natürlich, wo nötig, benutzt werden sollte), viel mehr kommt es darauf an, ein gemeinsames Gefühl wie den Raum dafür zu entwickeln, um Taktiken und Strategie zu diskutieren.

Diese aufständischen Versammlungen sollten eine neue Art Fragen stellen, die über den Protest auf der Straße hinausgehen. In einem Zeitalter, in der alle politischen Ideen tot sind, können in diesen Versammlungen jene post-politisch materiellen Fragen gestellt werden, wie die Kontrolle über das Leben vom Kapital zurückerobert werden kann: Wie Kinder erziehen und die Verwundeten pflegen, wie nie wieder Lohnarbeiten und doch Brot und Wein auf dem Tisch haben, wie eine Ökonomie zerstören und zugleich ohne sie leben? Im einzelnen wird keine der Versammlungen die Antworten auf alle Fragen haben; oft wird das benötigte technische Wissen einfach woanders sein, weshalb der Aufstand wachsen und mehr und mehr Leute umfassen muss. Vielleicht muss die Versammlung zu den verzweifelten Fabrikarbeitern gehen, den alten Bauern, den isolierten Computertechnikern, den ausgestoßenen Immigranten, die weiter an ihrer Form des Lebens festhalten, und sie als Komplizen gewinnen, durch die ehrlich und direkt gestellte Frage: Wie können wir eine neue Form des Lebens ohne Kapitalismus schaffen? Angesichts des Asyls der Universitäts-Besetzungen in Griechenland, ist dort erdenklich einfacher als in vielen anderen Ländern, einer offenen Versammlung im Aufstand einen Ort zu geben, dennoch können sich in allen Ländern Versammlungen dieser Art bilden. Nachdem die Aufregung der Riots sich legt, ist die offene und aufständische Versammlung von äußerster Wichtigkeit, um weiterzumachen.

Die Beziehung zwischen Aktion und Anwachsen des Aufstands ist komplex. Das technische Niveau der Aktionen breitet sich idealerweise in gleicher Geschwindigkeit wie das verallgemeinerte Niveau des Bürgerkriegs aus, um den Aufstand nicht vorzeitig zu isolieren. Natürlich gibt es eine Tendenz zur Klandestinität, sobald die Repression öffentliche Formen des Aufstands wie Demonstrationen oder Versammlungen angreift. Allerdings ist die wachsende öffentliche Unterstützung wichtiger für den Aufstand als der angerichtete Schaden. Eine Taktik ist, sich auf Aktionen zu konzent-

rieren, die einfach nachgemacht werden können, was die spektakuläre Beziehung zwischen passiven Bürgern und professionellen „Aufständischen“ untergräbt. Wir wissen, dass in Griechenland sogar einige der Schulkinder Barrikaden bauen und auf der Straße gegen die Polizei kämpfen. Manchmal kann sogar die Macht des Spektakels den Aufstand verbreiten: der brennende Weihnachtsbaum führte allen in Griechenland vor Augen, dass die symbolische Ordnung des Kapitalismus sich auflöst und etwas neues passiert. Der wichtige Aspekt des Angriffs ist also nicht der Angriff selbst, sondern ob er, zusammen mit anderen Aktivitäten, den Aufstand verbreitet oder nicht – genau das tat der Angriff auf den Weihnachtsbaum, in Kombination mit tausenden Plakaten, die zu Treffen im Polytechnikum oder sonstwo aufriefen, um zu diskutieren, was als nächstes zu tun ist, zusammen mit tausenden anderen Angriffen. Direkte Aktionen sind die Ausbreitung und Selbstverteidigung einer neuen Form des Lebens und können daher sogar neue und intensivere soziale Beziehungen zwischen Komplizen schaffen, unabhängig vom Grad ihrer Beteiligung an der Aktion.

Mit jeder neuen Form des Lebens entsteht zugleich eine neue Metaphysik. Diese neue Art zu Sein kommt allein durch eine kleine Verschiebung zustande, die aber den Unterschied ums Ganze macht. Diese neue Art Metaphysik ist kein bloßer Idealismus, sondern eine neue materielle Art, in der Welt zu sein. Nehmen wir zum Beispiel an, eine Versammlung in einem öffentlichen Raum plant eine Demo. Im Lichte kapitalistischer Metaphysik isolierter Individuen betrachtet, kann ein Individuum, das einen Vorschlag vorbringt sehr mutig erscheinen, während ein anderes Individuum, das einige Befürchtungen zum Ausdruck bringt, dass der Plan vielleicht nicht funktioniert, für einen Feigling gehalten werden könnte. Betrachtet man die Versammlung hingegen durch die Linse einer neuen Metaphysik, die die soziale Beziehungen als Grundlage der Realität annimmt, drückt eine Person eine Art Mut aus, die in allen Resonanz findet, während eine andere, nicht weniger stichhaltig, die Bedenken und Ängste äußert, die von allen in der Versammlung empfunden werden, die sie aber zu feige waren auszusprechen. Flüsse von Angst und Mut branden wie Wellen durch die Versammlung, bis sie sich entweder in reine Individuen auflöst oder in eine Phase des Übergangs zu einer neuen Art Kollektivität eintritt, was sie dazu führt, als ein Körper einen Plan zu artikulieren. Die Handlung selbst wird zur Äußerung einer kollektiven Intelligenz.

War Italien in den 1970ern letzte Aufwallung des Mai 1968, so war der Aufstand in Griechenland 2008 etwas Neues: Der erste Schlag in einer neuen Runde des globalen Bürgerkrieges nach der Finanzkrise 2008. Das Terrain

der Schlacht hat sich zwangsläufig verändert. Der soziale Krieg kann nicht mit den militaristischen Mitteln einer Avantgarde-Partei bekämpft werden, selbst wenn diese avantgardistische Partei mehr den Inhalt eines anarchistischen Aktivismus oder Nihilismus hat als einen leninistischen. Stattdessen kann der soziale Krieg nur durch Vervielfältigung neuer Formen von sozialen Beziehungen bekämpft werden, die etwa von den zeitweilig in einem Riot oder einer Besetzung entstehen Freundschaften ausgehen können, die daraufhin bestimmen, welche materielle Organisation nötig ist, um sie bis zu dem Punkt zu tragen, an dem sie sich aus eigenem Antrieb reproduzieren können. Der soziale Krieg kann uns nur angreifen, wenn wir allein sind, aber in offenen Versammlungen wie vom privatesten Zimmer aus kann der einsame Bürger, einer nach dem andern, dazu beitragen, jene kollektive Intelligenz zu formen, die nötig ist, um den Aufstand zu verbreiten und zu verteidigen. Anarchisten müssen sich nicht länger damit zufrieden geben, die ewigen Verlierer im sozialen Krieg zu sein. Sie können ihrer Identität entkommen und schlicht zu den ersten werden, die vom sich ausbreitenden allgemeinen Gefühl des Aufstands berührt werden – und somit die Verantwortung auf sich nehmen müssen, die materielle Organisation des Aufstands durch Wiederaneignung der toten Formen des Aktivismus ins Sein zu rufen, ihnen mit aufständischen Inhalten Leben einzuhauchen.

Die Ereignisse des Dezember 2008 war der erste Moment eines globalen aufständischen Prozesses. Ein Prozess, der in anderen Ländern Jahre brauchen könnte (oder auch nicht), sich auf griechisches Niveau zu entwickeln. Unglücklicherweise war absehbar, dass sich der griechische Aufstand nicht außerhalb des Landes ausbreiten würde, außer auf ein paar isolierte Anarchisten. Schlimmer noch sieht es so aus, als ob das Feuer, das Funken zu sprühen schien in Griechenland, nach den Ereignissen vom Mai 2010 erloschen ist. Aber was wie das Erlöschen des Aufstands erscheint, ist vielleicht nur ein zeitliches Auseinanderfallen des griechischen Aufstands von anderen Momenten des globalen Aufstands. Die weitere Intensivierung der Befriedungsoperationen im sozialen Krieg geht insofern bereits heute nach hinten los, als überall auf der Welt Leute arbeitslos werden, es so zunehmend schwierig wird, die tiefe existentielle Krise der kapitalistischen Arbeit zu vermeiden, was diese, ausgelöst durch den materiellen Zusammenbruch des Kapitals zwingen könnte, Position zu beziehen. Langfristig steht es für die Sache eines globalen Aufstands mit dem Fall der globalen Profitrate des Kapitals und möglichen Grenzen des Wachstums nicht schlecht. Kurzfristig könnte es auch über Nacht zu Aufständen kommen und jeder aufständische Moment wird seinen eigenen Charakter annehmen. In

Frankreich schlossen Schüler und Jugendliche aus den Banlieus, deren Revolten 2005 und 2006 noch völlig durch ihre Identitäten getrennt voneinander abgelaufen waren, 2010 ihre Kräfte zusammen und machten gemeinsame Sache mit streikenden Arbeitern gegen das Kapital – und das ohne starke, exemplarische Aktionen bietende anarchistische Bewegung. Selbst nach dem Mai 2010 deuten alle Zeichen darauf hin, dass die Menschen in Griechenland außerstande sein werden, weitere Kürzungen hinzunehmen, so dass der griechische Aufstand in jedem Moment mit erneuerter Grimmigkeit zurückkehren könnte. Der aufständische Prozess sollte nicht als bloße Serie konkreter Aufstände gefasst werden, der stets mit Ende dieser Momente erlischt, sondern als das Band, das jeden der konkreten sichtbaren Momente zu einem globalen fasst.

Es kann Aufgabe unserer Generation sein, das Potential aller gescheiterten Aufstände zu vollenden. Das bedeutet, dass der künftige Aufstand in Griechenland über die Grenzen von 2008 hinausgehen muss: mehr als bloß die Zerstörung von Schaufenstern in einer Art feurigen Apokalypse, signalisiert der Aufstand den schwierigen Übergang zu einer neuen Form des Lebens jenseits von Kapitalismus und Staat. Diese neue Form des Lebens muss mit einer neuen Art Metaphysik einhergehen, die sich nicht länger auf individuelle Identität gründet, und es ist diese neue kollektive Metaphysik, die wir erahnen, wenn wir uns verlieren in einem Rave, uns verlieben, uns einem Riot anschließen – was exakt der Grund ist, weshalb wir zu solchen Ereignissen immer wieder zurückkehren. Auf einer eher unterirdischen Ebene ist es sogar möglich, dass sich ein solches Gefühl überall im Alltag der Bürger des Empire ausbreitet. Dies zeigt die folgende wahre Begebenheit, die auch apokryphisch sein könnte:

Als die Finanzkrise weiter ihren Preis von Griechenland forderte, verfasste ein britisches Magazin ein Expose, das enthielt, dass die Griechen – entgegen allen Lehrsätzen des guten Bürgers! – Geld für Parties und absurd teure Geschenke ausgeben. Als der BBC-Reporter einen der Griechen fragte, wie er feiern könne inmitten der Krise, antwortete der Partygänger „Alle haben ein schönes Leben verdient“.

Andere Wege zu einem schönen Leben sind möglich; ein sehr schönes Lächeln ist in den Gesichtern derer zu sehen, die sich an den Aufstand vom Dezember erinnern. Genau wie die Metaphysik der westlichen Zivilisation in Athen geboren wurde, so muss sie dort sterben. Möge etwas schöneres aus ihrer Asche erwachsen.

Alex Trocchi

Bei uns sind die Fußnoten der Übersetzerin weggekürzt. Ihr findet den Text mit Anmerkungen bei:

translationcollective.wordpress.com